

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von August
bis zum 28. Dezember 2018**

NWO-Sonderheft Nr. 118



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von August bis zum 28. Dezember 2018**

NWO-Sonderheft Nr. 118

Terror der Antichristen vom 01.08.2018-28.12.2018

| <u>Inhaltsverzeichnis</u> | Seite |
|--|--------------|
| Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von August bis zum 28. Dezember 2018 | 2-97 |
| Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis | 98 |

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von August bis zum 28. Dezember 2018

| |
|---|
| Der Klügere gibt so lange nach, bis er schließlich der Dumme ist. <i>Spottvers der 68er Bewegung</i> |
|---|

2018

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 20. August 2018 (x1.000/...): >>>Demo vom 30.6.2018: "Stopp Airbase Ramstein!"

... "Nein zu Drohnen - Keinen Krieg von deutschem Boden! Stopp Airbase Ramstein!" - in diesem Anliegen vereint demonstrierten am 30. Juni 2018 etwa 2.500 Menschen aus Deutschland, Europa, den USA und weiteren 13 NATO-Ländern im Rheinland-Pfälzischen Ramstein. Ihr Protest richtete sich gegen den dortigen US-amerikanischen Militärstützpunkt, der als Zentrale für die Vorbereitung und Durchführung von Kriegen des US-Militärs fungiert. Zudem dient die Airbase der Steuerung von Drohneneinsätzen zur Tötung vorgeblicher Terroristen in aller Welt und ist Einsatzzentrale für die in Deutschland stationierten Atomwaffen.

Die Demonstranten fordern von der Bundesregierung, die Verträge mit den USA zu kündigen, die das US-Militär berechtigen, von deutschem Boden aus tödliche Drohneneinsätze zu steuern. Sahra Wagenknecht (deutsche Bundestagsabgeordnete, DIE LINKE) sagte dazu:

"Ich möchte nochmal Bezug nehmen auf den Drohnenkrieg, der ja kaum in der großen Presse stattfindet, aber der unverändert geführt wird. Wo exterritoriale Tötungen in Afghanistan, in Pakistan, in Somalia, und anderswo angeordnet werden per Knopfdruck - und ab und an trifft es vielleicht mal einen Terroristen. Aber viel öfter trifft es einfache Zivilisten. ...".

"Die Drohnenmorde, die von Ramstein aus gestartet werden, haben keinerlei juristische Grundlage! Und sie sind schlimmer als jede Guillotine. Außergerichtlich, illegal ..."

Die Rede von Peter Becker richtet sich nicht nur gegen die US-amerikanische Regierung, sondern auch gegen die deutsche Bundesregierung. Wie die Bundesregierung zugegeben habe, sei die Airbase Ramstein wegen ihrer Relaisstation - das ist eine Sendestation zur Reichweiterehöhung, die Funksignale aufnimmt, verstärkt und wieder ausstrahlt - unverzichtbar.

Dazu Peter Becker selbst: "Da Deutschland via Stationierungsabkommen und Liegenschaftsvertrag deutschen Boden für diese Kriegsführung zur Verfügung stellt, beteiligt sich Deutschland, in Persona die Bundesregierung an der Kriegsführung und handelt selbst illegal und ver-

brecherisch!"

"US-Militärbase Ramstein war schon ein ganz zentrales Drehkreuz für sehr, sehr viele völkerrechtswidrige Kriege. Hierüber wurde der Angriff und der Krieg gegen Afghanistan und wird immer noch abgewickelt, hierüber wurde der Irakkrieg abgewickelt - von wegen, Deutschland hätte mit diesem Krieg nichts zu tun gehabt. Nein, die Zerstörung dieser Länder, die lief auch und nicht zuletzt über Ramstein."

"Deswegen wollen wir diese Airbase schließen. Wir wollen nicht weitere völkerrechtswidrige Kriege. Wir wollen keinen Angriff auf den Iran, der das nächste Land verwüstet und zerstört". In einer aktuellen Presse-Mitteilung vom 30. Juni 2018 aus dem weißen Haus heißt es: US-Präsident Trump wolle Ramstein schließen. In diversen Tageszeitungen war dazu zu lesen Ramstein sei obsolet (das meint überholt bzw. veraltet), darum soll diese Airbase geschlossen und nach Polen verlegt werden.

Was zuerst wie eine Frohbotschaft klingen mochte, stieß jedoch bei den Rednern und Demonstranten auf große Skepsis. Ein Militärstützpunkt wie Ramstein, direkt vor der russischen Grenze, würde die erhöhte Gefahr eines atomaren Weltkrieges mit verheerenden Folgen für die ganze Menschheit bedeuten.

Hören Sie dazu den Friedensaktivisten Reiner Braun: "Donald Trump will die US-Soldaten abziehen und die Airbase Ramstein schließen!? So heißt es in einer angeblichen Studie, die die Washington Post heute morgen veröffentlicht. ... Wir sind definitiv dagegen, daß die Airbase Ramstein nach Polen verlagert wird, ... weil Polen ja noch gefährlicher ist, weil sie endlich an der russischen Grenze sind, wo sie mit ihren Truppen hinwollen. Dazu sagen wir erst einmal entschlossen NEIN!" Diesem Nein verlieh ein Teil der Demonstranten noch Nachdruck durch eine friedliche Blockade der Zufahrt zur Airbase.

Vielerorts wurde bekundet, sich nicht trennen oder spalten zu lassen, sondern zusammen zu halten. "Ich bin wie du und du bist wie ich, wir sind alle Menschen aus demselben Holz geschnitzt - Wunder des Lebens, voll Energie. Wir werden was bewegen. Jetzt oder nie! Ihr dürft gerne beim Refrain mitsingen, wenn ihr wollt. Wir sind eins, es gibt nichts, was uns teilt. Wir sind alle gleich und du bist nicht allein. Wir sind eins, für den Frieden vereint. Wir sind alle gleich und du bist nicht allein. Wir sind eins."<<

[Auf der Webseite "https://kenfm.de ..."](https://kenfm.de ...) des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 28. August 2018 folgender Bericht über den Atombombenangriff gegen Hiroshima ([x1.014/...](#)): >>**Tagesdosis 28.8.2018 - Der Fluch von Hiroshima (Podcast)**

Ein Kommentar von *Dirk Pohlmann*

Der erste Atombombeneinsatz der Weltgeschichte fand vor 73 Jahren statt. Das Thema hat mich immer wieder beschäftigt, zum einen weil ich als Student den Jesuiten und Philosophieprofessor Helmut Erlinghagen als Universitätslehrer hatte, der den Angriff auf Hiroshima als junger Mann im dortigen Jesuitenkloster miterlebte. Er hat mir in vielen Privatgesprächen über die apokalyptischen Folgen berichtet, über die hilflosen Bemühungen des Klosters den Menschen medizinisch und pflegerisch zu helfen, sowie seine Argumente und Schlußfolgerungen des Nachdenkens über sein Lebensthema mitgeteilt.

Zum anderen habe ich als Journalist später Oberstleutnant Daniel McGovern interviewt, der als US Militär-Kameramann etwa einen Monat nach der Explosion nach Hiroshima und Nagasaki geschickt wurde, um die Folgen der Bombe an Gebäuden und Menschen zu dokumentieren. McGovern war ein hartgesottener Mann, aber die Erlebnisse in den atomar zerstörten Städten hatten ihn bis ins Mark erschüttert. Und ich habe über die Geschichte der israelischen Nuklearwaffen eine Dokumentation gedreht.

Der Staat Israel ist auf einzigartige Weise mit beiden Themen, Auschwitz und Hiroshima verbunden, er wollte die Möglichkeit mit einem "neuen Hiroshima drohen zu können, um ein neues Auschwitz zu verhindern", wie es der Historiker Dr. Avner Cohen in meinem Film aus-

drückte.

Als Daniele Ganser meinen ersten Vortrag über Hiroshima und Nagasaki auf seiner Facebookseite ankündigte, gab es Leserkommentare, die kritisch anmerkten, wie sehr diese Ereignisse doch Vergangenheit seien, daß es heute wichtigere Themen gäbe, salopp gesagt, warum ich mich mit altem Kram beschäftigen würde, um daraus Geld zu schlagen.

Tatsächlich ist Hiroshima ein Thema, daß so relevant ist wie Auschwitz. Aber es wird völlig anders behandelt. Nur wenige Menschen kämen z.B. auf den Gedanken, Auschwitz als alten Kram zu bezeichnen, und wer das in der Öffentlichkeit täte, wäre bald arbeitslos und gesellschaftlich isoliert. Diskussionen über Hiroshima aber finden in einem völlig anderen Gedankenfeld statt.

Die Tatsache, daß Hiroshima und Nagasaki nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit und moralischen Intensität behandelt werden, ist bei nüchterner Betrachtung ein Beweis für ein Versagen der Öffentlichkeit. Das Versagen hat Ursachen. Die müssen ebenso dringend wie hartnäckig bekämpft werden. Aus rationalen, pragmatischen und moralischen Gründen. Hiroshima ist ein Zukunftsthema. Ich möchte diese These begründen, die nach Provokation klingt, aber Realitätsbewältigung ist.

Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki mit ihren etwa 100.000 Toten unmittelbar nach Abwurf und weiteren 130.000 Menschen, die bis Ende 1945 elend starben, so die landläufige Meinung, seien zwar furchtbar gewesen, aber notwendig, um den 2. Weltkrieg zu beenden.

Eine Invasion der Amerikaner in Japan hätte bis zu 1 Million US Soldaten sowie unzählige japanische Soldaten und Zivilisten das Leben gekostet, weil die Japaner bis zum bitteren Ende notfalls mit Stöcken und Steinen gekämpft hätten, wie die Kamikaze Angriffen bewiesen. Erst der Schock des Atomwaffeneinsatzes habe die japanische Führung zur Kapitulation bewogen. Die grausamen Atomwaffen gelten seitdem als Friedensgaranten, ihre Existenz verhinderte bisher einen Atomkrieg.

Diese Argumente bilden den Hiroshima Mythos. Sie sind ausnahmslos falsch.

In der akademischen Welt gibt es seit langem eine Diskussion, ob die Japaner auch ohne Atomwaffeneinsätze kapituliert hätten und ob die Atomwaffeneinsätze die Ursache der Kapitulation waren. Diese Diskussion ist wie kaum ein anderes Thema, vergleichbar nur mit der Sklaverei und dem Mord an den amerikanischen Ureinwohnern, in den USA "patriotisch" aufgeladen. Es geht um mehr als Geschichte, es geht um das Selbstverständnis der USA.

Die US-Historiker Gar Alperovitz und Tsuyoshi Hasegawa, der japanische Wurzeln hat und japanisch, russisch und englisch spricht und damit alle wesentlichen Dokumente im Original lesen kann, haben wesentliche Beiträge geliefert. Gar Alperovitz hat gezeigt, daß die Notwendigkeit der Atombombenabwürfe insbesondere von US-Militärs in Frage gestellt wurde.

Es gibt eine Vielzahl von Zitaten, die das belegen:

General Dwight D. Eisenhower, späterer US-Präsident: "... die Japaner waren bereit zu kapitulieren und es war nicht nötig, diese furchtbaren Dinger auf sie abzuwerfen."

Admiral William D. Leahy, Stabschef unter den beiden US-Kriegspräsidenten Roosevelt und Truman: "Ich bin der Meinung, daß der Einsatz dieser barbarischen Waffen in Hiroshima und Nagasaki keinen wesentlichen Beitrag zu unserer Kriegführung gegen Japan geleistet hat. Die Japaner waren bereits geschlagen und bereit zur Kapitulation, wegen der effektiven Seeblockade und der erfolgreichen Bombenangriffe mit konventionellen Waffen." –

"Mein Empfinden ist, daß wir, indem wir die ersten waren, die so etwas eingesetzt haben, den ethischen Standard der Barbaren des finsternen Zeitalters übernommen hatten. Man hat mich nicht gelehrt, Krieg in dieser Weise zu führen, und Kriege können nicht durch die Vernichtung von Frauen und Kindern gewonnen werden."

Norman Cousins über General MacArthur: "Er antwortete, daß er keine militärische Rechtfertigung

tigung für den Anwurf der Atombombe gesehen habe. Der Krieg hätte Wochen vorher enden können, wie er sagte, wenn die Vereinigten Staaten zugestimmt hätten, wie sie es dann später ohnehin taten, daß die Institution des Tenno beibehalten würde."

Paul Nitze, Vize-Vorsitzender der Kommission zur Auswertung des strategischen Bombenkrieges: "Basierend auf einer detaillierten Untersuchung aller Fakten und unterstützt durch die Zeugenaussagen der japanischen Führung, kam die Auswertungskommission zu dem Ergebnis, daß Japan sicher vor dem 31. Dezember 1945 und aller Wahrscheinlichkeit nach vor dem 1. November 1945 kapituliert hätte, auch wenn die Atombomben nicht abgeworfen worden wären, selbst wenn Rußland nicht in den Krieg eingetreten wäre, und sogar wenn keine Invasion geplant oder erwogen worden wäre."

Gar Alperovitz legte außerdem dar, daß die atomare Vernichtung der beiden Städte vor allem als Machtdemonstration an die Adresse der Sowjetunion gerichtet war, des zukünftigen Machtkonkurrenten, mit dem die USA in Potsdam über die Nachkriegsordnung verhandelte. Es ging nicht darum, den Krieg mit Japan zu beenden. Und die Invasion Japans hätte nach den Kalkulationen der US-Militärs 40.000 Amerikaner das Leben gekostet, nicht eine Million. Allerdings: Warum hätte der US Präsident auch nur einen Soldaten opfern sollen, wenn die Atombomben den Krieg beenden konnten?

Tsuyoshi Hasegawa wies nach, daß die Atombomben nicht der wesentliche Faktor für die Kapitulation Japans waren. Der japanischen Führung, insbesondere den Militärs, waren die zivilen Toten einigermaßen egal, sie interessierte nur die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte. Beim Brandbombenangriff auf Tokio 1945 waren mehr Menschen als in Hiroshima und Nagasaki getötet worden, etwa 100.000 Bewohner einer Stadt voller Holzhäuser. Die US-Luftwaffe verbrannte die Japaner zu Hunderttausenden, das war Kriegsalltag.

Die Atombomben fielen für die japanischen Militärs nicht aus dem Rahmen. Sie waren nur eine neue Art des massenhaften Tötens. Die japanische Führung klammerte sich an die Hoffnung auf eine Vermittlung durch die Sowjetunion, die bis zum 8. August 1945 Japan nicht den Krieg erklärt hatte, die Sowjetunion war Japan gegenüber neutral.

Wenn US-Bomberbesatzungen nach Angriffen auf Japan in Wladiwostok notlandeten, wurden sie interniert, wie Deutsche oder Briten in der Schweiz. Erst als die Sowjetunion Japan den Krieg erklärte und die sowjetischen Streitkräfte in der Mandschurei wie ein heißes Messer durch Butter vorstießen, nur gebremst durch den Nachschub an Benzin, erst als der Zweifrontenkrieg alle Hoffnungen auf eine verhandelte Kapitulation zunichte machte, gab die japanische Führung auf.

Alperovitz und Hasegawa stehen mittlerweile in den USA unter konstantem Beschuß einer patriotisch-revisionistischen Historikergilde, die ihre Arbeit zu diskreditieren versucht und als unwissenschaftlich bezeichnet, ähnlich wie es Daniele Ganser mit seiner Forschung zu Gladio ergeht. Der Grund ist in beiden Fällen gleich. Es geht um den moralischen Machtanspruch der USA, die Selbstversicherung, nicht nur die einzige Supermacht zu sein, sondern auch die einzig gute Supermacht.

Kein machiavellistisches Imperium, das mit Lug und Trug, mit Staatsstreichen und politischen Morden die Weltpolitik dominiert. Der 2. Weltkrieg wird in den USA "The Good War" genannt, er war der Krieg gegen das Böse. Der Abschluß des Krieges war der Einsatz der Atomwaffen, eine Story aus einem Hollywood-Drehbuch, die "außergewöhnliche" (exzeptionelle) Nation hatte in letzter Minute die Superwaffe zur Verfügung, sie rettet die Helden, die Superwaffe beendet den Krieg, und dient für alle Zukunft als Fundament und Garant der Vormachtstellung. Gegen das neue Böse.

Da paßt ein gigantisches Kriegsverbrechen als Schlußpointe nicht in die Storyline. Die wahre Geschichte der Atombombe aber sieht anders aus als der Hiroshima Mythos, finsterer.

Die Atombombe wurde mit Hilfe emigrierter Wissenschaftler konzipiert, die eine weltweite

Nazi-Herrschaft fürchten. Was wäre, wenn Hitler die Bombe als erster bauen würde? Diese Bedrohung brachte selbst Albert Einstein dazu, sich für ein amerikanisches Atombombenprogramm auszusprechen - was er später bereut hat. Als das Manhattan-Projekt begann, war nicht klar, ob es der teuerste wissenschaftliche Fehlschlag aller Zeiten werden würde, oder am Ende eine neue Superwaffe stünde.

Es war das gigantischste geheime Waffenprogramm, das es bis dahin gab. 150.000 Mitarbeiter und die in den 40er Jahren nach Fantastillionen klingende Summe von etwa 2 Milliarden US-Dollar wurden eingesetzt.

Und als die Bombe endlich fertig ist, das Programm ein Erfolg, ist der Krieg gegen Deutschland gewonnen. Am Ende der Bombe ist "fast" zu wenig Krieg übrig, um sie noch auszuprobieren. Und ausprobieren wollte man sie natürlich, nach dieser Mammutanstrengung. Das ultimative Machtinstrument, die Superwaffe, die alles verändern wird, sollte auch explodieren. Über Menschen.

Genauer gesagt, sollen zwei Bomben explodieren. Denn es gibt eine Uranbombe, die auf Hiroshima fallen und eine Plutoniumbombe, die Nagasaki vernichten wird. Sie basieren auf zwei verschiedenen Konstruktionsprinzipien. Während die Wissenschaftler beim primitiven Kanonenprinzip der Hiroshimabombe auf das Funktionieren vertrauen, sind sie beim komplexen Implosionsprinzip der Nagasaki-Bombe nicht so sicher. Dieser Bombentyp wird in der Wüste von New Mexico im Juli 1945 getestet. Erfolgreich.

Die Nachricht wird Präsident Truman nach Potsdam durchgefunkt, wo er Stalin darüber informiert, daß die USA eine Superwaffe besitzen. Truman stellt erstaunt fest, daß Stalin gleichmütig reagiert. Was Truman nicht weiß: Stalin ist durch seine Geheimdienste über das Atomprojekt der USA informiert.

Jetzt geht es darum, auf welches Ziel die Bombe abgeworfen werden soll. Japan ist weitgehend dem Erdboden gleichgemacht, aber einige wenige Städte haben die US-Strategen verschont, darunter Hiroshima. Es wurde nicht bombardiert, weil es kein militärisches Ziel war, unwichtig. Aber von der Geographie her ideal geeignet als Ziel des größten Feldexperimentes der Geschichte. Die Stadt ist intakt, man wird den Vorher-Nachher-Effekt nach der Atomexplosion sehr gut beobachten können.

Einige Wissenschaftler plädieren dafür, die Bombe über einem Kriegshafen abzuwerfen, oder eine spektakuläre Demonstration durchzuführen, z.B. über einem Wald mit riesigen Bäumen, die dann wie Streichhölzer als Muster kilometerweit umgerissen würden und im Zentrum spektakulär verbrennen - eine graphische Präsentation, die nur wenige Zivilisten töten würde. Aber die Politiker wollen das Ding explodieren sehen, über einer funktionierenden Stadt- und Wirkung demonstrieren.

So wird Hiroshima verbrannt, mit einer Einwohnerschaft, die mehrheitlich aus Frauen und Kindern besteht. Prof. Erlinghagen schätzte, daß 90 % der Verbrannten Frauen und Kinder waren. Die Bombe entsprach 13.000 kg Sprengstoff. Das ist nicht viel. Nach heutigen Maßstäben eine taktische Gefechtsfeldwaffe. Heutige Nuklearwaffen sind im Megatonnenbereich, das ist ein Unterschied wie zwischen Handgranate und Luftmine.

Nach der Explosion der Atombombe über der Stadt ziehen Menschen als lebende Leichen strahlenkrank über Trümmer, unter denen ihre Verwandten um Hilfe flehen. Wenn sie die Hand reichen, kann man die verbrannte, verstrahlte Haut wie einen Handschuh abziehen. Schwarzer, radioaktiver Regen fällt. Die Verendenden entwickeln wildes Fleisch, sie betteln darum, getötet zu werden. Kleinkinder sitzen weinend neben ihren sterbenden Müttern. Der militärische Chef des Atombombenprogramms General Lesley Groves behauptet in den USA: "Der Atomtod ist ein schöner Tod!"

Die Nachricht von einer ungewöhnlichen Bombe hat gerade erst die japanische Regierung erreicht, die sich wenig darum kümmert, ihre Aufmerksamkeit gilt der Sowjetunion, als die

zweite Bombe fällt, von der sie noch nichts weiß. Die japanische Führung erhält keine Zeit zu kapitulieren, aber darum geht es ja auch gar nicht. Die zweite Bombe wird abgeworfen, weil man beide Bombentypen ausprobieren will. Sie soll auf Kokura fallen, aber dort herrschen schlechte Sichtbedingungen. So trifft es Nagasaki.

Aber haben die Atombomben nicht doch irgendwie den Krieg beendet? Sind sie nicht dadurch, trotz aller Grausamkeit, gerechtfertigt? Das Argument ist also, daß der Zweck die Mittel heiligt. Stimmt das? Gesetzt den Fall die Konzentrationslager hätten den Krieg beendet, würden wir darüber diskutieren, ob sie das rechtfertigen würde? Auch das ist ein Beispiel, daß wir uns an merkwürdige Begründungen gewöhnt haben, die wir in anderen Fällen als obszön betrachten würden.

Hätte Stalin als erster Atomwaffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt, dann würde das wohl als Beweis für die unvergleichliche Brutalität und Unmenschlichkeit des Kommunismus angeführt werden. Aber warum sind wir so nachsichtig mit den USA?

In den USA wird argumentiert, daß die Atombomben am Kriegsende auf beiden Seiten viele Menschenleben gerettet hätten, weil sie US Invasion überflüssig machten.

Aber Menschenleben der Gegenseite haben weder die Militärstrategen der Japaner noch der Amerikaner interessiert. Das ist eine schönfärberische Lüge, die den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln gegen Zivilisten, überwiegend Frauen und Kindern, legitimieren soll. Der Chef des Bomberkommandos, Curtis LeMay sagte: "Es gibt keine unschuldigen Zivilisten. Es ist ihre Regierung und man bekämpft ein Volk, man versucht gar nicht mehr gegen bewaffnete Truppen zu kämpfen. Also kümmert es mich nicht so sehr, daß ich sogenannte unschuldige Unbeteiligte töte."

Als der Krieg zu Ende ist, werden US-Kameraleute und Ärzte nach Hiroshima geschickt. Dort wird eine Organisation geschaffen, die Atomic Bomb Casualty Commission, die die Bevölkerung von Hiroshima und Nagasaki medizinisch überwacht, die Effekte der Radioaktivität erfaßt, das Leiden und Sterben der Menschen akribisch festhält. Die Ärzte behandeln ihre Patienten nicht, sie beobachten nur, sie sammeln Daten. Die Bevölkerung ist eine Herde von Laborratten, die in einem gigantischen Feldexperiment wissenschaftlich untersucht wird.

Was man verstehen muß: Atombomben sind keine Waffen. Sie dienen nicht dazu, zielgerichtet andere Soldaten am Töten zu hindern. Sie sind Massenvernichtungsmittel, die auf die Bevölkerung eines Landes gerichtet sind. Die Regierungen drohen mit der Vernichtung von Männern, Frauen, Kindern und Tieren. Mit der totalen Vernichtung eines Landes und seiner Bevölkerung. Mit der Vernichtung der Zivilisation. In der Atomkriegsplanung der USA der 60er Jahre sollte Moskau mit über 160 Nuklearwaffen dem Erdboden gleichgemacht werden. Die Daten für russische Sprengköpfe gegen New York und Washington unterscheiden sich nur graduell.

Das Ziel des Einsatzes von Nuklearwaffen ist die Vernichtung der Bevölkerung.

Die Definition von Terrorismus lautet: Androhung oder Durchführung von Gewaltaktionen zur Erreichung eines politischen Zieles.

Das bedeutet: Atomare Massenvernichtungsmittel sind Staatsterrorismus.

Im 2. Weltkrieg sind die kriegführenden Mächte dazu übergegangen, Städte zu bombardieren. Der Anfang der Verbrechen waren die Bombardierung von Guernica, Warschau und London durch die Nazis, aber die Vernichtung der Bevölkerung wurde in Hamburg, Dresden und Tokio perfektioniert.

Mit wissenschaftlicher Akkuratess wurde erprobt, wie man erst durch Sprengbomben brennbares Material schafft, die Wasserversorgung der Feuerwehr zerstört und dann Brände legt, die zu Feuerstürmen anwachsen und so viele Zivilisten wie möglich töten.

Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki waren eine Vervielfachung eines bereits als Alltag eingerissenen Verbrechens. Heute werden diese Verbrechen in unvorstellbarem Maß-

stab geplant.

Es ist merkwürdig, daß Atomwaffen dabei einen anderen Status als Chemie- und Biowaffen haben. Chemiewaffen und Biowaffen wurden bald nach dem ersten Weltkrieg geächtet. Sie gelten als brutal und barbarisch. Mittlerweile sind Chemiewaffen sogar verboten. Der angebliche Einsatz "barbarischer" Chemiewaffen dient heute als Anlaß für Militärschläge von Mächten, die empört sind, wenn Dutzende Menschen sterben, deren Planer aber mit Megatoten (Millionen von Todesopfern) durch Atomwaffen rechnen.

Dabei sind Nuklearwaffen in der Wirkung noch grausamer und barbarischer als Chemiewaffen. Wer das nicht glaubt, sollte sich die Schilderungen aus Hiroshima und Nagasaki anhören. Atomwaffen schädigen darüber hinaus auch noch kommende Generationen sowie den Lebensraum. Sie sind verachtenswert, aber nicht geächtet. Jeder, der ihren Einsatz vorbereitet, ist verachtenswert. Wenn wir es genau nehmen, müßten wir die Außenminister der Nuklearmächte bei der Einreise am Flughafen wegen Staatsterrorismus festnehmen und inhaftieren.

Da atomare Massenvernichtungsmittel aber die Machtgrundlage der wichtigsten Staaten der Welt sind, wird ihr Image sorgsam gepflegt. Bei Chemiewaffen wird dem Publikum oft die Wirkung vorgeführt, in Form von zuckenden, sterbenden Kindern mit Schaum vor dem Mund, Nuklearwaffen hingegen kennen wir als formschöne Metallobjekte, sauber lackiert und ordentlich aufgeräumt. Ab und zu bekommen wir auch einen schaurig schönen, goldenen Explosionspilz zu sehen. Aber nie die Wirkung der Bombe.

Wir Plebejer sollten uns von dieser Desinformation nicht täuschen lassen. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, daß Regierungen bereit sind, ihre gesamte Bevölkerung für den Machterhalt zu opfern. Nazi-Deutschland und Japan sind Beispiele dafür. Alle, auch alle Supermächte, kalkulieren die Vernichtung ihrer Bevölkerung. Es ist zwar im Machtinteresse der Regierungen, Kriege planen zu können, aber nicht unser Interesse als Beherrschte, zur Vernichtung freigegeben zu werden. Wenn die Maschinerie anläuft, ist sie nicht zu stoppen. Unser Ziel muß deshalb die Abschaffung der Nuklearwaffen sein, bevor sie zum Einsatz kommen können.

Das wird aber nicht das Ziel der Regierungen sein. Die Beherrschten werden dieses Ziel den Regierungen aufzwingen müssen. Wenn wir die Dinge laufen lassen, passiert, was bisher passiert ist. Atomare Massenvernichtungsmittel werden schöngeredet, als unabänderlich bezeichnet, als notwendiges Übel, stationiert, obwohl sie uns bereits mehrmals an den Rand der Katastrophe gebracht haben.

Der letzte Chef des mittlerweile abgeschafften strategischen US-Bomberkommandos, Vier Sterne General George Lee Butler sagte nach seiner Pensionierung: "Wir haben den Kalten Krieg ohne nuklearen Holocaust durch eine Kombination von Können, Glück und göttlichem Eingreifen überlebt, wobei das göttliche Eingreifen wohl am wichtigsten war." Er engagiert sich jetzt für die Abschaffung aller Nuklearwaffen.

Und wie steht es mit Hiroshima und Auschwitz? Das Argument von Prof. Erlinghagen lautet: "Es gab zwei Menschheitsverbrechen im 2. Weltkrieg. Der industrielle Völkermord an den Juden und den erstmaligen Einsatz von atomaren Massenvernichtungsmitteln gegen die Zivilbevölkerung. Auschwitz ist erkanntes Böses. Selbst die Neonazis sagen nicht, daß Auschwitz irgendwie gut und richtig war, sie leugnen es. Alle wissen Bescheid.

Die atomaren Massenvernichtungsmittel hingegen sind nicht als Böses erkannt. Sie werden nicht geächtet. Auch, wenn die Dimension von Auschwitz größer war, was bedroht uns in Gegenwart und Zukunft mehr, was hat jetzt die größere Dimension? Wir sollten Auschwitz keinesfalls vergessen, aber wäre es nicht richtig und wichtig, daß wir uns gedanklich und in Gesprächen viel mehr mit der atomaren Bedrohung beschäftigen würden?"<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. September 2018: >>Eine der letzten Chancen

Das Europaparlament hat mit Zweidrittelmehrheit ein Verfahren gegen Ungarn beschlossen mit dem Ziel, der Regierung auf EU-Ebene das Stimmrecht zu entziehen. Zur Begründung werden die "systemische Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn" angeführt.

Doch jeder weiß, worum es in Wahrheit geht: Ungarn und die anderen Visegrád-Staaten weigern sich, es den Westeuropäern gleichzutun und ihre Grenzen für eine Masseneinwanderung aus der Dritten, vornehmlich moslemischen Welt zu öffnen.

Praktisch wird der Vorstoß aus Straßburg ins Leere gehen, denn der Entzug des Stimmrechts erfordert einen einstimmigen Beschluß im Europäischen Rat, und Polen hat schon angekündigt, dagegen zu votieren.

Um einen Skandal handelt es sich gleichwohl, denn wenn einer Regierung, die mehrmals in freien Wahlen das Vertrauen des Volkes errungen hat, die Satisfaktionsfähigkeit abgesprochen wird, stuft man den Staat symbolisch zum Protektorat herab.

Ministerpräsident Viktor Orbán wies vor dem Straßburger Plenum darauf hin, daß sein Land "seit tausend Jahren Mitglied der Familie der christlichen europäischen Völker ist", dem Kommunismus getrotzt und 1989 "seine Grenzen für seine ostdeutschen Schicksalsgenossen" geöffnet hat. Er appellierte an ein Geschichtsbewußtsein, das den meisten Abgeordneten längst fehlt.

EU als Agentur des Globalismus

Dieses Europaparlament und die EU-Bürokratie stehen nicht für die historische, geistige und kulturelle Dignität des Kontinents, sondern für die Totalherrschaft einer Gegenwart, in der Volkssouveränität, Demokratie und Gewaltenteilung auf Kampfbegriffe wie Diversität, Teilhabe, Antidiskriminierung geschrumpft sind.

Eine wichtige Rolle spielt dabei der Globale Migrationspakt, der von mehr als 190 Uno-Mitgliedstaaten Ende des Jahres unterzeichnet werden soll. Die Unterschrift verweigern wollen die USA und eben Ungarn, das erklärte, der Vertrag widerspreche den Landesinteressen. Der Pakt sieht humanitäre Visa und Umsiedlungsprogramme für Migranten vor, die ihr Heimatland wegen Umweltzerstörung und Klimawandel verlassen müssen. Sie sollen in den Zieländern Zugang zu Gesundheit, Wohnen, Bildung und zum Rechtssystem erhalten und per Gesetz vor Diskriminierungen geschützt werden. Familienzusammenführungen sollen erleichtert werden.

Während die Ungarn auf ihr Recht pochen, innerhalb der eigenen Grenzen selbstbestimmt zu leben, betätigt die EU sich als Agentur des Globalismus und sieht ihre Aufgabe darin, den Nationalstaaten auch das Recht auf existentielle Selbstverfügung zu nehmen und den Kontinent nach Afrika und Vorderasien grenzenlos zu machen.

Neuer West-Ost-Konflikt

Der Politikwissenschaftler Yascha Mounk äußerte im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zur laufenden Agenda, "daß wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, ... dabei kommt es aber natürlich auch zu vielen Verwerfungen." Wenn sich jemand dem entgegenstelle, dann müsse "ganz klar" gezeigt werden, "daß der Staat fähig ist, die Menschen, die dagegen aus Haß verstoßen, richtig zu bestrafen".

Die Menschen und Völker östlich der Elbe sind schon einmal die Objekte eines "einzigartigen Experiments" gewesen, das von 1945 bis 1989 dauerte. Es ist tief in ihnen und im Gedächtnis ihrer Nachkommen eingeschrieben. Der neue West-Ost-Konflikt, der sich an der Behandlung Ungarns durch die EU entzündet, geht also weit über das hinaus, was die Theoretiker der Postdemokratie als neoliberales Formtief des liberalen Systems beschreiben. Der polnische Philosoph Ryszard Legutko, der zur Zeit sein Land im Europaparlament vertritt, sieht im multiethnischen und -kulturellen Projekt eine dem kommunistischen Experiment tendenziell ver-

gleichbare, totalitäre Energie wirken.

Auch heute werden die vermeintlich Guten, die unter Freiheit die Bejahung des finalen Ziels verstehen, vom Staat von den vermeintlich Bösen geschieden, deren "Widerstand im Interesse aller gebrochen werden muß". Weil man sie auf der sachlichen Ebene nicht widerlegen kann, werden sie moralisch als Rassisten und Faschisten stigmatisiert. Die zweite Parallele ist die Politisierung sämtlicher Lebensbereiche bis in die schulische Bildung, die Sprache und sogar die privaten Beziehungen.

Der Osten durchschaut die Mechanismen der Indoktrination

Der neue Ost-West-Konflikt reißt in der Bundesrepublik einen innerstaatlichen Graben auf. Während der Politik- und Mediendiskurs nahezu vollständig die multiethnische Transformation bejaht und die Bevölkerung im Westen bisher nur punktuell Widerspruch wagt, durchschauen die Menschen im Osten aus historischer Erfahrung die Mechanismen der Indoktrination und verweigern sich ihr mehrheitlich.

Es handelt sich um einen Widerstand von unten. Es gibt kaum alteingesessene Politiker, Akademiker und Journalisten, die als Wortführer agieren könnten, weil die Unterwerfung unter den West-Diskurs für karriereorientierte Ostdeutsche das Entréebillet zum Aufstieg bildete. Die oft ungeschickte Artikulation der Proteste nehmen die Medien zum Anlaß, sich zur Hetzmeute der Rechtgläubigen zu formieren und die Demonstranten als "Mob" zu verhöhnen.

Die Aggressionen lassen auf Ratlosigkeit, unterdrückte Zweifel und Selbsthaß schließen. Auch deshalb ist die aktuelle Ost-West-Kontroverse für Deutschland und Europa eine der letzten Chancen, um sich aus dem Strudel der Selbstabschaffung zu befreien.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. September 2018: >>**Volksaustausch: Schäuble glaubt nicht, "daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können"**

Mit der Wahrheit lügen ... Wolfgang Schäuble erklärt den Volksaustausch zur Naturgewalt, an der man nichts ändern könne. In einem Zeitungsinterview sagte er gestern wörtlich: "Wir sollten auch klarmachen, wie schwer es ist, im Einzelfall abzuschieben. Deswegen sollten wir auch nicht allzu stark die Hoffnung schüren, daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können. Eher sollten wir alle Kraft dafür aufbringen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren."

Schäuble will uns verhöhnen. Es gibt eine halbe Million Illegale hier, die ausreisepflichtig sind. Die Schwierigkeit, sie abzuschieben, ist keine objektive - sondern Ihr, die Politiker, bildet diese Schwierigkeit. Die ganzen echten und falschen Syrer, und das können gut und gerne eine Million sein - Assad würde sie mit Kußhand zurücknehmen, da weite Teile des Landes längst befriedet sind! Aber Ihr wollt sie ja unbedingt hierbehalten ... Noch dreister: Selbst Gefährder, die schon abgeschoben wurden, holt Ihr wieder zurück - siehe der Leibwächter von Bin Laden ...

Was Schäuble und Co. als Sachzwang verniedlichen, ist der von ihnen geplante Volksaustausch. Dazu schrieb ich im gleichnamigen Sonderheft von COMPACT: "Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt. –

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?"

COMPACT-Spezial Nr. 18 "Volksaustausch - Geburtenabsturz und Überfremdung" nennt die Verbrechen und die Verbrecher - und zeigt Wege aus der Gefahr. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. Oktober 2018: >>**Umvolkung**

"Die Umvolkung hat längst begonnen", twitterte die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla am 24. September 2016. Das war zu viel der Wahrheit: Die Verwendung dieses Begriffes kostete sie die erneute Nominierung.

Umvolkung bezeichnet ein Regierungshandeln, das eine grundlegende Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes bewirkt. Daß die Politik der offenen Grenzen, die seit 2015 nahezu 2 Millionen Menschen, zumeist junge, männliche Muslime, nach Deutschland geholt hat, die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung grundlegend verändert, weiß jeder, der einmal durch die Fußgängerzone einer beliebigen deutschen Groß- oder Mittelstadt schlendert.

Aber, so lautet der Einwand, diese Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung ist ja nicht das Ziel von Merkels Politik, sondern nur ein Kollateralschaden. Merkel gehe es in Wahrheit um Moral und Menschlichkeit. Und das dürfe man doch nicht mit diesem bösen Wort bezeichnen.

Merkel geht es worum, bitte? Der Glaube vieler Deutscher an die edlen Motive einer Regierung, die das Land objektiv ruiniert, weckt bei mir abwechselnd Heiterkeit und Fassungslosigkeit.

Schon der große Staatsphilosoph Carl Schmitt wußte es genau: "Wer von Menschheit spricht, der will betrügen."

Umvolkung klingt hart, unschön, unangenehm. Umvolkung klingt wie Messerattacken, Vergewaltigungen und Islamisierung. "Es klingt wie" staatliches Verständnis für Gewalttäter und politische Diskriminierung des dagegen gerichteten Protests. Umvolkung klingt also wie die Realität in Merkels Deutschland. Genau deshalb soll der Begriff tabuisiert werden. Weil er die Wahrheit ausdrückt.<<

Der deutsche AfD-Politiker Alexander Gauland berichtete am 6. Oktober 2018 in der "FAZ" über die Dominanz der Internationalisten (x335/10): >>... Diese globalisierte Klasse sitzt in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie der UN, in den Medien, Startups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den Parteien und ihren Apparaten, und weil sie die Informationen kontrolliert, gibt sie kulturell und politisch den Takt vor.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 6. Oktober 2018 (x1.000/...): >>**Kriegsverbrechen und grausamste Waffen - Die westliche Wertegemeinschaft nach ihren eigenen Maßstäben bemessen**

... Die westliche Wertegemeinschaft, das sind die USA im Verbund mit der EU, warf den ehemaligen Regierungschefs Gaddafi in Libyen oder Saddam Hussein im Irak Grausamkeiten gegen die eigenen Bürger vor. Danach hat sie diese mittels militärischer Maßnahmen ihrer Ämter enthoben und getötet, sowie deren Länder verwüstet.

Aktuell werden Assad, dem Präsidenten von Syrien, immer wieder Giftgasanschläge gegen seine Bevölkerung angelastet. Diese unbewiesenen Anschläge wurden mit militärischen Vergeltungsaktionen und wirtschaftlichen Sanktionen, die vor allem die Zivilbevölkerung stark belasten, geahndet. Doch an dieser Stelle soll auch mal die westliche Wertegemeinschaft an ihren eigenen Maßstäben gemessen und genauer unter die Lupe genommen werden. Wie sieht bei den westlichen Staaten, die sich als moralisch hoch stehend bezeichnen, der Umgang mit der Zivilbevölkerung aus?

Das Ergebnis fällt ernüchternd aus: In den letzten 80 Jahren wurden von Regierungen der westlichen Wertegemeinschaft nachweislich Aktionen gegen Zivilisten eingesetzt, die in keinem Vergleich zu den Dingen stehen, die unbewiesenermaßen Assad angelastet werden. Betrachtet man nur einmal allein die durch die westliche Wertegemeinschaft hier in Dresden hinterlassenen Narben. Diese wunderschöne Barockstadt Dresden wurde im Februar 1945 grausam zerstört.

Heute zeugen hiervon immer noch die mittlerweile wieder aufgebauten Gebäude, wie bei-

spielsweise die Frauenkirche hinter mir. Doch nicht nur Gebäude wurden zerstört - es traf besonders unzählige, unschuldige Menschen. Hierzu ein kleiner Rückblick:

Beispiel 1 - Die Bombardierung Dresdens

In der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 wurden nach damaligen Schätzungen mindestens zwischen 250.000 und 500.000 Menschen in Dresden durch Brandbomben der englischen Luftwaffe getötet.

In der Stadt befanden sich zu dieser Zeit nicht nur die rund 600.000 Einwohner, sondern darüber hinaus noch einmal so viele Vertriebene und Flüchtlinge aus Osteuropa. Das war auch den Alliierten bekannt, denn die Stadt war als "Lazarettstadt" deklariert und die Dächer der Häuser waren mit "Rote-Kreuz-Zeichen" versehen. Dresden war kein militärisches Ziel.

Der britische Historiker David Irving zitierte zum 45. Jahrestag der Bombardierung Dresdens den britischen Premierminister Winston L. S. Churchill sehr vielsagend und die damalige Gesinnung der Alliierten entlarvend so:

"Ich will keine Vorschläge hören, wie wir kriegswichtige Ziele im Umland von Dresden zerstören können; ich will Vorschläge hören, wie wir 600.000 Flüchtlinge aus Breslau in Dresden braten können."

Aber nicht nur Dresden war Ziel dieses Hasses und dieses Vernichtungswillens. Sämtliche deutsche Großstädte und 80 Prozent aller deutschen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern fielen den Brandangriffen zum Opfer. Mehrere hunderttausend Zivilisten haben durch diesen Vernichtungswahn ihr Leben verloren. Doch Dresden ist leider nur ein Beispiel von vielen. Wie sah das Eingreifen der westlichen Wertegemeinschaft beispielsweise in Hiroshima und Nagasaki oder im Vietnamkrieg aus? Und sind nicht auch Phosphorbomben und angereichertes Uran grausame Kriegswaffen?

Beispiel 2 - Abwurf von Atombomben über Hiroshima und Nagasaki in Japan

Am 9. Juli 1945 hatte der japanische Botschafter Sato Naotake in Moskau um Friedensverhandlungen gebeten. Japan stand kurz vor der Kapitulation. Trotzdem startete am Morgen des 6. August 1945 der US-Bomber "Enola Gay" zu seiner Mission, die erste Atombombe über bewohntem japanischem Gebiet abzuwerfen.

In 580 Metern Höhe über der Innenstadt von Hiroshima detonierte diese Bombe und innerhalb von Sekunden zerstörte die Druckwelle 80 Prozent der Innenstadtfläche. Feuer mit einer Innentemperatur von über einer Million Grad Celsius brach explosionsartig aus. Die entstandene Hitze ließ noch Bäume verbrennen, die sich in einer Entfernung von über zehn Kilometern befanden.

Obwohl der US-Regierung die ungeheure Zerstörungskraft der Atombomben bekannt war, wurde für den 9. August ein weiterer Abwurf über der Stadt Kokura angeordnet. Durch die starke Bewölkung an diesem Tag konnte Kokura aber nicht angefliegen werden. Deshalb entschied man sich, die Bombe über Nagasaki abzuwerfen.

Mindestens 155.000 Menschen starben in den beiden Städten sofort und 110.000 verschieden durch radioaktive Verstrahlung qualvollst innerhalb weniger Wochen bis Monate bzw. Jahre danach. Bis heute sterben Japaner an den Spätfolgen. Da es in Folge der radioaktiven Verstrahlung zu Schädigungen des Erbgutes kam, werden über Generationen hinaus Menschen an den Spätfolgen dieser beiden Angriffe großes Leid tragen.

Beispiel 3 - Der Einsatz von Agent Orange im Vietnamkrieg

Die USA setzte das Gift Agent Orange zum ersten Mal im Vietnamkrieg im Jahr 1965 ein. Agent Orange wurde nicht nur als Entlaubungsmittel benutzt, es diente auch zur Zerstörung von Nutzpflanzen. Beim Menschen ruft es vor allem Leukämie, Prostatakrebs, Wirbelsäulenspalt, Nervenleiden, Diabetes und Parkinson hervor. Durch die Anwendung im Vietnamkrieg hatten nach offiziellen Angaben drei Millionen Menschen Folgeschäden und 150.000 Kinder wurden mit Behinderungen geboren. Aber auch heute noch, über 40 Jahre nach dem Einsatz,

kommen Kinder mit Behinderungen aufgrund von Agent Orange zur Welt.

Beispiel 4 - Phosphorbomben sind seit den Zusatzprotokollen von 1977 zu den Genfer Abkommen aus dem Jahr 1949 verboten.

Diese Protokolle wurden von 168 Staaten ratifiziert. Das hinderte die US-Regierung aber nicht daran, diese Bomben 2016 im Irak einzusetzen. Die israelischen Streitkräfte setzen weißen Phosphor auch immer wieder mal gegen Palästinenser ein. Neben der Anwendung als Brandbombe wirkt weißer Phosphor dazu auch noch hochgiftig, und schon 50 mg sind für den Menschen tödlich.

Beispiel 5 - Abgereichertes Uran

Abgereichertes Uran ist ein Abfallprodukt der Uran- und Atomindustrie. Das radioaktive und hochgiftige Material müßte unter hohem Kostenaufwand für einen sehr langen Zeitraum in gesicherten Deponien gelagert werden. Diese Kosten sparte sich die westliche Wertegemeinschaft ein, indem sie dieses abgereicherte Uran in Form von Uranmunition, auch DU-Munition genannt, auf den Kriegsschauplätzen dieser Welt zum Einsatz bringt.

Von den Mitgliedsländern der NATO wurde Uranmunition schon in Serbien, Libyen und dem Irak eingesetzt. Auch bei den aktuellen Kriegshandlungen in Syrien soll diese Munition schon verschossen worden sein. In den Ländern, wo DU bereits verwendet wurde, kommen durch die Schädigung des Erbgutes erschreckend viele mißgebildete Kinder zur Welt, und das kann sich noch über Generationen fortsetzen. In Serbien haben die aggressiven Krebserkrankungen bei Jung und Alt in den letzten Jahren schon ein epidemisches Ausmaß erreicht. Nach Angaben des serbischen Gesundheitsministeriums erkrankt jeden Tag ein Kind an Krebs.

Seit 2007 gab es mehrere Anläufe, DU-Munition zu verbieten, aber die Regierungen der angeblich moralisch hochstehenden Staaten USA, Großbritannien, Frankreich und Israel konnten sich diesen Bestrebungen immer wieder erfolgreich widersetzen.

Beispiel 6 - Feldversuch für neue Generation von Uranbomben in Afghanistan

Seit 2001 wird von den USA und ihren Verbündeten Krieg in Afghanistan geführt. Anders als im Irak wurde hier erstmals Munition aus Uranlegierungen mit nicht abgereichertem Uran eingesetzt, die eine katastrophal hohe Kontamination (radioaktive Verseuchung) der Zivilisten hervorrief.

Tests mit einer großen Anzahl von Menschen aus Jalalabad und Kabul zeigten Uran-Konzentrationen im Urin, die 400 % bis 2.000 % über den normalen Werten lagen. Es handelt sich dabei um derart große Mengen, wie sie nie zuvor in Untersuchungen an Zivilisten gemessen worden waren, nicht einmal in Tschernobyl! Eine kanadische Forschergruppe des "Uranium Medical Research Center" (UMRC) wies schon nach einem Jahr extreme gesundheitliche Schäden an Neugeborenen nach.

Ohne Ausnahme wurde jede Person in Afghanistan, die eine Urinprobe abgegeben hatte, positiv auf Urankontamination getestet. Die Konzentrationen waren 100 bis 400 mal höher als jene der Golfkriegsveteranen, die von UMRC 1999 und 2003 im Irak getestet worden waren. Laut UMRC wurde Afghanistan somit als Testfeld für eine ganz neue Generation bunkerbrechender Uranbomben benutzt.

Fazit: Diese Beispiele zeigen, wie die vermeintlich moralisch hochstehende westliche Wertegemeinschaft immer wieder absolut völkerrechtswidrig und zudem mit menschenverachtenden Waffen gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen ist.

Die damalige stellvertretende Vorsitzende der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Dr. Angelika Claußen, brachte es 2004 in ihrer Stellungnahme zu den Folgen von Uranmunition so auf den Punkt: "Keine Macht dieser Welt hat das Recht, auf ihren selbstherrlich gewählten Kriegsschauplätzen die Menschen noch lange nach Beendigung der Kriegshandlungen zu vergiften und zu töten."

Diese grausamen Verbrechen an der Menschheit wurden bis heute weder vor ein Kriegsver-

brechertribunal gestellt, geschweige denn die Schuldigen verurteilt! Im Gegenteil - genau diese und ihresgleichen hetzen ungehemmt zu weiteren Kriegen auf.<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 8. Oktober 2018 (x954/...): >>**Die Scheindemokratie.**

Die Bürger werden entmündigt und als politisch apathische Konsumenten dressiert.

Exklusivabdruck aus Rainer Mausfelds "Warum schweigen die Lämmer?"

von Rainer Mausfeld ...

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Demokratie durch die Illusion von Demokratie ersetzt. Neue Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation schützen die Mächtigen vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen und stärken ihre Position. In seinem Buch deckt Rainer Mausfeld die Systematik dieser Indoktrination auf und macht uns sensibel für die vielfältigen psychologischen Beeinflussungsmethoden.

Demokratie und Freiheit. Zwei Wörter, die mit unerhörten gesellschaftlichen Versprechen aufgeladen sind und gewaltige Veränderungsenergien zu deren Einlösung freisetzen können. Kaum mehr als ein Schatten ist heute von den mit ihnen ursprünglich verbundenen Hoffnungen geblieben. Was ist passiert? Wohl nie zuvor sind zwei Wörter, an die so leidenschaftliche Hoffnungen geknüpft sind, in gesellschaftlich so folgenschwerer Weise ihrer ursprünglichen Bedeutung entleert, verfälscht, mißbraucht und gegen diejenigen gewandt worden, deren Denken und Handeln sie beseelen.

Demokratie bedeutet heute in Wirklichkeit eine Wahloligarchie ökonomischer und politischer Eliten, bei der zentrale Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht entzogen sind; damit liegen zugleich weite Teile der gesellschaftlichen Organisation unseres eigenen Lebens außerhalb der demokratischen Sphäre. Und Freiheit bedeutet heute vor allem die Freiheit der ökonomisch Mächtigen. ...

Von der Demokratie, die ursprünglich mit großen Hoffnungen auf eine politische Selbstbestimmung und auf eine Sicherung des inneren und äußeren Friedens verbunden war, ist in der realen Gestaltung der Gesellschaft nur eine formale Hülse übrig geblieben. Demokratie ist auf ein inszeniertes Spektakel periodischer Wahlen reduziert worden, bei denen die Bevölkerung aus einem ihr vorgegebenen "Elitespektrum" wählen kann. Wirkliche Demokratie ist ersetzt worden durch die Illusion von Demokratie, die freie öffentliche Debatte ist ersetzt worden durch Meinungs- und Empörungsmanagement, das Leitideal des mündigen Bürgers ist ersetzt worden durch das neoliberale Leitideal des politisch apathischen Konsumenten.

Von den mit den Begriffen Demokratie und Freiheit verbundenen Hoffnungen sind nur die leeren Worthülsen eines falschen Versprechens von den Mächtigen beibehalten worden; mit ihnen läßt sich nämlich das Bewußtsein der Mehrheit der Machtunterworfenen wirksam manipulieren.

Auch das Völkerrecht hat sich heute in großen Teilen zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt. Die selbstdeklarierte westliche Wertegemeinschaft pflegt wieder offen ihren geradezu religiösen Glauben an die Wirksamkeit von Gewalt, an die Heilsamkeit von Bomben und Zerstörung, von Drohnenmorden und Folter, von Unterstützung terroristischer Gruppen, von wirtschaftlichen strangulierungen und anderen Formen von Gewalt, die ihren Zwecken dienlich ist - eine politische Fetischisierung von Gewalt, deren Auswirkungen über den gesamten Globus zu besichtigen sind.

Kaum mehr als eine geschichtliche Erinnerung ist von den großen Hoffnungen übrig geblieben, die ursprünglich mit Demokratie und Völkerrecht verbunden waren, nämlich Hoffnungen auf eine zivilisatorische Einhegung von Macht- und Gewaltbeziehungen. Um so kraftvoller wird jedoch die Bevölkerung in der politischen Rhetorik mit einer Demokratie- und Völker-

rechtsrhetorik überzogen, mit der die ökonomisch oder militärisch Starken die Zustimmung oder Duldung der Bevölkerung für ihre tatsächliche Praxis einer Realpolitik der Gewalt zu gewinnen suchen. In der Realpolitik hat sich heute längst wieder das Recht des Stärkeren Anerkennung verschafft. ...



Die organisierte Kriminalität der besitzenden Klasse wird durch eine solche Verrechtlichung nicht nur legalisiert, sondern auch zeitlich verfestigt und gegen mögliche demokratische Eingriffe abgedichtet.

Die zweite Säule besteht in der Entwicklung ausgefeilter und höchst wirksamer Techniken, durch die sich das Bewußtsein der Machtunterworfenen in geeigneter Weise manipulieren läßt. Die Machtunterworfenen sollen nicht einmal wissen, daß es - hinter der an der medial vermittelten politischen Oberfläche scheinbar demokratisch kontrollierter Macht - überhaupt Zentren der Macht gibt. Das wichtigste Ziel ist, einen gesellschaftlichen Veränderungswillen der Bevölkerung zu neutralisieren oder auf politisch belanglose Ziele abzulenken.

Um dies in einer möglichst robusten und beständigen Weise zu erreichen, zielen Manipulationstechniken auf weit mehr als nur auf politische Meinungen. Sie zielen auf eine gezielte Formung aller Aspekte, die unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Leben betreffen sowie auch unsere individuellen Lebensformen. Sie zielen gewissermaßen auf die Schaffung eines "neuen Menschen", dessen gesellschaftliches Leben in der Rolle des politisch apathischen Konsumenten aufgeht. ...

Wir können nur dann erfolgversprechende Strategien eines Widerstandes gegen die gegenwärtige Macht- und Gewaltordnung entwickeln, wenn wir diese neuartigen Organisationsformen der Macht hinreichend verstehen. Gleiches gilt für die Manipulationstechniken, durch die sich gezielt Eigenschaften unseres Geistes für politische Zwecke ausnutzen lassen.

Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien am 9. Oktober 2018 folgender Bericht über die Folgen des inhumanen Finanzkapitalismus (x1.014/...): >>Die Entscheidung - Kapitaldiktatur oder Souveränität der Menschen (Teil 1)

Der Verfall und die politische Krise des Westens

Von *Heinz Kruse* und *Gunther Sosna*

Politische Verantwortungslosigkeit hat den Finanzkapitalismus entfesselt. Namenloses Unheil richtet er an. Es ist zu befürchten, daß grenzenloses Wachstum auch grenzenlose Zerstörung bedeutet. Es reicht aber nicht, das Schicksal und das verantwortungslose Wirken der Politik

zu beklagen. Es müssen Wege gefunden werden zur Überwindung einer überholten Politik und des inhumanen Finanzkapitalismus.

In der repräsentativen Demokratie ist der Souverän zum Zuschauer degradiert. Er soll seine Stimme alle vier Jahre abgeben, dann am besten schweigen und sich um die sozialen Trümmerwüsten kümmern, die der Finanzkapitalismus zurückläßt. Dieser ist längst in die Parteien eingesickert. Er verformt Politik und Recht, und versucht, seine zerstörerische Herrschaft demokratisch zu legitimieren. Noch kann der Souverän eingreifen.

Der Verfall und die politische Krise des Westens

Jede Person hat das Recht auf personale Souveränität. Es ist ihr Menschenrecht auf Selbstbestimmung. Diese Souveränität ist der Kern jedes gesellschaftspolitischen Ansatzes. Wer Freiheit und Gerechtigkeit will, muß also mit der personalen Souveränität beginnen. Doch diese ist bedroht. Der entfesselte Finanzkapitalismus greift nach der politischen Herrschaft. Gelingt der Coup, verschmelzen Staat und Kapital zu einem neuen Faschismus, der die personale Souveränität beseitigen wird. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um die Machtfrage zu stellen.

Die historische Erfahrung lehrt, daß jede Form von Unrechtssystemen mit der Einschränkung des grundlegenden Menschenrechts auf Souveränität verbunden ist. Ohne die konstitutionelle Verankerung von Souveränität wird die Gesellschaft keine demokratischen und friedlichen Auswege aus der aktuellen politischen Krise finden. Deshalb stehen wir vor einer Grundentscheidung, die unser Land weit über unsere Generation hinaus prägen wird.

Lassen wir es zu, von Politik und Finanzkapital beherrscht zu werden, dann sind Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Krisen bis hin zu Kriegen wahrscheinlich. Wenn wir Frieden und Gerechtigkeit in einer lebenswerten Umwelt wollen, müssen wir handeln. Ein erster Schritt ist die Ausführung unserer personalen Souveränität.

Die Krise wird sichtbar und ist durch Propaganda nicht mehr zu überspielen

Unsere gegenwärtige Lage und die sich häufenden Krisen haben eine ihrer Ursachen im selbstherrlichen Handeln der Politik und der damit verbundenen Mißachtung souveräner Bürgerrechte. Eine feudale politische Machtelite, die sich in den hierarchisch organisierten Parteien abgelagert hat und zur inneren Lähmung führte, trug dazu bei, daß sich nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems Ende der 1980er der Finanzkapitalismus praktisch unkontrolliert entfalten konnte und in der Gegenwart - politisch flankiert - alle Hemmungen verliert.

Mit ihm gibt es weder Frieden in der Welt noch allgemeinen Wohlstand - weder in Deutschland noch in Europa oder sonst wo auf dem Planeten. Im Gegenteil: Die politische, rechtliche und institutionelle Ordnung wird zerstört, das Gemeingut gestohlen, die Menschen um ihre Zukunft betrogen und der Globus geplündert. Die Privatisierung von Wasser, Elektrizität, Schulen, Straßen und Krankenhäusern, der Landraub und die rücksichtslose Rohstoffausbeutung in Lateinamerika und Afrika, die Kriege im Nahen Osten, die grassierende Armut in allen Winkeln und die anwachsenden Flüchtlingsströme sind nur ein paar der offensichtlichsten Folgen ungezügelter Gier.

Der gigantische Reichtum Weniger und das Elend der Vielen sind untrennbar verbunden mit dem Finanzkapitalismus, der sich nun eine demokratische Tarnung anlegt, um aus der Rolle des Brandstifters in die Rolle des Retters zu schlüpfen, dessen zerstörerische Kraft durch den Souverän legitimiert werden soll.

Die politische Führungsschicht stellt sich gegen ihre Bürgerinnen und Bürger

Tausende von Lobbyisten sorgen dafür, daß selbst der letzte Hinterbänkler in den Parlamenten seine Aufgaben haarklein erklärt bekommt. Daß einem Finanzminister ein Goldman-Sachs-Manager als Berater an die Seite gestellt wird, spricht für sich. Die Politik ist zu träge und agiert nicht schnell genug für das Kapital. Zu viele Diskussionen, zu wenig Fachwissen, zu viele Zugeständnisse, zu langatmig sind die Umsetzungsprozesse.

Diese Politik, die in der Kombination mit einer ausufernden Bürokratie und dem repräsentativen System die Wählerinnen und Wähler entmündigt, hat ihre Schuldigkeit getan. Das Kapital will die politischen Zügel selbst in die Hand nehmen. Brüssel hat man praktisch in der Tasche. Etwa 25.000 Lobbyisten, nach Schätzungen von LobbyControl ausgepolstert mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro, nehmen nicht nur Einfluß auf die EU-Institutionen, sondern bemächtigen sich dadurch der Demokratie.

In Frankreich ist das Vorhaben abgeschlossen. Es wurde befürchtet, aber zu spät realisiert, daß Emmanuel Macron kein Weißer Ritter ist, sondern der Vorbote der neuen politischen Kaste aus dem Dunstkreis der Finanzoligarchie, die aus dem Nichts mit Hilfe der Retortenpartei En Marche in die politische Landschaft eindrang, die ausgebrannten Sozialisten beerbte und Macron als Staatthalter mittels demokratischer Wahl auf dem Präsidententhron installierte.

Die Macht des Kapitals wurde so in uneingeschränkte politische Herrschaft verwandelt - die Entrechtung und Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung offenkundig als Ziel und durch Arbeitsmarktformen vorangetrieben.

Der zunehmende Widerstand der französischen Arbeiter, an deren Seite die Studenten stehen, die anhaltenden Streiks und eine antikapitalistische Linke, die sich langsam positioniert, zeugen davon, daß Macron als Bluff aufgefliegen ist.

Der Souverän erwacht in Frankreich aus der Lethargie - vielleicht zu spät.

Die Rechtsregierung in Österreich, inhaltlich getrimmt auf nationalistische Parolen und rassistische Hetze, versucht umzusetzen, was dem Kapital gefällt: 12-Stunde-Tage, 60-Stunden-Woche, Sozialabbau, mehr Polizei, mehr Überwachung und eine Armee, die den Inlandseinsatz gegen Demonstranten und Streikende trainiert. Denn das Volk muckt auf und die Jugend mobilisiert, da heißt es wachsam bleiben.

Deutschland ist Vorreiter: Hartz IV, Niedriglohnsektor, Zeitarbeit, Befristungen, Privatisierungswelle, Rüstungsirrsinn, Überwachungswahn und nun in Bayern das Polizeiaufgabengesetz, das in seiner Ausgestaltung an die dunkelsten Zeiten des Nationalsozialismus anknüpft.

Auf den Punkt gebracht: Fast alle Regierungen der europäischen Demokratien bringen den Repressionsapparat gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung in Stellung.

Als Begründung taugen der illegale Flüchtling, der gemeine Moslem, der definitivisch nie erklärte internationale Terrorismus und eine diffuse Bedrohung aus dem Osten, die traditionell im Westen bemüht wird, wenn einem nichts mehr einfällt oder im konkreten Fall die Bedrohung der personalen Souveränität verschleiert werden soll.

Begünstigt wird diese Taktik durch eine Rechte, die Rassismus salonfähig macht und den Nationalismus als Garten Eden verkauft, dessen Tore lediglich für die Schwächsten der Schwachen geschlossen werden müßten.

Aber auch die Linke hat sich beim langen Marsch in die gesellschaftliche Mitte selbst kastriert. Die Sozialdemokratie ist zum sozialen Feigenblatt einer Politik geworden, die den Finanzkapitalismus hofiert. Gemeinsam mit der Linken zeichnen sie sich durch programmatischen Stillstand, innere Zerrissenheit und fehlende Zukunftsfähigkeit aus. Im Ergebnis sind sie bürgerlich verkrustet. Die gesamte politische Administration ist in überholten Denk- und Handlungsmustern verhaftet.

Die Geschichte wiederholt sich

Mit dem Konflikt zwischen den USA und Europa wiederholt sich die Geschichte. Das Bürgertum, das 1914 mit Hurra in den 1. Weltkrieg zog und 1933 in Deutschland den Nationalsozialisten die Weimarer Republik auslieferte, weil es sich nicht mit der Arbeiterklasse identifizieren und verbünden wollte gegen Adolf Hitler und sein Gefolge, rollt heute dem Finanzfaschismus den roten Teppich aus. Angstzitternd flüchtet es sich in Gold, Immobilien und Konten in der Schweiz.

Demütig, mutlos und als Untertanen lassen sie eine Politik agieren, die sich schon längst von

der Ordnung des Rechts entfernt hat. Was die bürgerliche Wählerschaft dabei nicht versteht: Weder rechts, links noch in der Mitte sind sie vor diesem Raubtier sicher, daß keinen Krieg auslassen wird, wenn es etwas zu verdienen gibt. Mehr noch, Kriege und Konflikte sind ihm zum Finanzgeschäft schlechthin geworden.

Lebhaft nimmt man am wöchentlichen Spektakel teil, das zwischen Fußball und Eurovision für Ablenkung sorgt. Immerhin wird man davon abgelenkt, daß man selbst zum Ausbeutungsobjekt des Finanzkapitalismus wird. Der lebendige Finanzkapitalismus, der sich anschickt zum Finanzfaschismus zu mutieren, wendet sich auf der Suche nach Verwertbarem bereits dem Bürgertum zu, weil die ökonomisch abgehängten Schichten abgegrast sind. Sie sind nicht mehr zu schröpfen, sondern werden auf ein absolutes Existenzminimum reduziert. Da ist ansonsten nichts mehr zu holen.

Der Staat zieht sich zurück und die Zivilgesellschaft kann sich im Ehrenamt um die Schlacke kümmern. Die ehemals linken Parteien sind in diesem Prozeß als soziale Vorhänge gerade gut genug für die Aufräumarbeiten.

Banker, Selbstständige, Angestellte, die untere und mittlere Führungsebene, Lehrer, Dozenten, die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst - sie alle werden nun zum Objekt der Begierde. Ihre kreditfinanzierten Einfamilienhäuser im Grünen, ihre Grundstücke mit Zaun und Gartenzwerg und ihre kleinen Schätze im Bankschließfach, die sie für Reichtum halten: Der Raubtierkapitalismus wird alles auffressen.

In einer Demokratie bestimmt der Souverän

Aber die auch im Grundgesetz vorgesehene Rolle des Souveräns hat der Bürger in Deutschland nie wirklich eingenommen. Er verblieb nach dem Untergang der Monarchie und des 3. Reichs in der Objektrolle des Untertanen. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde dem "Souverän" eine Parteiendiktatur gleich direkt vor die Nase gesetzt, und im Westen sorgte die repräsentative Demokratie, die sich zur Parteienherrschaft mauserte, für "klare Verhältnisse".

Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Parteien bestand immer Einigkeit darin, die persönliche Souveränität der Menschen darauf zu reduzieren, ihnen einmal in einer Wahlperiode den Gang an die Urnen zu gestatten. Damit diese Pervertierung des demokratischen Gedankens Gemeingut werden konnte, wurden viele Anstrengungen unternommen. Damit stand die eigentliche Entscheidung über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen nie zur Wahl. Zwischen vorgegebenen Parteien und Themen konnte ein Kreuz gemacht werden, was dann geschah, war den Parteien und den im Hintergrund agierenden Kräften überlassen.

Die politische Administration entwickelte sich zu einer Machttechnokratie, die das Volk in eine Randrolle der Demokratie schicken konnte. Das Modell war so gut austariert, daß sich auch die ehemals systemkritischen Parteien mehr und mehr diesem Grundmodell anpaßten. Die sozialfeindlichen Hartz IV-Regulierungen waren insofern kein Ausrutscher eines Kanzlers Schröder, sondern die logische Folge einer langfristig absehbaren Entwicklung.

Die Gruppierungen in den Parteien steckten ihre Einflußzonen ab. Politische Schwerpunkte schwankten quotal nach Wahlergebnissen. Auch dies war prognostizierbar. So konnte der Philosoph Karl Jaspers schon in den sechziger Jahren zuverlässig die politische Entwicklung zur Diktatur einer Parteienoligarchie aus den damals schon bestehenden Machtstrukturen erkennen und beschreiben. Als der Soziologe Danilo Zolo in den 1990er Jahren sein Buch "Die demokratische Fürstenherrschaft" veröffentlichte, nahm er vorweg, was heute Alltagswissen ist:

Die Parteien entmündigen die Wähler

Sie haben es geschafft, das Menschenrecht auf Souveränität in eine formale und somit inhaltsleere Hülle zu verwandeln. Die Parteiführungen befehlen und die Fraktionen folgen. Und das Volk steht als staunender, erschrockener Zaungast am Rande des Geschehens. Die Lage zeigt:

Maßgeblich für die derzeitige politische Form des Staates ist nicht der Souverän, sondern die wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen.

Ein mutiger Schritt als Ausweg

So komisch es sich anhören mag: Die sichere Seite gibt es nicht, aber es existiert ein Ausweg, den das Bürgertum und die Abgehängten gemeinsam erzwingen können und im Angesicht der ökologischen Zerstörungen und der wachsenden Kriegsgefahr auch müssen. Wenn der Mensch als Gattung überleben will, muß sich die Art des Wirtschaftens ändern. Dazu braucht es eine Abkehr vom Finanzkapitalismus und eine neue politische und wirtschaftliche Ordnung.

Eine demokratische Welt mit einer lebenswerten Zukunft wird der Bevölkerung nicht geschenkt. Sie muß sie selbst herstellen - mit Mut und Tatkraft. Der erste Schritt ist eine Verfassung vom Volk. Mit ihr wird die personale Souveränität in eine politische Form gebracht. Ist dieser Schritt vollzogen, können die politischen Maßnahmen angegangen werden, die die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft sichern. Der Weg führt über eine gewaltlose Massenbewegung, die die Machtfrage nicht nur formuliert, sondern politisch stellt!

Heinz Kruse war im Bereich der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen sowie als Wirtschaftsdezernent der Landeshauptstadt Hannover tätig. Seit seiner Pensionierung arbeitet er an Lösungen und Verfahren für eine Reform der Demokratie, die aus seiner Sicht an der Frage der Verfassungshoheit ansetzen müssen. Er war Vorsitzender des Vereins Verfassung vom Volk e.V. und ist Buchautor.

Gunther Sosna studierte Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaften und arbeitete unter anderem in der Werbung, der Kommunikation und als Journalist. Er beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Grenzen basisdemokratischer und informaler Organisation. Er ist Initiator von Neue Debatte - Magazin für Journalismus und Wissenschaft von unten.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 10. Oktober 2018 folgender Bericht über die Scheindemokratie (x1.014/...): >>**Die Scheindemokratie**

Die Bürger werden entmündigt und als politisch apathische Konsumenten dressiert

Hinweis zum Rubikon-Beitrag: Der nachfolgende Text erschien zuerst im "Rubikon - Magazin für die kritische Masse", in dessen Beirat unter anderem Daniele Ganser und Rainer Mausfeld aktiv sind. Da die Veröffentlichung unter freier Lizenz (Creative Commons) erfolgte, übernimmt KenFM diesen Text in der Zweitverwertung und weist explizit darauf hin, daß auch der Rubikon auf Spenden angewiesen ist und Unterstützung braucht. Wir brauchen viele alternative Medien!

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Demokratie durch die Illusion von Demokratie ersetzt. Neue Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation schützen die Mächtigen vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen und stärken ihre Position. In seinem Buch deckt Rainer Mausfeld die Systematik dieser Indoktrination auf und macht uns sensibel für die vielfältigen psychologischen Beeinflussungsmethoden.

Exklusivabdruck aus Rainer Mausfelds Buch "Warum schweigen die Lämmer?"

Demokratie und Freiheit. Zwei Wörter, die mit unerhörten gesellschaftlichen Versprechen aufgeladen sind und gewaltige Veränderungsenergien zu deren Einlösung freisetzen können. Kaum mehr als ein Schatten ist heute von den mit ihnen ursprünglich verbundenen Hoffnungen geblieben. Was ist passiert? Wohl nie zuvor sind zwei Wörter, an die so leidenschaftliche Hoffnungen geknüpft sind, in gesellschaftlich so folgenschwerer Weise ihrer ursprünglichen Bedeutung entleert, verfälscht, mißbraucht und gegen diejenigen gewandt worden, deren Denken und Handeln sie beseelen.

Demokratie bedeutet heute in Wirklichkeit eine Wahloligarchie ökonomischer und politischer

Eliten, bei der zentrale Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht entzogen sind; damit liegen zugleich weite Teile der gesellschaftlichen Organisation unseres eigenen Lebens außerhalb der demokratischen Sphäre. Und Freiheit bedeutet heute vor allem die Freiheit der ökonomisch Mächtigen.

Mit dieser orwellischen Umdeutung kommt diesen beiden Wörtern nun ein besonderer Platz im endlosen Falschwörterbuch der Geschichte zu. Mit zwei Wortvergiftungen werden unsere zivilisatorischen Hoffnungen auf eine menschenwürdigere Gesellschaft und auf eine Einhegung von Gewaltverhältnissen verwirrt, getrübt, zersetzt und nahezu aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt. Durch den Verlust der mit diesen beiden Begriffen verbundenen zivilisatorischen Träume fällt es uns heute schwer, eine attraktive menschenwürdige Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen politisch zu artikulieren, oder schlimmer noch, überhaupt zu denken. ...

Von der Demokratie, die ursprünglich mit großen Hoffnungen auf eine politische Selbstbestimmung und auf eine Sicherung des inneren und äußeren Friedens verbunden war, ist in der realen Gestaltung der Gesellschaft nur eine formale Hülse übrig geblieben. Demokratie ist auf ein inszeniertes Spektakel periodischer Wahlen reduziert worden, bei denen die Bevölkerung aus einem ihr vorgegebenen "Elitespektrum" wählen kann.

Wirkliche Demokratie ist ersetzt worden durch die Illusion von Demokratie, die freie öffentliche Debatte ist ersetzt worden durch Meinungs- und Empörungsmanagement, das Leitideal des mündigen Bürgers ist ersetzt worden durch das neoliberale Leitideal des politisch apathischen Konsumenten.

Von den mit den Begriffen Demokratie und Freiheit verbundenen Hoffnungen sind nur die leeren Worthülsen eines falschen Versprechens von den Mächtigen beibehalten worden; mit ihnen läßt sich nämlich das Bewußtsein der Mehrheit der Machtunterworfenen wirksam manipulieren.

Auch das Völkerrecht hat sich heute in großen Teilen zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt. Die selbstdeklarierte westliche Wertegemeinschaft pflegt wieder offen ihren geradezu religiösen Glauben an die Wirksamkeit von Gewalt, an die Heilsamkeit von Bomben und Zerstörung, von Drohnenmorden und Folter, von Unterstützung terroristischer Gruppen, von wirtschaftlichen Strangulierungen und anderen Formen von Gewalt, die ihren Zwecken dienlich ist - eine politische Fetischisierung von Gewalt, deren Auswirkungen über den gesamten Globus zu besichtigen sind.

Kaum mehr als eine geschichtliche Erinnerung ist von den großen Hoffnungen übrig geblieben, die ursprünglich mit Demokratie und Völkerrecht verbunden waren, nämlich Hoffnungen auf eine zivilisatorische Einhegung von Macht- und Gewaltbeziehungen.

Um so kraftvoller wird jedoch die Bevölkerung in der politischen Rhetorik mit einer Demokratie- und Völkerrechtsrhetorik überzogen, mit der die ökonomisch oder militärisch Starken die Zustimmung oder Duldung der Bevölkerung für ihre tatsächliche Praxis einer Realpolitik der Gewalt zu gewinnen suchen. In der Realpolitik hat sich heute längst wieder das Recht des Stärkeren Anerkennung verschafft.

Zweihundert Jahre nach der Aufklärung, auf die wir uns in der politischen Rhetorik so viel zugute halten, leben wir in einer Zeit der radikalen Gegenaufklärung. Zugleich verweisen die Mächtigen gerne, wenn es ihren Machtinteressen dient, auf die Aufklärung, um damit gegenüber denjenigen, die sie als ihre Feinde ansehen, ihre behauptete zivilisatorische Überlegenheit zu bekräftigen. ...

Eine Elitendemokratie stellt einen Widerspruch in sich dar. In einer Elitendemokratie gibt es zwar formale demokratische Elemente, doch sind sie strukturell auf ein Minimum reduziert. Trotz dieses demokratischen Minimalismus sind aus Sicht der tatsächlichen ökonomischen

und politischen Zentren der Macht die demokratischen Elemente zwangsläufig nicht im gewünschten Maße risikofrei.

Um den Status der jeweiligen Machteliten zu sichern, sind diese darauf angewiesen, sich gegen demokratische Ansprüche abzusichern.

Die Schwachstelle ist nun gerade der öffentliche Debattenraum, der - vor allem in den periodischen Wahlen - als Stabilitätsrisiko wirksam werden könnte.

Wie läßt sich dieses auch in einer Elitendemokratie demokratische Risiko kontrollieren und möglichst gering halten? Wenn die verbliebenen demokratischen Residualelemente auch noch beseitigt würden, wäre es nicht mehr möglich, die zur Revolutionsvermeidung nützliche demokratische Rhetorik aufrechtzuerhalten; denn der öffentliche Debattenraum und periodische Wahlen sind selbst für die bloße Illusion einer Demokratie unverzichtbar. Wenn die tatsächlichen Zentren der Macht sie also beibehalten wollen, benötigen sie geeignete Wege einer Stabilitätssicherung, durch die sich Demokratie für sie risikofrei gestalten läßt.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Machtausübenden großen Aufwand betrieben, neue Wege einer solchen Stabilitätssicherung zu entwickeln, um die in einer Elitendemokratie verbliebenen demokratischen Residualelemente vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen zu schützen.

Hierzu gehören insbesondere neuartige strukturelle Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation. Die Wurzeln dieser Entwicklungen reichen freilich sehr viel weiter zurück, doch haben sich diese Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten rapide beschleunigt und institutionell verfestigt.

Der mit ihnen verbundene systematisch geplant und betriebene gesellschaftliche Transformationsprozeß gleicht in seinen an die Wurzeln gesellschaftlicher Organisation gehenden Auswirkungen einer "Revolution von oben", also einer Revolution, die ein Projekt ökonomischer Eliten darstellt und der Ausweitung und Verfestigung ihrer Interessen dient. Der mit dieser Revolution einhergehende Transformationsprozeß ruht wesentlich auf zwei Säulen.

Die erste Säule dieses Transformationsprozesses besteht darin, daß die Organisationsformen von Macht immer abstrakter und mit gezielter Diffusion gesellschaftlicher Verantwortlichkeit gestaltet werden, so daß Unbehagen, Empörung oder Wut der Machtunterworfenen keine konkreten, also politisch wirksamen Ziele mehr finden und ein Veränderungswille der Bevölkerung keine Adressaten mehr unter den tatsächlichen Entscheidungsträgern hat.

Dieser Transformationsprozeß besteht in einer schleichenden und für die Bevölkerung möglichst unsichtbaren Schaffung geeigneter institutioneller und konstitutioneller Strukturen, durch die sich Machtverhältnisse stabilisieren und Umverteilungsprozesse dauerhaft einem demokratischen Zugriff entziehen lassen und damit weitgehend irreversibel machen lassen. Dazu müssen die historisch mühsam gewonnenen demokratischen Strukturen beseitigt oder so ausgehöhlt werden, daß sie in ihrer Wirksamkeit neutralisiert sind.

Zudem muß die innerstaatliche und die zwischenstaatliche Rechtsentwicklung so 'weiterentwickelt' werden, daß die Zentren ökonomischer und politischer Macht ihre Interessen in dem so geschaffenen Rechtsrahmen legal in autoritärer Weise durchsetzen können. Ein solcher Rechtsrahmen muß insbesondere so beschaffen sein, daß er eine Umwandlung ökonomischer Macht in politische Macht ermöglicht und daß er den angestrebten oder bereits etablierten Umverteilungsmechanismen einen rechtlichen Rahmen gibt, der unter den verbliebenen minimalen Möglichkeiten demokratisch nicht mehr aufgehoben werden kann.

Die organisierte Kriminalität der besitzenden Klasse wird durch eine solche Verrechtlichung nicht nur legalisiert, sondern auch zeitlich verfestigt und gegen mögliche demokratische Eingriffe abgedichtet.

Die zweite Säule besteht in der Entwicklung ausgefeilter und höchst wirksamer Techniken, durch die sich das Bewußtsein der Machtunterworfenen in geeigneter Weise manipulieren

läßt. Die Machtunterworfenen sollen nicht einmal wissen, daß es - hinter der an der medial vermittelten politischen Oberfläche scheinbar demokratisch kontrollierter Macht - überhaupt Zentren der Macht gibt. Das wichtigste Ziel ist, einen gesellschaftlichen Veränderungswillen der Bevölkerung zu neutralisieren oder auf politisch belanglose Ziele abzulenken.

Um dies in einer möglichst robusten und beständigen Weise zu erreichen, zielen Manipulationstechniken auf weit mehr als nur auf politische Meinungen. Sie zielen auf eine gezielte Formung aller Aspekte, die unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Leben betreffen sowie auch unsere individuellen Lebensformen. Sie zielen gewissermaßen auf die Schaffung eines "neuen Menschen", dessen gesellschaftliches Leben in der Rolle des politisch apathischen Konsumenten aufgeht.

In diesem Sinne sind sie totalitär, so daß der große Demokratietheoretiker Sheldon Wolin zu Recht von einem "invertierten Totalitarismus" spricht, einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird. Die Techniken hierzu wurden und werden seit etwa hundert Jahren mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung der Sozialwissenschaften entwickelt, deren gesellschaftliche Blüte eng mit einer Bereitstellung von Methoden sozialer Kontrolle verbunden ist.

Ein zentrales Element dieser Techniken zur Manipulation des Bewußtseins der Bevölkerung ist die Schaffung geeigneter Ideologien, die für die Bevölkerung als Ideologien weitgehend unsichtbar sind und damit einen kaum noch hinterfragbaren Rahmen bereitstellen sollen, der allen gesellschaftlichen Erfahrungen der Einzelnen ihren Sinnzusammenhang gibt.

Den Kern dieser Ideologien, die in den vergangenen Jahrzehnten in der neoliberalen Ideologie kulminierten, bildet die Ideologie einer expertokratischen "kapitalistischen Elitedemokratie", in der kompetente und dem Gemeinwohl verpflichtete Eliten die Geschicke der Gemeinschaft in möglichst effizienter Weise lenken sollen.

Beide Entwicklungen dienen dazu, Macht unidentifizierbar und damit gleichsam unsichtbar zu machen, um unsere natürlichen psychischen Abwehrmechanismen gegen eine Fremdbestimmung zu unterlaufen. Beide sind kennzeichnend für die modernen Formen der gegenwärtigen kapitalistischen Elitedemokratien.

Wir können nur dann erfolgversprechende Strategien eines Widerstandes gegen die gegenwärtige Macht- und Gewaltordnung entwickeln, wenn wir diese neuartigen Organisationsformen der Macht hinreichend verstehen. Gleiches gilt für die Manipulationstechniken, durch die sich gezielt Eigenschaften unseres Geistes für politische Zwecke ausnutzen lassen.

Dieser Beitrag erschien am 06.10.2018 bei Rubikon - Magazin für die kritische Masse.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 11. Oktober 2018 folgender Bericht über das Recht auf Selbstbestimmung (x1.014/...): >>

Die Entscheidung - Kapitaldiktatur oder Souveränität der Menschen (Teil 2)

... Die Verfassung vom Volk als politischer Befreiungsschlag

Von *Heinz Kruse* und *Gunther Sosna*

Der Zerfall politischer Strukturen ist in vielen europäischen Ländern weit vorangeschritten, auch in Deutschland. Die politische Krise droht sich zu einer Staats- und Kulturkrise auszuweiten, die die Gesellschaft sprengt. Um dem zu entinnen, werden die Menschen die Grundsatzfrage nach der politischen Macht und ihrer Legitimation stellen müssen. Echte personale Souveränität bedeutet, ein Verfassungsreferendum für eine Verfassung vom Volk durchzuführen.

Die Verfassung vom Volk als politischer Befreiungsschlag

Der erste Schritt einer notwendigen politischen Veränderung beginnt damit, daß die Menschen die Macht- und Legitimationsfrage stellen und beantworten. Sie müssen dafür ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht einklagen. Sie brauchen auch den Artikel 146 des Grundgesetzes nicht, nachdem sich das Volk eine Verfassung geben kann.

Die Menschen haben ein Recht auf Selbstbestimmung - auf ihre "personale Souveränität". Sie ist der Ausgangspunkt für jede freie, demokratische Gemeinschaft und über sie führt der Ausweg aus der gegenwärtigen Krise.

Souveränität - Das Menschenrecht auf Selbstbestimmung

In den vorchristlichen Gesellschaften Nord- und Mitteleuropas war ein Mensch souverän, wenn er über seinen eigenen Hals bestimmen konnte. Die souveräne Person bestimmte selbst über ihre Belange, ihr Schicksal lag in den Händen der Götter. Jede Form einer ungerechten Herrschaft ist mit einer Einschränkung der personalen Souveränität verbunden.

Die personale Souveränität als Recht verschwand. Mit Bezug auf "höhere Rechte" bestimmten im Mittelalter fortan Kirchenfürsten im Zusammenspiel mit einer feudalen Oberschicht die Geschicke der Gemeinschaft. Das angeblich höhere Recht, das die personale Souveränität verdrängte, diente zur Legitimation der auf Landbesitz und religiöser Ideologie begründeten Feudalherrschaft. Um diese abzusichern, wurde die mediale Vermittlung von Herrschaftsansprüchen immer wichtiger.

Durch neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse wurde diese Ordnung zu Beginn des 16. Jahrhunderts in großen Teilen des heutigen süddeutschen Sprachraums in Frage gestellt. Triebkräfte waren nicht nur Reformen wie Martin Luther, sondern vor allem auch Sozialrevolutionäre wie Thomas Müntzer, die neben der kirchlichen Erneuerung eine gerechte Umverteilung des Reichtums forderten.

Doch diese Seite der weltlichen Ordnung sollte unangetastet bleiben. Deshalb stützten die sogenannten fortschrittlichen Feudalherren Martin Luther und nicht Müntzer. Die Auseinandersetzungen mündeten im deutschen Bauernkrieg, der für die Aufständischen mit einer vernichtenden Niederlage endete.

Die Revolution des gemeinen Mannes zeigte dennoch den unbedingten Willen zur gesellschaftlichen Veränderung. In den "Zwölf Artikeln von Memmingen" formulierten die Bauern eigene Menschen- und Freiheitsrechte. Ihre Versammlungen, die zu den zwölf Artikeln führten, gelten als erste verfassungsgebende Versammlung auf deutschem Boden.

In der Epoche der Aufklärung im 18. Jahrhundert kam es zu dem revolutionären Anspruch, die Freiheit des Menschen durchzusetzen. Der Mensch wurde als mündiges Wesen angesehen. Sein Wille sollte nicht durch ein höheres Wesen oder durch andere Menschen, die eine höhere Stellung in der Gesellschaft einnahmen (Adel und Klerus) bestimmt oder eingeschränkt werden. Die Aufklärung führte so zu einer fundamentalen Bibel-, Religions- und Staatskritik, die bis in die Gegenwart wirkt. Seitdem ist Souveränität der Ausgangspunkt für die Befreiung vom politischen Zwang und vom religiösen Aberglauben und damit maßgebend für die Entwicklung demokratischer Regierungsformen.

Souveränität - Das Recht auf eine Verfassung vom Volk

Wer für sich als Mensch Souveränität beansprucht, der muß auch die Souveränität anderer Menschen akzeptieren. Die wechselseitige Akzeptanz von personaler Souveränität erfordert ein Gesellschaftsmodell, das aus Freien und Gleichen besteht. Insofern stehen Souveränität, Freiheit und Selbstbestimmung für eine friedliche Gemeinschaft von Gleichberechtigten.

Wer über sich selbst frei bestimmen kann, soll auch frei und selbstbestimmt die Form und Regeln (Gesetze) der Gemeinschaft (Clan, Stammesverband, Staat) festlegen, in der er als soziales Wesen lebt. Dieser Anspruch drückt sich unter anderem im Artikel 20 Grundgesetz aus, in dem festgelegt ist, daß alle Macht vom Volk ausgeht. Dieser Anspruch wird mit einer "Verfassung vom Volk" aufgegriffen, um ihn in reale Politik umzusetzen.

Die Souveränität der Person und der Gemeinschaft von Personen steht vor dem Staat. Die Entscheidung über die Form des Staates wird gemeinschaftlich als Summe der souveränen Entscheidungen getroffen.

Dazu hier schon ein vorausgreifender Hinweis: Die personale Souveränität ist streng zu tren-

nen von der Frage der nationalen Souveränität und einer bestimmten Form der Gemeinschaft. Insofern sind alle Ansätze zurückzuweisen, nach denen Souveränität automatisch mit einer bestimmten Form der Gemeinschaft verbunden ist - wie zum Beispiel mit einem Nationalstaat.

Eine Gemeinschaft kann ihren Gemeinwillen in Normen und Regeln formulieren - als Gesellschaftsvertrag, Verfassung und Recht. Sie gelten in einem umfassenden Sinne für die Gemeinschaft. Daraus folgt, was von den Denkern der Aufklärung formuliert wurde: Der Souverän steht vor dem Recht und vor der Verfassung. Die Gemeinschaft der Freien und Gleichen ist die Zusammenführung souveräner Personen zur Gemeinschaft (heute als Volk bezeichnet), die als verfassungsgebendes Subjekt und somit als Institution handelt. Sie tritt aber nicht an die Stelle der personalen Souveränität, sondern sie ergibt sich aus ihr.

Mit Blick auf unsere gegenwärtige gesellschaftspolitische Situation bedeutet dies auch, daß die jeweilige Gemeinschaft der souveränen Bürgerinnen und Bürger die Grundentscheidung über Form und Inhalt einer Verfassung trifft - gleich, ob dies eine Verfassung für Deutschland oder Europa ist. Das bedeutet, wir - die Menschen in Deutschland - haben das Recht zu entscheiden, wie wir unser Zusammenleben gestalten wollen. Vor allem können wir Ordnung und Regeln festlegen, in denen Politik handeln kann und mit denen wir in die Politik eingreifen wollen.

Die Realisierung dieses Rechts wird aber blockiert mit angeblich höheren Rechten und Werten wie die der Gemeinschaft der Europäer, internationale Bündnisse, angebliche Rechte auf die Sonderstellung von Religionen, und es wird vor allem medial-propagandistisch verwässert und als "nationalistisches Übel" diskreditiert. Es sind konkrete Interessen, die hinter dieser Blockade stehen.

Von der Parteiendemokratie zur Feudalherrschaft der Parteien

Die Parteien haben in dem Geflecht von kapitalistischen, politischen und militärischen Interessen immer die Interessen ihrer Völker gleichgesetzt mit dem angeblichen ideellen Gesamtinteresse der jeweiligen Nation.

Tatsächlich aber reduzierte sich dieses auf die Kapitalinteressen. So konnte sich die Politik der Parteien darauf beschränken, den bürgerlichen Staat mit Gesetzen und Verordnungen zu regulieren, die die wirtschaftliche Ordnung aufrechterhielten.

Das Privateigentum und die freie Verfügung über die sogenannten Produktionsfaktoren standen im Zentrum der Rechts- und Ordnungsentwicklung. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das in ihm agierende Kapital und die nur mühsam zu verschleiende Klassengesellschaft, die sich in der Gegenwart immer deutlicher in wenige besitzende und sehr viele nicht besitzende Menschen ausdifferenziert, wurden abgesichert.

Geschichtlich hat sich daraus ein Zusammenspiel von politisch-bürokratischer Obrigkeit und wirtschaftlicher Interessenpolitik entwickelt. In Deutschland läßt sich nachverfolgen, wie der Obrigkeitsstaat von der Kaiserzeit, über den Faschismus bis in die Bundesrepublik funktionierte.

Zur kapitalistischen Umformung der Souveränität

Kapitalistische Wachstumsinteressen haben den Weg von der Umformung der personalen zur nationalen Souveränität vorgegeben. Die heutige Demokratie wurde zur Zeit der Postkutschen entwickelt. Die Bevölkerung war zu großen Teilen des Lesens und Schreibens nicht mächtig. Demokratie war aufgrund der Entfernungen selbst in kleinen Ländern und wegen des durchschnittlichen Bildungsstandes nur als repräsentative Form praktisch möglich. Diese Zeit ist zwar lange vorbei, aber die alten Formen und verkrusteten Strukturen von Politik blieben bestehen, weil sich in der Politik isolierte Machtstrukturen entwickelt hatten.

Gegenwärtig bestehen alle technischen und sozio-kulturellen Voraussetzungen, um die repräsentative Demokratie durch Unmittelbarkeit demokratischer Entscheidungen nicht nur zu er-

gänzen, sondern auch zu ersetzen.

Die Weiterentwicklung der Demokratie fand in den parallel zu den Parteien entstandenen heutigen Bürokratien und vor allem mit der Weiterentwicklung des Kapitalismus ihre Grenzen. Der Kapitalismus sorgte schon in seiner Frühphase für eine ihm genehme Politik, denn er braucht ungehindertes Wachstum. Als dies - schon in seiner historisch frühen Phase - erstmals an innerstaatliche Grenzen stieß, begann die äußere Expansion als imperialistische "Aufteilung der Welt". Diese erwies sich als eine Mischung aus Völkermord, Sklavenhandel, Rohstoff- und Landraub. Als die äußere imperiale Expansion beendet war, kam es in logischer Konsequenz von Expansion und Wachstum zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Krieg der europäischen Großmächte.

Die Entwicklung der Nationalstaaten spiegelt die unterschiedlichen Phasen wider. In der frühen Phase war die Bildung von Nationalstaaten mit einer auf die kapitalistischen Bedürfnisse abgestellten Rechtsetzung eine unumgängliche Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung. Nachdem die inneren Machtstrukturen geregelt waren, bedurfte es in der Folgephase einer "aggressiven militärischen Option", um die wirtschaftliche Expansion zu flankieren. Marktentwicklung und Kriege um die Aufteilung der Welt wurden zum jeweiligen nationalen Anliegen des europäischen Imperialismus.

Personale Souveränität und wirtschaftlicher Imperialismus schließen sich aus. Wenn Kapitalismus und Militärinteressen dominieren, kann es weder eine friedliche Gesellschaft noch Freiheit und Gleichheit geben.

Deshalb hatte die personale Souveränität - der Grundgedanke der Aufklärung - keine Chance zur Entfaltung. Sie ging aber nicht einfach unter, sondern wurde nationalistisch umformuliert. Die personale Souveränität wurde als Souveränität der neu entstandenen Nationalstaaten pervertiert. Aus der personalen Souveränität - der Selbstbestimmung - wurde die staatliche Souveränität: das nationalstaatliche gemeinsame Interesse.

Gleichgültig war, ob es sich um das Britische Empire oder um das Deutsche Reich handelte, die kapitalistischen Expansionsinteressen wurden zum Motor nationalistischer Allgemeininteressen. Ob Ausbeutung, Sklaverei, Massenmord oder Krieg: Das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger hatte sich diesem angeblichen Gemein- oder Gesamtinteresse der Nation unterzuordnen. Nationale Macht und Souveränität wurden ungefragt als höhere Rechte angesehen. Die maßgebliche Mitwirkung von Religionen bei der Durchsetzung imperialer Interessen soll nur am Rande erwähnt werden.

Die Parteien schlüpften aus ihrer Rolle, nur Teil der Gemeinschaft zu sein, in die Position der nationalen Sachwalter. Im Ergebnis wurden Parteivertreter die neuen Feudalherren, die in eigener Regie ihren Regierungschef - den neuen Monarchen - kürten. Die Bürgerinnen und Bürger konnten bei Wahlen noch bestimmen, wie die Zusammensetzung der Fürstenhöfe aussah, aber vom eigentlichen Geschehen blieben sie ausgeschlossen. Ihre Souveränität wurde ihnen genommen - und sie haben sich ihre Souveränität auch nehmen lassen.

Dies führte zu einer Lücke im demokratischen Parteienstaat. Denn Volk und Parteien entwickelten sich auseinander. Die Lücke wurde aber nicht durch eine Belebung der personalen Souveränität geschlossen, sondern ausgepolstert durch die immer mächtiger gewordenen Wirtschaftsinteressen - vor allem der Rüstungs- und Schwerindustrie. In wachsendem Maße wurden politische Entscheidungen durch die Entwicklung des Kapitalismus vorgegeben.

Vom nationalen Staat der Großindustrie zum Internationalismus des Finanzkapitals

Mit der technologischen Erneuerung durch die Informationstechnologie und vor allem mit der durch sie möglichen Vernetzung sehr unterschiedlicher Wissenschaftsbereiche war die großtechnologische Massenproduktion überholt. Es entstand parallel mit der Digitalisierung ein globaler Finanzkomplex.

Die Phase der Massenproduktion (Fordismus) hatte die nationalen Interessen, die Parteien,

Gewerkschaften und industrielle Konzerne der Massenproduktion verbunden. Die Phase der klassischen Industrie wurde durch den Finanzkapitalismus beendet. Das angeblich "gemeinsame nationale Interesse" zwischen einer reichen Oberschicht und dem "gemeinen Volk" löste sich auf.

Mit dem Ende des Sozialismus, der den Wandel markierte, wurden die angeblichen nationalen Allianzen aufgelöst. Die Superreichen des Finanzkapitalismus handelten global. Und global wurden Mittel- und Unterschichten zu Ausbeutungsobjekten. In Deutschland kam dies mit Zeit- und Leiharbeit sowie mit Hartz IV auf den Punkt. Es entwickelte sich ein globaler Kampf Arm gegen Reich, wie ihn Warren Buffett so treffend als "Krieg von Reich gegen Arm" beschrieben hatte. Gleichzeitig verloren - vor allem in Europa - die Nationalstaaten als Adressat wirtschaftlicher Regulierungswünsche dramatisch an Bedeutung.

Der Finanzkapitalismus ist ausschließlich an Zins und Zinseszins orientiert. Die Maßstäbe für die Erlangung von Reichtum verschoben sich. Die materielle Produktion wurde für die Geldprofite weniger wichtig und die spekulativen Zins- und Zinseszinsinkünfte gewannen an Bedeutung. Die Generierung solcher Einkünfte setzte jedoch vergleichbare und insbesondere frei konvertierbare Währungen und jeglichen Abbau von Transferschranken voraus. Diese Aufgabe erfüllten - freiwillig, gekauft oder gezwungen - die Parteien.

Als regulierende Erfüllungsgehilfen des neu gewachsenen Finanzkapitalismus lösten sie vor allem folgende Aufgaben:

- die Schaffung homogener Finanzmärkte
- den Abbau jeglicher Regulierungen von Zins- und Geldmenge
- den Schutz der Spekulanten vor Verlusten (Bankenrettung)
- die Beibehaltung und Stützung des Dollars als weltweite Leitwährung
- die militärische Flankierung des globalen Finanzimperialismus

Die Wünsche des Finanzkapitalismus erfüllten die Europäer unter massivem Druck der deutschen "Volksparteien". So kam es zur Einführung des Euro, der Liberalisierung der Finanzmärkte und der Sicherung für Spekulanten mit der sogenannten Bankenrettung. Weitere Schritte werden folgen: zum Beispiel die Verlagerung nahezu aller finanzpolitischen Kompetenzen auf die europäische Ebene.

Die Sicherung der Ziele, und war vorwiegend eine "Gemeinschaftsaufgabe" unter Führung der US-Regierung, die mit Kriegseinsätzen (Irak, Libyen, Syrien und einige Länder in Südamerika) erfüllt wurden.

Dieser Prozeß verlief nicht chaotisch oder zufällig. Beispielhaft sind die Maßnahmen der Euro-Einführung, der Finanzmarktliberalisierung und der Bankenrettung. Auch die Durchsetzung begleitender Maßnahmen wie die Hartz IV-Reformen war Plan einer neuen Politik. Zusätzlich gab es die unkontrollierte Steigerung der Geldmenge, die Beschleunigung von Spekulationen durch Geldmengensteigerung und den Abbau sozialstaatlicher Standards.

Die Parteien, nicht nur in Deutschland, zeigten sich als willige Verbündete des Finanzkapitalismus. Im Ergebnis gewann dieser immer größere Gestaltungsräume und steigerte als reiner Geldkapitalismus einerseits den Reichtum weniger Menschen und Gruppen ins Unermeßliche, während parallel eine Welt der Ausbeutung von Mensch und Natur entstand - die zwingende Voraussetzung unermeßlichen Reichtums. Inzwischen, so scheint es, hat sich die Politik den Bedingungen dieses Finanzkapitalismus bis zur völligen Selbstaufgabe unterworfen.

Die Zerstörung des Rechtsstaats

Derzeit wiederholt sich die Geschichte. Als die Kolonialisierung abgeschlossen war, kam es zum Krieg der Industriemächte untereinander. Mit der Wahl des amerikanischen Präsidenten Donald Trump wurde ein Prozeß eingeleitet, der als Mischung von Handels- und Wirtschaftskrieg angesehen werden kann. Die globalen Finanzakteure treiben ihre Länder in kleine und immer größere Konflikte. Sie werden als Handelskrieg, Landraub, Migration und als Krieg

gegen die eigenen Bevölkerungen geführt - es ist der Krieg Arm gegen Reich. Noch ist offen, ob sie (die Reichen) ihn tatsächlich gewinnen.

Parallel vollzieht sich, was mit zwischenstaatlichen (Freihandels-)Verträgen vorbereitet wurde: Die Maßnahmen der von privatwirtschaftlichen Interessen gelenkten Verwaltungsbürokratie in den Nationalstaaten und in Europa zerstören den Rechtsstaat und ersetzen ihn durch bürokratische Regulierung, die zur Willkürregulierung mutiert.

Europa ist auf dem Weg aus Bürgerinnen und Bürgern wieder das zu machen, was ihre Ahnen vor der Aufklärung waren: besitzlose und entrechtete Untertanen, die ihre Souveränität ökonomisch und politisch verloren haben. Allerdings müßten sie sich heute sagen lassen, daß sie es geschehen ließen. Aus der Möglichkeit demokratischer Selbstbestimmung wurde die selbst verschuldete - durch unterlassenes Handeln erzeugte - neue Unmündigkeit. Allein mit reiner Kritik und lauter Meckerei werden die Verhältnisse nicht geändert. Eine grundlegende Änderung der Politik erfordert - wie das Beispiel der DDR zeigt - die politischen Verhältnisse auf den Punkt zu bringen und die Macht- und Legitimationsfrage zu stellen.

"Wir sind das Volk" - diese Forderung schloß 1989 einen Selbstbestimmungsanspruch ein. Dieser muß auch heute am Anfang stehen. Dabei sollte jedem klar sein, daß es diesmal nicht um etwas mehr oder weniger Wohlstandsstaat geht, sondern um die Zukunft im eigentlichen Sinne des Wortes.

Das parteipolitische Dilemma in Europa

Was wäre die Alternative? Die Parteien stecken in einem mehrfachen Dilemma. Der Finanzkapitalismus stößt an Grenzen. Sie zu überschreiten beschleunigt entweder ein absehbares Finanzchaos oder Kriege - im schlimmsten Falle trifft beides zusammen. Die Politik muß daher immer häufiger Maßnahmen durchsetzen, die objektiv gegen die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger gerichtet sind. Dies trifft zwar auf alle Parteien zu, aber sichtbar wird es in erster Linie bei den ehemals sozialen und links ausgerichteten Gruppierungen. Sie sind von Erosions- und Spaltungsprozessen bedroht.

Der innere Zusammenhalt in den Parteien geht verloren. In vielen europäischen Ländern ist der Zerfallsprozeß politischer Strukturen weit vorangeschritten. Auch in Deutschland ist die Entwicklung nicht mehr zu übersehen. Die Folge wäre, daß sich die politische Krise zur allgemeinen Staats- und Kulturkrise ausweitet.

Noch scheint die Denationalisierung mit der europäischen Karte einen Ausweg zu bieten. Je gravierender die Verstöße gegen das Allgemeinwohl sind, je mehr muß sich die Politik um eine Ersatzlegitimation ihres Handelns bemühen. Zu diesem Zweck wird alles getan, um die Regulierungen auf einer übernationalen Ebene zu verankern. Adressen sind die EU oder hilfsweise die UNO. Dieses Vorgehen wird begleitet von europäischen Verwaltungsverfahren, die immer undurchsichtiger und sinnloser werden. Zudem verbergen sich hinter vielen Maßnahmen verdeckte Interessen des Finanzkapitals.

Um diese Interessenpolitik zu vertuschen, wurde ein bürokratischer Apparat aufgebaut, der Regulierung im Übermaß durchführte. Diese Überregulierung ist wie ein verschleiender Nebel. Im Ergebnis von immer mehr Regulierung verbirgt sich die Durchsetzung von Interessen nicht nur gegen europäische Bürgerinnen und Bürger, sondern gegen alle Menschen, die von dieser Politik betroffen sind.

Die Macht Europas ist weder demokratisch legitimiert, noch gründet sie sich auf Vernunft oder Kompetenz. Das hat zu einer überdimensionierten Regulierungsbürokratie geführt, die in diktatorischer Selbstherrlichkeit und an innerer Starre und Verkrustung dem Zentralkomitee der KPdSU gleicht.

Das bürokratische Europa hat fast von Beginn an unter der verschleienden Formel der Konstitutionalisierung der europäischen Verträge eine verfremdete bürokratische Herrschaftsform entwickelt. Sie ist dem politischen Zugriff der Bürgerinnen und Bürger vollständig entzogen.

Deshalb fehlt Europa selbst der Schein einer demokratischen Legitimation. Da aber im hohen Maße immer weitere Lebensbereiche in die europäische Kompetenz fallen, leiden auch die Staaten - leidet vor allem Deutschland - an der fehlenden Legitimation seiner politischen Machteliten und ihrer Apparate.

So wächst die Entfremdung von Regierenden und Regierten scheinbar bürokratisch, tatsächlich aber feudalistisch und interessengeleitet. Das genau markiert den Punkt der sogenannten Parteienkrise, die inzwischen alle europäischen Länder erreicht hat.

Die Büchse der Pandora schließen

Mit welcher Taktik auch immer - letztlich ist die Politik gezwungen, gegen ihren Souverän zu handeln. Sie muß auf "Teufel komm raus" die Souveränität ihrer Bürgerinnen und Bürger aushebeln. Somit kehrt der Feudalismus, gegen den sich der gemeine Mann erhob, auf einer höheren Bühne zurück. Denn zur Feudalherrschaft einer politischen Gruppe kommt die Willkür einer politischen Administration, die sich immer weiter von der Ordnung des Rechts entfernt. Deshalb helfen weder Parteineugründungen, noch Kritik, noch gut gemeinte Alternativ- oder gar Reformvorschläge gegenüber den etablierten Parteien.

Sie können nicht zurück, weil sie mit der Liberalisierung der Finanzmärkte die Büchse der Pandora geöffnet haben. Das Finanzkapital ist inzwischen so mächtig geworden, daß keine Partei die Möglichkeit hat, die einmal geschaffenen Spekulationsfreiräume wieder zu regulieren. Jedes Land im weltweiten Verbund kann durch gezielte Spekulationen in eine finanzielle Schieflage getrieben werden. Die Parteien stecken in einer Falle, an deren Konstruktion sie eifrig mitgewirkt haben. Wenn diese Finanzblase platzt, was über kurz oder lang passieren muß, bleibt nur ein Ausweg: ein großer Krieg. Zerstören und wieder aufbauen - der ewige Teufelskreis des Kapitalismus.

Um diesem Tunnel zu entinnen, werden die Menschen die Grundsatzfrage nach der Souveränität stellen müssen: Es ist gleichzeitig die Macht- und Legitimationsfrage.

Für jeden Einzelnen wird es ein kleiner Schritt des aktiven Handelns sein, und ein gewaltiger für Deutschland, Europa und die Welt: Die Souveränität wirklich zu leben und ein Verfassungsreferendum für eine Verfassung vom Volk durchzuführen.

Ergänzungen

Artikel 146 Grundgesetz: Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Quelle: <https://dejure.org/gesetze/GG/146.html> (abgerufen: 04.08.2018)

Warren Buffett ist ein US-amerikanischer Großinvestor, Unternehmer und Dollarmilliardär. In einem Interview mit Ben Stein für die New York Times (vom 26. November 2006) sagte Buffett: "There's class warfare, all right, but it's my class, the rich class, that's making war, and we're winning." (abgerufen am 04.08.2018)

Die friedliche Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) führte ab Herbst 1989 zu Massendemonstrationen unter anderem in Dresden, Halle, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Plauen, Arnstadt, Rostock, Potsdam und Schwerin. Hunderttausende Menschen protestierten mit dem Ruf "Wir sind das Volk" gegen die politischen Verhältnisse im Land. Gefordert wurde vor allem das Ende der Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), eine demokratische Neuordnung, die Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit und Reisefreiheit.

Die friedliche Revolution, die mit der Parole "Keine Gewalt!" ihre Ziele verfolgte, trug maßgeblich zum Ende der SED-Herrschaft bei, leitete den Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie ein und ermöglichte die deutsche Wiedervereinigung: den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990.

Das Zentralkomitee (ZK) gehört in den Strukturen der kommunistischen Parteien zu den ober-

sten Entscheidungsgremien. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) war eine kommunistische Partei in Sowjetrußland und der Sowjetunion. Sie wurde 1918 nach der Oktoberrevolution in Rußland von Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands in Kommunistische Partei Rußlands umbenannt. 1952 erfolgte die Umbenennung in Kommunistische Partei der Sowjetunion.

Heinz Kruse war im Bereich der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen sowie als Wirtschaftsdezernent der Landeshauptstadt Hannover tätig. Seit seiner Pensionierung arbeitet er an Lösungen und Verfahren für eine Reform der Demokratie, die aus seiner Sicht an der Frage der Verfassungshoheit ansetzen müssen. Er war Vorsitzender des Vereins Verfassung vom Volk e. V. und ist Buchautor.

Gunther Sosna studierte Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaften und arbeitete unter anderem in der Werbung, der Kommunikation und als Journalist. Er beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Grenzen basisdemokratischer und informaler Organisation. Er ist Initiator von Neue Debatte - Magazin für Journalismus und Wissenschaft von unten.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien am 13. Oktober 2018 folgender Bericht über Strategien zur gesellschaftlichen Erneuerung (x1.014/...): >>**Die Entscheidung - Kapitaldiktatur oder Souveränität der Menschen (Teil 3)**

... Die gewaltlose Massenbewegung und die politische Machtfrage

Von *Heinz Kruse* und *Gunther Sosna*

Die Parteienbürokratie hat erhebliche Legitimationsdefizite. Sie ist in zentralen Fragen der Gestaltung einer modernen Gesellschaft praktisch handlungsunfähig, was sich in Krisen und einem Verlust der Zukunftsfähigkeit äußert.

Im Angesicht von Militarismus, Umweltzerstörung und sozialer Erosion stehen die Menschen in Deutschland vor einer grundsätzlichen Entscheidung: Entweder sie lassen die Politik und das enthemmte Finanzkapital weiterhin gewähren, dann ist eine dunkle Zukunft zu erwarten, die im Zusammenbruch der Zivilisation enden kann, oder sie nehmen ihr Schicksal in die eigenen Hände und bauen sich auf der Grundlage der Selbstbestimmung eine menschliche, soziale, ökologisch verantwortliche und freie Gesellschaft auf.

Eine politische Strategie zur gesellschaftlichen Erneuerung

Eine notwendige demokratische Erneuerung stößt auf Hemmnisse, die in den Strukturen aus Parteienfilz und Bürokratie stecken und vor allem in den verdeckten Interessen des Finanzkapitals. Einzelaktionen, Petitionen, Demonstrationen, empörte Proteste und selbst konstruktive Kritik prallen an diesen Strukturen ab und machen sie letztlich sogar stärker, weil das Erlebnis des permanenten Scheiterns in der breiten Bevölkerung das Gefühl von Zerrissenheit und Ausweglosigkeit befördert.

Ein Umstand, der den herrschenden Parteien ins Kalkül paßt. Ihre Gleichförmigkeit wird kaum noch wahrgenommen, die Diskussionen und Entscheidungen, die hinter verschlossenen Türen stattfinden, werden gegenüber der Öffentlichkeit auf unerhebliche Meinungsäußerungen, Hörensagen und verbale Entgleisungen des "Spitzenpersonals" verkürzt. Geschwommen wird im Flachwasser der politischen Beliebigkeit. Koalitionen werden gewechselt wie ein dreckiges Hemd. Die Fahrtrichtung ändert sich dadurch nicht.

Auswege aus der Demokratiekrise können nur durch eine handlungsfähige Zivilgesellschaft gefunden und erarbeitet werden. Vorausgesetzt, dieser gelingt es, durch Kontinuität Strukturen aufzubauen. Die Zivilgesellschaft muß sich im Sinne politischer Emanzipation positionieren. Erst durch die "Abnabelung vom Alten" entsteht Raum für ein völlig neues Verständnis von Demokratie und Gesellschaft.

Die Grundlage bildet das Recht auf Selbstbestimmung. Aber die Zivilgesellschaft ist zersplittert, in Abertausende von Gruppierungen segmentiert und daher politisch passiv. Diese

Trümmerteilchen können keine politische Macht abbilden. Deshalb ist es unstrittig erforderlich, daß sich die vereinzelt Teile und Initiativen - unabhängig von ihrer thematischen Ausrichtung - auf wenige gemeinsame übergeordnete Ziele verständigen und sich zu einer Einheit formieren.

Diese Einheit wird keine neue Partei oder Organisation sein, sondern eine Bürgerbewegung, die durch gemeinsame Ideen und vor allem durch gemeinsames Handeln zusammengehalten wird. Für diese neue zivilgesellschaftliche Kooperationsform bilden lokale und vor allem regionale Plattformen, wie sie zum Beispiel durch Regionalkonferenzen abgebildet werden können, die Orte der verbindenden Kommunikation sowie zur Abstimmung von Handlungsprogrammen.

Denn es gilt, wirksame Aktionen einzuleiten, um politische Positionen nicht nur zu besetzen und zu formulieren, sondern gegen die handlungsunfähige Parteipolitik durchzusetzen, die ihre seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland angehäuften Pfründe gegen die Interessen der Bevölkerung verteidigt.

Aus dem Menschenrecht auf personale Souveränität leitet sich das Recht auf eine Verfassung ab, die sich die Bevölkerung in Deutschland selbst geben kann. Auf der Basis einer Verfassung vom Volk können gemeinsam die Grundlagen einer zukunftsorientierten Gesellschaft geschaffen werden: Die politische Kraft der Menschen, die geprägt ist durch Vielfalt, Kreativität und die getragen wird von dem Wissen, daß die Demokratie jedem Einzelnen gehört.

Entwicklung einer zivilgesellschaftlichen Position

Politik und Medien behaupten, daß die herrschende Demokratie aus Parteien und freien Wahlen besteht, flankiert durch zahllose Meinungsumfragen und eine angeblich freie Presse. Diese Melange würde demnach völlig ausreichend sein, um Demokratie abzubilden. Diese Sicht ist nicht nur eine unerträgliche Verkürzung der Realitäten, sondern der gezielte Versuch, den Diebstahl der personellen Souveränität zu verschleiern.

Konsequent wird unterschlagen, daß die Selbstbestimmung freier und gleicher Menschen - also die personale Souveränität - die Grundlage einer jeden demokratischen Regierungsform ist. Selbstbestimmung ist nicht nur ein Grundrecht, das vor anderen Rechten steht, sondern auch Grundvoraussetzung von Meinungs- und Entscheidungsfreiheit.

Im praktischen Vollzug stellt sich die Selbstbestimmung als notwendige und unverzichtbare Korrektur politischen Handelns dar. Politische Entartungen, die zumeist in totalitären Formen enden, so wie es tendenziell bereits in den wirtschaftlich bedeutendsten Ländern der Europäischen Union zu beobachten ist, haben ihre letztlich Ursache im Fehlen und/oder der Nichtbeachtung dieses Grundrechtes.

Alle Menschen in Deutschland, die in ihrer Vielfalt und Gesamtheit "das echte Wir" der Bevölkerung abbilden, haben das Recht, sich eine Verfassung nach eigenem Willen zu geben. Es ist sogar eine zwingende Notwendigkeit, da der Eintritt in eine durch digitalen Fortschritt geprägte und von Katastrophen bedrohte neue Welt die Einbindung ausnahmslos aller Individuen in die politischen Entscheidungen auf allen Handlungsebenen erfordert.

Die handelnde Position hat in der Demokratie grundsätzlich der Souverän einzunehmen. Aber dieser Souverän, entmündigt durch eine Feudalherrschaft der Parteien, muß sein Recht beanspruchen und einfordern. Mit einem öffentlich gestellten Macht- und Legitimationsanspruch muß der Souverän seinem Recht auf politische Gestaltung Geltung verschaffen. Denn darauf, auf die Gestaltung der Gesellschaft, kommt es in der Demokratie an: Wie wollen wir leben? Diese Frage ist zentral.

Presseberichte, Kommentare in den Medien und Meinungsumfragen sind lediglich zweitrangig. Es geht im Kern ausschließlich darum, wer die Macht in Händen hält: der Souverän oder ein elitäres Parteienkonstrukt.

Aufhebung der Isolation und Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich klarmachen, daß der einzelne Mensch lediglich Wachs in den Händen der Mächtigen ist. Wirkmächtig werden die Einzelnen dann, wenn sie sich zusammenschließen und zu einer Gemeinschaft vereinigen: Aus gemeinsamem Handeln entsteht soziale Macht.

Soziale Macht muß sichtbar sein. Sie benötigt Strukturen, die als zivilgesellschaftliche Institution erkennbar sind und sie benötigt formale öffentliche Positionen der Zivilgesellschaft. Eine formale Position nehmen Menschen ein, wenn sie sich gemeinschaftlich als Zivilgesellschaft öffentlich positionieren und eine Meinung zum Ausdruck bringen, die erkennbar nicht Einzelmeinung, sondern Meinung einer sichtbaren Gemeinschaft ist.

Die bisher offene Frage ist zu beantworten, wie die Menschen eine gemeinschaftliche Position erreichen können. Durch neue zentralistische Organisationen, wie sie schon x-fach durch Parteien oder Nichtregierungsorganisationen abgebildet werden, ist dies nicht möglich. Der Weg führt über die sich selbst organisierende Massenbewegung:

Die Menschen sollen und müssen ihre Vielfalt erhalten und damit die notwendige Breite einer echten Bewegung - mit all ihrem Wissen und ihrer Kreativität. Denn die Stärke der Zivilgesellschaft liegt in ihrer Dezentralität und damit in ihrer Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Beides ist für eine neue Politik und für den Eintritt in die kommende Wissensgesellschaft unerlässlich.

Der Plattform-Gedanke, der die digitalisierte Wirtschaftswelt immer deutlicher prägt, ist als Lösungsform für das Politische zielführend. "Wir" wollen eine dezentrale beziehungsweise regionale Organisation der Zivilgesellschaft. Dieser basisdemokratische Ansatz soll den traditionellen Ansatz der Regionalisierung mit der Digitalisierung verbinden. Die klassische Form des dezentralen Widerstandes soll mit den digitalen Möglichkeiten der Vernetzung und der Kampagnenführung verbunden werden.

Die Idee einer Massenbewegung geht von dezentral agierenden Gruppen aus, die durch Absprachen, gemeinsame Zielsetzungen und koordiniertes und gebündeltes Handeln miteinander verbunden sind. Sie bilden - trotz fachlicher und sachlicher Unterschiede - eine gemeinschaftliche Gruppe, eine Bewegung.

Die Form dieser Verbindungen läßt sich in Deutschland durch Regionalkonferenzen der Zivilgesellschaft darstellen. Sie sind die Plattformen für die Bildung politischer Alternativen, seien sie fachlicher Art - wie zum Beispiel im Umweltschutz oder der Sozialpolitik - oder seien sie politischer Natur - wie beispielsweise in einer digitalen direkten Demokratie.

Regionalkonferenzen - Moderne Plattformen und Institutionen der Zivilgesellschaft

Regionalkonferenzen sind eine politische Plattform für die Bürgerinnen und Bürger eines definierten Raumes. Sie sind flächendeckend umsetzbar und im Selbstverständnis Einrichtungen der Zivilgesellschaft: regional gegliedert, formal vergleichbar und eigenständig gegenüber staatlichen und kommunalen Behörden.

Regionalkonferenzen können in einer künftigen Bürgerdemokratie die offiziellen Vertretungen der Zivilgesellschaft sein und gegenüber politischen Entscheidungsgremien eine mitwirkende und kontrollierende Funktion einnehmen. Sie ersetzen keine unmittelbaren Volksabstimmungen, sind aber an die Ergebnisse von Volksabstimmungen gebunden, soweit sie davon betroffen sind.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer abgehoben agierenden Parteienherrschaft sind Regionalkonferenzen als Vorgriff auf die künftige Selbstorganisation der Zivilgesellschaft zu verstehen und einzurichten. Deshalb sind sie von Anfang an gebunden an demokratische Formen bei der Themenauswahl, der Meinungsbildung und der politischen Entscheidung.

Im Hinblick auf politische Reformen fungieren Regionalkonferenzen als dezentrale Plattformen, die nach innen in die Region wirken und nach außen mit anderen Regionen kommunizieren und kooperieren.

Sie sollen:

- die Meinungsbildung zu Sachfragen und politischen Themen befördern,
- aus politischer Sachkenntnis und Erfahrung Positionen formulieren,
- diese Positionen veröffentlichen und durch Meinungsbefragungen und demokratisch organisierte Entscheidungsverfahren als Bürgerposition in den öffentlichen Raum stellen und damit eine von den gelenkten Medien unabhängige und unverwechselbare Position begründen und verbreiten.

Sie sollen zudem:

- Reformansätze politisch stärken und Verbindungen zwischen unterschiedlichen Gruppen und aktiven Personen schaffen und zur Formierung einer neuen zivilgesellschaftlichen und demokratischen Bewegung führen
- Zu neuen Verbindungen anregen,
- Zukunftslösungen und politische Positionen vertreten und erarbeiten und Grundlagen für eine zukunftsorientierte Bürgerdemokratie schaffen.

Schon in der Startphase einer politisch handlungsfähigen Zivilgesellschaft wird strategischen Aspekten einer zukunftsorientierten Bürgerdemokratie entsprochen. Von Anfang an wird die traditionelle Konferenzform mit Beratungen und Entscheidungen und mit neuen Formen einer digitalen Demokratie ausgestattet.

Diese Formen sollen über reine Abstimmungsfragen, die sich traditionellen Ja-Nein-Entscheidungsmustern bedienen, deutlich hinausgehen, um eine digitale Mitwirkung bei der Themenstellung und den Entscheidungsverfahren sicherzustellen.

Die nötigen Werkzeuge liegen wortwörtlich auf der "virtuellen Straße", wie das Beispiel der Democracy App zeigt. Auf dieser Plattform kann nicht nur eine Debatte über politische Themen stattfinden, in die sich jeder mit Pro- und Contra-Argumenten einbringen kann, sondern, sofern die technische Umsetzung fortschreitet, sollen Anträge bis zur Abstimmung gebracht werden können.

Zusätzlich soll durch die Öffentlichkeit der Sitzungen und Beratungen und durch offene Beteiligungs- und Abstimmungsmöglichkeiten die Transparenz der formell protokollierten Beschlüsse sichergestellt werden. Es gilt: ein Mensch, eine Stimme. Nur Menschen zählen. Verbände, Vereine, Firmen und Interessensorganisationen können bei Beratungen angehört werden. Sie haben weder Sitz noch Stimme in den Regionalkonferenzen.

In weiteren Stufen sind Wahlen erforderlich, die durch neue Verfahren der direkten Teilnahme zu ergänzen sind. Eine hohe fachliche Qualifikation der Beratungen und Entscheidungen soll durch die themengebundene Entsendung von fachlich qualifizierten Bürgerinnen und Bürgern erfolgen. Damit keine Verfälschungen auftreten, so wie es in den existierenden hierarchischen Organisationsstrukturen der Parteien praktisch unvermeidlich ist, müssen diese "Delegierten" nicht nur transparent handeln, sondern durch die Basis auch jederzeit abrufbar sein.

Regionalkonferenzen sind - neben ihren politisch weiterführenden Aufgaben - als Kern einer Bürgerdemokratie wichtig, um der politischen Auseinandersetzung eine qualifizierte neue Basis zu verschaffen. In der gegenwärtigen Phase der politischen Auseinandersetzungen haben sie insofern auch eine wichtige strategische Funktion. Die Verbindung von Regionalkonferenzen mit den Ansätzen digitaler Meinungsbildung und damit digitaler Demokratie eröffnet in strategischer Perspektive völlig neue Dimensionen von Demokratieentwicklung und Gemeinschaftsbildung.

Strategische Bedeutung haben ferner:

Die Formulierung eines Selbstbestimmungsanspruches, bei dem automatisch die Legitimation der Parteien in Frage gestellt wird, es wäre der erste wirkungsvolle Kontrapunkt zur Parteienherrschaft.

Die Verknüpfung politischer Positionen mit der Erfahrungswelt der Menschen.

Ein Teilschritt zur Erlangung der Diskurshoheit und dadurch die Möglichkeit der Thematisierung politischer Problemstellungen, die sich aus der Lebenswirklichkeit der Menschen ergeben und deren Antworten evident und plausibel sind.

Ein Ansatz, um der medialen Zerstörung von Realitäten entgegenzuwirken und eine neue Form von Öffentlichkeit zu schaffen.

Das Erreichen der Diskurshoheit in wichtigen Lebensfragen und das Führen des praktischen Beweises, daß politische Fragen dezentral und lösungsorientiert von der Zivilgesellschaft aufgeworfen, diskutiert und angegangen werden können.

Die Möglichkeit neuer Politik- und Lebensformen wird wahrnehmbar.

Regionalkonferenzen sind außerdem geeignet, taktische Vorteile in der politischen Auseinandersetzung zu erreichen:

Alternativen Medien werden Inhalte für eine lebensnahe Berichterstattung gegeben. Sie werden lebendiger und nachhaltiger in der medialen Abbildung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Dies stärkt den Zusammenhalt, weil gezeigt wird, daß Stärke aus Kooperation und nicht aus Konkurrenz erwächst.

Die Menschen können gemeinsam die Themen setzen, die für sie von Bedeutung sind. Die thematische Führung liegt also in den Händen der Zivilgesellschaft.

Die politische Auseinandersetzung erfolgt dezentral. Der unmittelbare Selbstbezug aller Menschen der Gesellschaft überwindet den Schwachpunkt der ehemaligen Volksparteien, sie nicht angemessen wahrzunehmen und/oder zu repräsentieren.

Die zerstörerische Wirkung bisweilen gelenkter Nichtregierungsorganisationen durch Themensteuerung und Verhinderung von Einigkeit wird eingeschränkt, indem ihnen diese Themenhoheit streitig gemacht oder ganz entzogen wird.

Die Regionen, die mit Regionalkonferenzen zu bestimmten Themen beginnen, bilden die strategischen und taktischen Kerne einer wissensorientierten Bewegung. Sie setzt im ersten Schritt nicht auf Masse, sondern geht von politischen Handlungszentren aus, die im Sinne von Wissens- und Aktivierungszentren soziale Kristallisationskerne für einen politisch-sozialen Neubeginn sind.

Selbstbestimmung und Selbststeuerung

Die Installation und erfolgreiche Umsetzung von Regionalkonferenzen als politisches Instrument der Zivilgesellschaft setzt auf den Gedanken sozialer Selbststeuerung. Jeder neue Zentralismus birgt die Gefahr dogmatischer Einseitigkeit. Doch die Lösung von Zukunftsaufgaben und die künftige Gestaltung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Aufgaben gehört in die Hand der Menschen. Die neue Gesellschaft wird damit aus einer menschlichen Perspektive gestaltet.

Ausgedient haben ideologische Vorgaben, wie die der Unterordnung von Mensch und Natur unter ökonomische Gesetze. Damit wird die Zukunft weder den Parteien und Organisationen überlassen noch entsteht ein neuer Personenkult. Denn das neue Verständnis von Politik mißt sich an fachlichen Aufgaben.

Abgelöst wird somit jede Form der personellen Überhöhung - wie es bei Ex-Kanzlern, Fast-Kanzlern oder sogenannten Spitzenpolitikern erlebt wurde und wird, deren Bedeutung sich in der Hauptsache eben nicht aus fachlicher Kenntnis und Fähigkeit speist, sondern aus medialer Präsenz.

In einer zukunftsfähigen Gesellschaft sind Menschen und ihre Umwelt das Maß aller Dinge. Deshalb sind sie selbst die Lösung und nicht das entmenschlichte Finanzkapital oder ähnlich geartete lebensferne Interessen! Und deshalb ist auch vom Selbstbestimmungsrecht einer jeden Person auszugehen, der personalen Souveränität, die sich in der Kooperation entfaltet. Beginnend bei der Grundidee der dezentralen Selbstverantwortung erscheint die Bildung möglichst überschaubarer Gruppen ("Hives", Bienenstöcke), die durch Absprachen, wechselseitige

Beteiligung und regelmäßige Information miteinander verbunden sind, logisch.

Die Organisation in einer Wabenstruktur, in der die einzelnen Teile selbstständig und selbstorganisatorisch aktiv, dabei aber durch gemeinsame Ziele und Aktionen miteinander verbunden sind, verspricht Stabilität in der Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Flexibilität, die sich an regionalen Bedürfnissen orientiert. Dies bedeutet auch, daß der Erfolg einer so aufgebauten Bewegung weder von einzelnen Organisationen noch von Personen abhängig ist: Es gilt das Prinzip der Austauschbarkeit.

Im Ergebnis sind die Regionalkonferenzen einerseits eine Plattform für die notwendige Auseinandersetzung mit der Parteienbürokratie und den Systemmedien. Sie sind andererseits aber auch der konstruktive Einstieg in neue Politikmuster und -verfahren, die das Zentrum und die Basis einer zukunfts offenen zivilgesellschaftlichen Demokratie bilden. Dabei folgt das System ausdrücklich keiner politischen Ideologie.

Durch die offene Verknüpfung von Personen und Gruppen entsteht auf regionaler und überregionaler Ebene ein flexibles, wissensbasiertes System der politischen Erneuerung - aufgebaut auf einem Fundament aus Freiheit und Selbstbestimmung. Seine Attraktivität erhält es deshalb nicht durch Zuordnung zu bestehenden oder überholten Parteien und Politikmustern (LINKS oder RECHTS) oder sonstigen politischen Uniformitäten, sondern durch eine offene Kultur des ökologisch-sozialen Fortschritts. Diese Offenheit ist von Anfang an mit einer Bürgerinnen- und Bürgerpolitik jenseits klassischer Partei- und Differenzierungsmuster zu praktizieren.

Zivilgesellschaft und Regionalkonferenzen als Kraft und Werkstatt für politische Reformen

Regionale Konferenzen sind eine Plattform für die Entwicklung und Durchsetzung strategischer Ziele. Sie werden perspektivisch als Institution der Zivilgesellschaft eingerichtet und sie erfüllen die Funktion als demokratische Form der Beratung und Entscheidung in einer künftigen Bürgerdemokratie. Sie dienen dem zentralen Zweck der Erfüllung des grundlegenden Menschenrechtes auf Selbstbestimmung.

Regionalkonferenzen sind aber auch das Instrument, um im Hinblick auf die Herausforderungen einer neuen Welt als dezentrale Orte der politischen Entscheidungsfindung so weit wie möglich moderner Selbstbestimmung zu entsprechen. Sie haben also auch eine der digitalisierten Wissensgesellschaft entsprechende Werkstattfunktion.

Im Hinblick auf die überragende Bedeutung für Wissen, Wissenssysteme und Wissenstransfer binden sie das Wissen der Bevölkerung, ihre Erfahrungen, Wünsche und Ideen in Beratungen und Entscheidungen der Politik ein.

Es ist sinnvoll, die Zeit des angebrochenen politischen Umbruchs zu nutzen, um neue Wege der Politik experimentell zu erproben und umzusetzen. Denn die Einrichtung und Etablierung von Regionalkonferenzen steht im Gegensatz zu allen Forderungen nach revolutionären Umbrüchen. Sie bietet vielmehr die Möglichkeit, Neues im gesellschaftlichen Raum zu erproben und einzuführen und damit friedliche Übergänge zu schaffen, die im Interesse der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit sind.

Der Staat der Zukunft, ob er ganz oder teilweise in vorhandenen nationalen Grenzen oder auf europäischer Ebene stattfindet, hat seine konsequent dezentrale Grundlage in den Regionen. Dort wird der gesamte Bereich der bürgernahen Politik verankert, der einer zentralistischen Bürokratie nicht zugänglich ist. Der Staat wird zur Gemeinschaftseinrichtung von Regionen, die sich in wesentlichen Feldern auf Koordinierungs- und Bündelungsaufgaben zu beschränken hat.

Als künftige Einrichtung der Zivilgesellschaft sind Regionalkonferenzen zudem ein Instrument für die Erreichung und Durchsetzung strategischer Ziele. Die Zivilgesellschaft kann sie als Plattform nutzen, um Kompetenzen für die Demokratie selbst und für die Gestaltung der

Zukunft zu entwickeln und diese praktisch darzustellen. Die Themenstellung der Regional-konferenzen kann mit der gezielten Ansprache von kompetenten Gruppen und Verbänden verbunden sein, die ihren Sachverstand in die Plattformen einbringen. Auf dieser Ebene sind Barrieren zu überwinden, um Verbündete zu finden und sie über gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen in ein Netz von Reformgruppen zu integrieren.

Als freies Forum für Kommunikation und Willensbildung lassen sich in ihnen die drängenden Fragen und wichtigen Bereiche jederzeit thematisieren und für eine gemeinsame Medienpoli-tik formulieren. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Erlangen von Diskurs-hoheit. Den öffentlichen Raum politisch zu füllen bedeutet, die Medien als Transportmittel für formulierte Forderungen und zu diskutierende Anliegen zu nutzen.

Als Plattform bieten Regionalkonferenzen allen Gruppen, Personen und Initiativen die Mög-lichkeit, politische Arbeit mit sachlicher Reformarbeit zu verknüpfen. Es bedarf keiner bin-denden Vereinsstrukturen und sie bieten keinen Platz für verkleisterte Hierarchien - insofern kommen Regionalkonferenzen dem Lebensgefühl einer durch Plattformen funktionierenden Gesellschaft entgegen. Unabhängig und frei erfolgt die politische Arbeit je nach eigenem Selbstverständnis.

Arbeitskontinuität ist dann gegeben, wenn Regionalkonferenzen in bestimmten, den regiona-len Gegebenheiten angepaßten Formen durchgeführt werden und vor allem, wenn ihre Ergeb-nisse verbindlich und formal festgehalten, protokolliert und veröffentlicht werden. Sie sind damit Plattformen, die die neuen Informationssysteme nutzen, ohne sich ihnen auszuliefern. Der Mensch bleibt im Zentrum des Geschehens.

Durch die Kooperation der Vielen entsteht "das echte Wir" und soziale Macht - der Schlüssel zur Veränderung.

Heinz Kruse war im Bereich der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen sowie als Wirtschaftsdezernent der Landeshauptstadt Hannover tätig. Seit seiner Pensionierung arbeitet er an Lösungen und Verfahren für eine Reform der Demokratie, die aus seiner Sicht an der Frage der Verfassungshoheit ansetzen müssen. Er war Vorsitzender des Vereins Verfassung vom Volk e.V. und ist Buchautor.

Gunther Sosna studierte Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaften und arbeitete unter anderem in der Werbung, der Kommunikation und als Journalist. Er beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Grenzen basisdemokratischer und informaler Organisation. Er ist Initiator von Neue Debatte - Magazin für Journalismus und Wissenschaft von unten.<<

Prof. Dr. Bela Mutschler berichtete am 13. Oktober 2018 in seinem Internet-Blog "Ereignis-horizont-Digitalisierung.de" (x1.086/...): >>**Wie die Digitalisierung uns Menschen zu Gott erhebt!**

Eines der faszinierendsten und einflußreichsten Bücher der letzten Jahre stammt aus der Feder von Yuval Noah Harari, Professor für Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem. In seinem Buch "Homo Deus" beschäftigt er sich mit der Entwicklung der Menschheit. Beginnend in der Vergangenheit, diskutiert er den heutigen Status Quo, und wagt Prognosen zu dem, was die Zukunft bringt. Pflichtlektüre für Gestalter und Entscheider der Digitalen Trans-formation.

Eine kurze Geschichte der Menschheit

Die Geschichte des Menschen, des Homo Sapiens, begann vor über 300.000 Jahren. Zumin-dest lassen die frühesten fossilen Belege aus Afrika den Rückschluß auf dieses Alter zu. Ein Wimpernschlag, gemessen am geschätzten Erdalter von über 13,6 Milliarden Jahren.

Harari unterteilt die Geschichte der Menschheit in drei grundlegende Phasen:

Den Animismus (ab ca. 70.000 Jahren v. Chr.)

Die landwirtschaftliche Revolution (ab ca. 10.000 Jahren v. Chr.)

Die wissenschaftliche Revolution (ca. ab dem Jahr 1.500 n. Chr.)

Phase 1: Animistische Weltsicht - Die Welt ist allbeseelt!

Die Geschichte des Menschen mag vor 300.000 Jahren begonnen haben. Erst vor ungefähr 70.000 Jahren begann jedoch die Entwicklung des Menschen rasant Fahrt aufzunehmen. Eine kognitive Revolution schuf die Grundlage für die bis heute ungebrochene Dominanz des Homo Sapiens auf der Erde.

Der Mensch entwickelte die Sprache und mit ihr die ersten Legenden und Mythen, aber auch Werte und Normen, Wissen und Religionen. Aus dieser Zeit stammen auch die ersten menschlichen Schmuckstücke und Kunstobjekte. Es waren die Legenden und Mythen, die Werte und Normen, das Wissen und Religionen, die zusammen entscheidende Voraussetzung für den Aufbau komplexer, aber geregelter sozialer Strukturen waren, die wir heute als Kulturen bezeichnen.

Wesentliches Merkmal der spirituell-religiösen Vorstellungen dieser Phase war die Vorstellung einer "Allbeseeltheit". Die Welt gehörte all ihren Bewohnern und alle folgten dem gleichen Regelwerk. Zu den Bewohnern gehörten dabei nicht nur Menschen und Tiere, sondern auch Feen, Dämonen und Geister. Es gab auch keine Kluft zwischen dem Menschen und Tieren.

Statt dessen wurde allen Objekten der Natur, also nicht nur ihren Bewohnern, sondern auch Pflanzen, Quellen, Felsen und Bergen, eine individuelle Seele oder ein innewohnender Geist zugesprochen. Jedes Objekt hatte eine eigene Lebenskraft, einen eigenen Willen und folgte den gleichen naturgegebenen Regeln.

Diese erste Phase der Menschheit wird auch als Animismus bezeichnet. Allmächtige, (mono-)theistische Götter existierten in der Vorstellung der Menschen damals nicht.

Phase 2: Die Agrarrevolution - Beherrschung der Tiere

Auf die animistische Phase, in der die Menschen als Jäger und Sammler lebten, folgte die landwirtschaftliche Revolution. Die wachsende Zahl an Menschen erforderte neue Ideen und Konzepte, um zu überleben. Klassische, nomadisierende Jäger- und Sammler-Gemeinschaften hatten zunehmend Schwierigkeiten ausreichend Nahrung zu finden.

Als Lösung begann der Mensch mit Ackerbau, er domestizierte Wildtiere, betrieb Viehzucht und entwickelte die Vorratshaltung von Lebensmitteln. Dazu errichtete der Mensch feste Siedlungen. Einhergehend mit der landwirtschaftlichen Revolution entstanden Eliten, die weniger privilegierte Menschen gleichzeitig schützten und ausbeuteten. Gefestigt wurden diese hierarchischen Strukturen durch kulturelle oder religiöse Ordnungen und Hilfsmittel wie Zahlensysteme und Schrift.

Im Rahmen der landwirtschaftlichen Revolution entstanden das erste Mal unzählige theistische Religionen, die behaupteten, das Universum sei kein "Parlament von Lebewesen", wie Harari (1, S. 127) es beschreibt, "sondern eine Theokratie, die von einer Gruppe großer Götter regiert werde - oder vielleicht auch nur von einem einzigen GOTT". Tatsächlich werden animistische Vorstellungen mit dem Aufkommen theistischer Religionen konsequent abgelehnt. Beispiel Christentum: Nur ein einziges Mal kommt der Mensch mit einem Tier ins Gespräch - als die Schlange im Garten Eden Eva verführen will, von der verbotenen Frucht der Erkenntnis zu essen.

Ziel der theistischen Religionen war es, die nun gelebte Ausbeutung der Tiere zu rechtfertigen, also denjenigen Bewohnern der Erde, mit denen die Menschen zuvor jahrtausendlang in spiritueller Einheit lebten. Eine solche Rechtfertigung war allerdings nur möglich, wenn gleichzeitig die Bedeutung des Menschen so stark aufgewertet wurde, daß dessen Beherrschung der Tiere legitim schien und nicht mehr hinterfragbar war.

Die Ansätze waren unterschiedlich, aber immer ähnlich: So gab zum Beispiel das Christentum nur dem Menschen eine unsterbliche "Seele", während Tiere keine solche hatten, was sie wiederum zu Komparsen abstempelte. Harari schreibt (1, S. 135): "Während der landwirtschaftli-

chen Revolution hat die Menschheit die Tiere und Pflanzen zum Schweigen gebracht und die opulente Oper des Animismus in einen Dialog zwischen Menschen und Göttern verwandelt."

Phase 3: Die wissenschaftliche Revolution - Der Göttertod!

Der landwirtschaftlichen Revolution folgte schließlich die wissenschaftliche Revolution, in der der Mensch schließlich nach den Tieren, auch die Götter zum Schweigen brachte. Harari schreibt (1, S. 135): "Die Welt war nunmehr eine One-Man-Show. Die Menschheit stand ganz allein auf einer leeren Bühne, sprach mit sich selbst, verhandelte mit niemandem und erwarb enorme Macht ohne irgendwelche Verpflichtungen. Nachdem sie die stummen Gesetze der Physik, Chemie und Biologie entschlüsselt hat, verfährt die Menschheit mit ihnen jetzt so, wie es ihr gefällt."

Im Rahmen der wissenschaftlichen Revolution treten die Menschen also an die Stelle der Götter. Harari spricht von einer humanistischen Religion, in der die Wissenschaft den Menschen zu Gott erhebt! Homo Deus!

Das dies durchaus auch kritisch zu hinterfragen ist klar!

Wo geht die Reise hin?

Im Rahmen der wissenschaftlichen Revolution, so Harari, werden drei wesentliche Entwicklungen zu beobachten sein (1, S. 413):

Der technologische Fortschritt führt dazu, daß Menschen ihren wirtschaftlichen und militärischen Nutzen verlieren, weshalb das ökonomische und das politische System den Menschen nicht mehr viel Wert beimessen werden.

Der Mensch wird nur mehr als Kollektiv, als Ganzes, wertgeschätzt, also nur noch als Menschheit. Der einzelne Mensch erfährt keinerlei Wertschätzung mehr als einzigartiges Individuum.

Nach wie vor werden einige wenige einzelne menschliche Individuen wertgeschätzt. Dabei handelt es sich allerdings um eine neue Elite "optimierter Übermenschen" und nicht mehr um die Masse der Bevölkerung.

Die Kernthese von Harari ist äußerst kontrovers, aber bemerkenswert konsequent:

Technologischer Fortschritt und Digitalisierung bringen am Ende eine gesellschaftliche Klasse "ohne Nutzen" hervor. Nutzlose Menschen. Eine "global useless class" wie es Harari erschreckend nüchtern formuliert.

Ursache ist, daß Maschinen und Künstliche Intelligenz (KI) immer mehr und mehr Aufgaben von Menschen übernehmen. Viele Milliarden Menschen auf unserem Planeten werden nicht mehr arbeiten. Nicht weil Sie es nicht wollen, sondern weil sie schlicht nicht mehr beschäftigbar sind. Harari dreht somit die häufig genannte These der "Technologie als ultimativem Heilsbringer" um und benennt vielmehr den technologischen Fortschritt als Ursache einer schwierigen menschlichen Zukunft.

Die resultierende wichtigste Frage des 21. Jahrhunderts gemäß Harari:

Was tun all die nutzlosen Menschen?

Der technologische Fortschritt mag dazu führen, daß auch Menschen ohne ökonomischen Wert ohne jede Anstrengung von derer Seite problemlos ernährbar sind. Stichwort bedingungsloses Grundeinkommen. Aber womit werden sie sich beschäftigen? Was befriedigt sie? Was werden sie den ganzen lieben langen Tag machen? Ehrenamtliches Engagement? Musik? Kunst? Sozialarbeit?

Auch komplexere politische Fragestellungen stellen sich: Wenn Menschen ihre ökonomische Bedeutung verlieren, sind dann Menschenrechte und Freiheiten weiterhin rechtfertigbar? Hat auch die Demokratie eine Zukunft?

Klare Antworten auf diese dringlichen Fragen sind aktuell nicht wirklich absehbar! ...

Y. N. Harari: "Homo Deus: Eine Geschichte von Morgen". C. H. Beck, 2017.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 13. Oktober 2018

(x1.000/...): >>>Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei

Von *Gerhard Wisnewski*

... Meinung ungeschminkt, heute mit Gerhard Wisnewski, deutscher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Im nun folgenden leicht gekürzten Beitrag, der in der ExpressZeitung vom August 2018 erschien, geht es um den "Globalen Pakt für Migration" der Vereinten Nationen (UN).

Dieser soll am 10./11. Dezember 2018 in Marrakesch (Marokko) von fast allen UN-Mitgliedstaaten unterzeichnet und in Kraft gesetzt werden: Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei ... Wenn es nach den globalen Migrationsplanern geht, sollen die Zeiten der freien Berichterstattung und freien Meinungsäußerung über Migration bald vorbei sein. ... Die globalen Pläne zur totalen Umkämpfung der Völker und des Planeten können ja nur funktionieren, wenn die Migrationsstrategen das Denken, die Meinungen und die Medien kontrollieren.

Und das ist nicht etwa eine düstere Prognose eines ewigen Pessimisten. Vielmehr kann man dies bereits einem Bericht des UN-Generalsekretärs António Guterres entnehmen: "Wir müssen leider feststellen, daß fremdenfeindliche politische Narrative über Migration heute zu weit verbreitet sind. ...Wir dürfen nicht zulassen, daß diese unsere Agenda verzerren." ...

Genau diese Gleichschaltung der veröffentlichten Meinung ist auch in den UN-Plänen zur Massenmigration vorgesehen, insbesondere in dem "Global Compact for Migration", sprich: dem "Globalen Pakt für Migration", der nicht irgendwann einmal unterschrieben werden soll, der keine Science Fiction ist, sondern der direkt vor unserer Haustür steht. Bereits im Dezember 2018 soll er von den UN-Mitgliedsstaaten unterzeichnet werden.

Die totale Gleichschaltung erfolgt über die Ächtung und Bekämpfung von "Diskriminierung", "Rassismus", "Rassendiskriminierung", "Fremdenfeindlichkeit", und "Intoleranz" - was vielleicht nicht weiter schlimm erscheint. Denn wer möchte schon Rassist sein und Fremden pauschal feindlich gegenüberstehen. Das Problem ist nur, daß es sich bei diesen Begriffen nicht nur um Gummibegriffe handelt, sondern um regelrechte "Joker", die man je nach Bedarf so oder so auslegen und definieren kann.

Das heißt, daß dieses neue UN-Recht flexibel ist wie Kautschuk und daß das, was "Rassismus" oder "Fremdenfeindlichkeit" ist, nicht wir bestimmen, sondern die UNO und ihre angeschlossenen Regierungen. Und das zweite Problem besteht darin, daß die Flexibilität erbarungslos ausgenutzt werden soll - nämlich in Richtung einer immer weiteren Ausweitung dessen, was "Rassismus", "Diskriminierung" oder "Fremdenfeindlichkeit" sein sollen.

So heißt es im endgültigen Entwurf des Migrationspaktes vom 11. Juli 2018, den im Dezember 190 von 193 Staaten unterzeichnen wollen: "Wir verpflichten uns, alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen sowie Äußerungen, Handlungen und Erscheinungsformen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz gegenüber allen Migranten im Einklang mit den internationalen Menschenrechten zu verurteilen und zu bekämpfen."

Der nächste Schritt ist also, daß man nicht nur mit Gummibegriffen wie "Rassismus" arbeitet, sondern auch Äußerungen, Handlungen und "Formen" oder "Erscheinungsformen" bekämpfen will, was noch mehr Verhaltensweisen einschließen kann. Schon heute kann man nur staunen, was alles eine "Form von Diskriminierung" sein kann.

In Deutschland zum Beispiel beschäftigt sich eine Tarnorganisation der Geheimdienste und der Regierung mit dieser Begriffsverbiegung und -ausweitung, nämlich die migrantenfreundliche Amadeu Antonio Stiftung, geleitet von einer Ex-Stasi-Agentin. "Tarnorganisation" deshalb, weil sie zu großen Teilen von der Regierung finanziert wird, während in ihrem Stiftungsrat der Verfassungsschutz-Präsident eines Bundeslandes sitzt. Und wenn es nach dieser regierungs- und geheimdienstnahen Stiftung geht, muß niemand "Flüchtlinge raus!" oder

"Deutschland den Deutschen!" schreien, um als Rassist zu gelten. Nein - sondern wenn es nach dieser Organisation geht, sind wir bereits alle ein Volk von Rassisten.

Denn wer hat nicht schon von "Wirtschaftsflüchtlingen" gesprochen oder sich beklagt, daß uns die Medien im Zusammenhang mit Migranten ohnehin nur belügen. Laut der Amadeu Antonio Stiftung ist das alles bereits "rassistische Hetze". Diese staatlich geförderte Stiftung hat einen ganzen Katalog zusammengestellt, was unter "rassistischer Hetze" zu verstehen sein soll.

Wenn zum Beispiel jemand im Zusammenhang mit Migranten von "wir" und "sie" spricht oder Migranten für "gesamtgesellschaftliche Probleme wie Sexismus, Kriminalität oder Wohnungsmangel" verantwortlich macht, ist das ... verboten. Demnach ist "rassistische Hetze": - Gegenüberstellung von "Wir" und "Die" - Verallgemeinerungen, wie: "alle Flüchtlinge" ... - angeblicher "Kulturrassismus", wie: "Die passen einfach nicht zu uns ..." - angebliche (nationalistische) Relativierungen, wie: "Was ist mit unseren Kindern, Obdachlosen etc.?" - wenn man sagt: "Bald fühlt man sich fremd im eigenen Land" ...

Das sind also genau die "Formen" von Rassismus, von denen im Migrationspakt die Rede ist. Denn Rassismus ist eigentlich alles, was sich kritisch mit Migranten auseinandersetzt. ... "Der nächste Schritt sind Lager", warnte denn auch der Autor Oliver Janich in einem Video. Die Kriminalisierung von Einwanderungskritikern führe dazu, daß sie irgendwann eingesperrt würden: "Ob im Gefängnis oder im Lager, ist am Ende egal. Aber nach diesen Definitionen hier wird das Tausende betreffen. ... Nach diesen Definitionen ist jeder, der Kritik an der Einwanderung übt, kriminell. Damit sei die rassistische, gegen die ursprünglich einheimische Bevölkerung gerichtete Diktatur Realität. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 20. Oktober 2018 (x1.000/...): >>7. Todestag am 20.10.2018: Politisches Testament Muammar al-Gaddafi
War Libyens Führer Gaddafi wirklich ein "irrer Diktator"? Sein politisches Testament gibt Einblick in sein Leben, welches am 20. Oktober 2011 gewaltsam beendet wurde ...

Sehen Sie anlässlich des 7. Todestages der Ermordung von Muammar al-Gaddafi, dem ehemaligen Staatsoberhaupt Libyens, noch einmal "Das politische Testament Muammar al Gaddafi" vom 5. April 2011. Es erschien als Gedicht in einer libyschen Zeitung und im Mai 2011 als offener Brief in der russischen Zeitung Zavtra. Hinweise auf weitere Sendungen zum Thema finden Sie im Abspann. Muammar al-Gaddafi in einem offenen Brief, den die russische Tageszeitung Zavtra im Mai 2011 publizierte:

"Hört zu, Völker der NATO! Ihr bombardiert eine Mauer, die den Weg der afrikanischen Migration nach Europa und den Weg der Terroristen von al-Qaida versperrt hat. Diese Mauer war Libyen. Ihr Idioten reißt sie nieder, und ihr werdet in der Hölle schmoren für Tausende Migranten aus Afrika und weil ihr al-Qaida unterstützt habt. So wird es sein, und ich lüge nie. Und ich lüge auch jetzt nicht."

Das politische Testament Muammar al-Gaddafis Erschienen als Gedicht in einer libyschen Zeitung, am 8. April 2011 von Professor Sam Hamod, Ph. D. auf Englisch übersetzt Erinnerungen an mein Leben: Oberst Muammar Gaddafi, der Führer der Revolution - 5. April 2011. Im Namen Allahs, des Wohltätigen, des Barmherzigen ... Während 40 Jahren, oder waren es mehr, ich erinnere mich nicht, tat ich alles, um den Leuten Behausungen, Spitäler, Schulen und, wenn sie hungrig waren, Nahrung zu geben.

In Bengasi machte ich sogar Agrarland aus der Wüste, ich setzte mich gegen die Angriffe von diesem Cowboy Reagan durch, als er meine adoptierte verwaiste Tochter tötete. Er hatte versucht, mich zu töten. Statt dessen tötete er dieses arme unschuldige Kind. Dann half ich meinen Brüdern und Schwestern in Afrika mit Geld für die Afrikanische Union. Ich tat alles, was ich konnte, um den Leuten zu helfen, das Konzept wahrer Demokratie zu verstehen, in der Volksausschüsse unser Land führen. Aber, wie mir gesagt wurde, war dies alles nicht genug.

Sogar Menschen, die Häuser mit zehn Zimmern hatten, neue Anzüge und neue Möbel, waren niemals zufrieden.

Selbstsüchtig wie sie waren, wollten sie mehr. Amerikanern und anderen Besuchern erzählten sie, daß sie "Demokratie" und "Freiheit" bräuchten, ohne zu erkennen, daß es sich dabei um ein Halsabschneider-System handelt, in dem der größte Hund den Rest auffrißt. Doch sie waren von diesen Worten verzaubert, ohne zu erkennen, daß es in Amerika keine kostenlose Medizin gab, keine kostenlosen Spitäler, keine kostenlosen Häuser, keine kostenlose Ausbildung und keine kostenlose Nahrung, von Leuten die bettelten abgesehen oder den langen Schlangen für einen Teller Suppe.

Nein, was immer ich auch tat, für einige war es nie genug. Doch andere, die wußten, daß ich der Sohn von Gamal Abdel Nasser war, der einzige wahre arabische und muslimische Führer, den wir seit Saladin hatten. Als er den Suez-Kanal für sein Volk beanspruchte, so wie ich Libyen für mein Volk beanspruchte, waren es seine Fußspuren, denen ich zu folgen versuchte, um mein Volk vor Kolonialherrschaft zu schützen - vor Dieben, die von uns stehlen würden. Nun stehe ich unter dem Angriff der größten Macht in der Militärgeschichte.

Mein kleiner afrikanischer Sohn Obama möchte mich töten, um unserem Land die Freiheit zu nehmen, um uns unsere kostenlosen Behausungen zu nehmen, unsere kostenlose Medizin, kostenlose Ausbildung, kostenlose Nahrung, um es durch Diebstahl im amerikanischen Stil zu ersetzen, der "Kapitalismus" genannt wird. Doch alle von uns in der Dritten Welt wissen, was das bedeutet. Es bedeutet, daß Konzerne das Land führen, die Welt führen, und daß die Menschen leiden. Somit gibt es keine Alternative für mich. Ich muß meinen Platz einnehmen.

Und wenn Allah es wünscht, werde ich sterben, indem ich seinem Pfad folge, jenem Pfad, der unser Land reich an Agrarland sowie mit Nahrung und Gesundheit gemacht hat, und uns sogar erlaubt, unseren afrikanischen und arabischen Brüdern zu helfen, indem sie hier mit uns arbeiteten, in der libyschen Volksrepublik. Es ist nicht mein Wunsch, zu sterben.

Doch wenn es so weit kommen sollte, um dieses Land zu retten, mein Volk, all die Tausende, die meine Kinder sind, dann möge es geschehen. Soll dieses mein Testament, meine Stimme an die Welt sein, daß ich mich gegen die Kreuzzugsattacken der NATO erhoben habe, erhoben gegen Brutalität, erhoben gegen Verrat, erhoben gegen den Westen mit seinen kolonialistischen Ambitionen; und daß ich auf der Seite meiner afrikanischen Brüder stand, auf der Seite meiner arabischen und muslimischen Brüder wie eine Lichtsäule. Während andere sich Schlösser errichteten, lebte ich in einem bescheidenen Haus und in einem Zelt. Niemals habe ich meine Jugend in Sirte vergessen.

Ich habe unser Volksvermögen nicht töricht verschwendet. Und so wie Saladin, unser Muslim-Führer, der Jerusalem für den Islam errettete, nahm ich wenig für mich selbst ... Im Westen haben mich einige als "geisteskrank" oder "verrückt" bezeichnet, doch sie wissen die Wahrheit und lügen trotzdem weiter. Sie wissen, unser Land ist unabhängig und frei, nicht in der Zange der Kolonialisten, daß meine Vision, mein Pfad, verständlich ist und war und im Sinne meines Volkes. Und daß ich bis zu meinem letzten Atemzug kämpfen werde, um uns frei zu erhalten.

Möge Allah der Allmächtige uns helfen, gläubig und frei zu bleiben.

Oberst Muammar Gaddafi, 5. April 2011<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 26. Oktober 2018 (x1.000/...): >>"Wissenschaft nicht frei, sondern vom Geld regiert"

Von *Professor Dr. Meyl*

Ob zu Impfen, Mobilfunk oder anderen brisanten Themen: Die wissenschaftlichen Erkenntnisse scheinen diametral auseinander zu klaffen. "Die Wissenschaft ist eben überhaupt nicht frei, sondern sie wird über das Geld regiert", erklärt Prof. Dr. Meyl das Phänomen und belegt dies stichhaltig.

Der Herbst hat spürbar begonnen, und für viele Menschen stellt sich wie jedes Jahr die Frage: Soll man sich durch eine Impfung gegen Grippe "immunisieren" lassen oder nicht? Während Ärzte, Apotheker-Verbände und Politiker die Bevölkerung zum Impfen geradezu drängen, sind immer mehr Menschen skeptisch. Denn wie z.B. die Schweizer Express-Zeitung in ihrer aktuellen Ausgabe auf 64 Seiten detailliert darlegt, seien die Zutaten der Impfstoffe zu dubios, die Wirkungen zu unsicher und zu bedrohlich seien die Gefahren durch Nebenwirkungen. (www.kla.tv/10617)

Ähnlich zwiespältig wie beim Thema Impfen verhält es sich beim Thema Mobilfunk. Während Medien, Mobilfunk-Konzerne und Politik den Ausbau des G5-Netzes als unumgänglichen Fortschritt darstellen und vorantreiben, warnen andere vor gravierenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen, ja zeigen sogar stark lebensverkürzende Wirkungen auf. (www.kla.tv/12947)

Doch wie kommt es zu solch unterschiedlichen Erkenntnissen und Vorgehensweisen, gerade auch von seiten der Wissenschaft? Prof. Dr.-Ing. Konstantin Meyl brachte es in seinem Vortrag zum Thema "Medienzensur in der Wissenschaft" auf der 9. Anti-Zensur-Konferenz vom 23. November 2013 so auf den Punkt: "Die Wissenschaft ist eben überhaupt nicht frei, sondern sie wird über das Geld regiert."

In Artikel 5 des Deutschen Grundgesetzes und in vergleichbaren Gesetzen anderer Länder ist die Freiheit der Forschung eigentlich festgeschrieben und sollte somit garantiert sein. Aber in der Praxis sehe es gemäß den Erfahrungen von Prof. Meyl ganz anders aus. Er hat als Entwicklungsleiter in der Antriebstechnik und Leistungselektronik und als Leiter in verschiedenen renommierten und maßgeblichen internationalen Verbänden seine einschlägigen Erfahrungen zur Rolle des Geldes in der Wissenschaft gemacht.

In seinen Büchern und Vorträgen auf internationalen Kongressen berichtet er ausführlich darüber. Es laufe laut Prof. Meyl immer nach demselben Muster ab: Die Politik gebe gewisse Ziele, Denk- und Verhaltensweisen vor, die in der Bevölkerung verankert und durchgesetzt werden sollen. Zu dem Zweck würden konkrete Forschungsaufträge an Wissenschaftler herangetragen, welche die politischen Ziele untermauern und bestätigen sollen. Beauftragt würden dann nur die Wissenschaftler, deren vermeintliche Forschung die gewünschten Ergebnisse liefere. So habe beispielsweise das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz 1997 eine Forschung in Auftrag geben wollen, welche die biologischen Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung untersuchen sollte.

Dieser Auftrag wurde wenige Jahre später zurückgenommen, da es angeblich keine Institute gäbe, die die biologischen Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung kompetent erforschen könnten. Kritischen Stimmen werde also kurzerhand die Kompetenz abgesprochen. Prof. Meyl bemängelt zudem, daß Universitätsstudenten lediglich dazu angehalten werden, sich vorhandenes Wissen aus Lehrbüchern, zumeist unbewiesene Theorien, anzueignen und in Prüfungen exakt wiederzugeben. Sich mit neuen Denkweisen oder alternativen Wegen zu beschäftigen oder endlich zu handfesten Erkenntnissen durchzuringen, werde systematisch unterbunden.

Damit werde die Wissenschaft auf einem denkbar niedrigen und politisch kontrollierbaren Niveau gehalten. Doch zu welchem Zweck unterhält der Steuerzahler dann eigentlich wissenschaftliche Universitäten und Institute, wenn sie doch Studenten und Bevölkerung künstlich dumm halten? - Es sei reine Augenwischerei und von der Politik, den dahinterstehenden Drahtziehern und Architekten globaler Machtstrukturen gesteuert. Zu exakt demselben Ergebnis kommt der US-amerikanische Wissenschaftler Foster Gamble. In seinem Film "Thrive" ... dokumentiert er die unheilvollen Verflechtungen und Einflußnahmen der Hochfinanz auf Wissenschaft und Gesellschaft.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/3): >>>Volksaustausch? Regierungstausch!

_ von *Jürgen Elsässer*

Der Volksaustausch ist kein Hirngespinnst, sondern Realität. Im Jahr 2015 ließen sich zwei Millionen Ausländer in Deutschland nieder (darunter knapp 900.000 Asylsuchende), während eine Million Inländer wegzogen. Zwei Millionen rein, eine Million raus - das nennt man Austausch. Keiner hat diejenigen, "die schon länger hier leben" - so Angela Merkel über unser Volk - gefragt, ob sie ausgetauscht werden wollen. Die Demokratie ist in dieser Überlebensfrage suspendiert. ...

Selbst wenn morgen die Grenzen, die Merkel unter Bruch von Grundgesetz und Asylrecht im September 2015 geöffnet hat, wieder geschlossen würden, stünde das deutsche Volk vor einer existentiellen Bedrohung. Die entscheidenden Schlachten werden in den Kreißsälen geschlagen. ...

Die Demographiebombe explodiert in den Klassenzimmern: Dort sehen sich unsere Kinder in immer mehr Städten einer Übermacht an Orientalen gegenüber, die wie die neuen Herrenmenschen auftreten: Unsere Jungs müssen unterwürfig, unsere Mädchen willfährig sein. Und die Lehrer schauen weg.

Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt.

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/8): >>Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod, beglückwünsche Polen für das erlangte Gebiet und die Tschech/innen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen (Die Linke-Politikerin Christin Löchner in einer Mail an einen FDP-Politiker, 20.1.2012).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/9-10): >>Träger des Profits durch die ausländischen Arbeiter ist die Wirtschaft. Träger der Folgelasten ist die ganze Gesellschaft (Der Kriminologe Horst Müller-Springorum. Die Zeit, 3.11.1978). ...

Die doppelte Staatsbürgerschaft schafft doppelte Loyalitäten, doppelte Pflichten, manchmal auch doppelte Kosten. Nicht nur formal sondern auch seelisch. Viel wichtiger: Sie schafft keine Authentizität, sie schafft sie ab, sie zerreißt innerlich und äußerlich denjenigen, dem sie als Wohltat zugedacht war. (Prof. Michael Wolffsohn. Die Welt. 6.1.1999). ...

Wenn die Regierung sich schon ein neues Volk suchen möchte, sollte sie das alte vorher fragen (Der CDU-Politiker Peter Gauweiler zur doppelten Staatsbürgerschaft. Bild, 13.1.1999).

...

Wenn in Deutschland lebende Ausländer oder deren Kinder für ihr Gastland nur noch Verachtung äußern und Deutsche als "Hurentöchter" oder "Schweinefleischfresser" beschimpfen, ist eines klar: Multi-Kulti ist gescheitert – weil die Ausländer die deutsche Kultur neben ihrer eigenen nicht akzeptieren oder auch nur dulden wollen. (Der Historiker Arnulf Baring. Bild, 5.4.2006). ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/26-28): >>**Halb Afrika will nach Europa**

_ von *Martin Müller-Mertens* und *Jürgen Elsässer*

110 Millionen haben konkrete Reisepläne, rund 900.000 warten bereits in Libyen auf die Überfahrt übers Mittelmeer. Die Geburtenexplosion in den Ländern südlich der Sahara ist der Treibstoff der Migration - und die offenen Grenzen auf dem alten Kontinent wirken als Einla-

dung.

Neueste Umfragen in afrikanischen Ländern zeigen, daß bis zu zwei Drittel der Einwohner auswandern wollen. Dabei sind nicht allein Not und Terror ein Antrieb, sondern oft Verwandte und Freunde, die schon in Europa sind", faßte die Welt Mitte März 2018 zusammen. In den Vorjahren kamen die Flüchtlinge vor allem über Italien in die EU. Seit in Rom mit dem Lega-Politiker Matteo Salvini ein Asylkritiker das Innenministerium führt, der den Schlepperschiffen das Einlaufen in die Häfen des Landes verboten hat, haben die Organisatoren der Völkerwanderung eine neue Route gefunden: Nun geht die Überfahrt vorzugsweise von Marokko aus an die spanische Küste.

Mitte Juni 2018 kamen an zwei Tagen über 1.100 Afrikaner in Schlauchbooten über die Meerenge von Gibraltar - das hatte es nie zuvor auf der iberischen Halbinsel gegeben. Die Schleuser sind politisch offensichtlich gut informiert: Sie wußten, daß etwa zeitgleich zum Amtsantritt der italienischen Rechtsregierung in Spanien die Konservativen von den Schaltebeln der Macht vertrieben wurden und seither ein sozialistisches Kabinett die Geschicke des Landes lenkt, das es mit dem Grenzschutz nicht so genau nimmt.

Der neue Premier Pedro Sanchez hat bereits angekündigt, den NATO-Stacheldraht auf dem meterhohen Grenzzaun der Exklaven Ceuta und Melilla abbauen zu wollen. So könnten die Migranten künftig ganz ohne gefährliche Überfahrt bereits auf dem afrikanischen Kontinent ein Zipfelchen EU-Territorium erreichen und hätten damit das Recht auf Weitertransport auf das europäische Festland.

Das Heer der Millionen

Laut Angaben von Eurostat, der Statistikagentur der EU, beantragten zwischen 2014 und 2017 beinahe eine Million Bewohner der Länder südlich der Sahara Asyl in Europa. Doch das ist erst der Anfang. "In Libyen halten sich derzeit 900.000 Migranten auf. Der Anteil derjenigen, die gegenwärtig nach Europa wollen und auch die Mittel dazu haben, wird auf 200.000 geschätzt", zitierte die Wiener Kronen-Zeitung im September 2016 aus einem vertraulichen Bericht des österreichischen Geheimdienstes Heeres-Nachrichtenamt.

Diese Zahl könnte jedoch zu niedrig angesetzt sein: Als andere Medien im April 2016 über eine ähnliche Prognose der Wiener Militäranalysten berichteten, widersprach der damalige Innenminister Thomas de Maizière (CDU): "Ich halte sie für zu niedrig."

Bereits jetzt haben sich zwischen 300.000 und 400.000 Menschen sowohl aus Nigeria als auch aus Südafrika, dazu 270.000 Menschen aus dem Senegal, 250.000 aus Ghana und 180.000 aus Kenia in Europa angesiedelt. Diese wollen jetzt ihre Angehörigen und Freunde nachholen. Eine Studie des renommierten amerikanischen Pew Research Center vom Frühjahr 2018 ermittelte durch Befragungen vor Ort folgende Zahlen: Zwei Drittel der Ghanaer und Nigerianer sowie etwa die Hälfte der Kenianer, Senegalesen und Südafrikaner wollen am liebsten emigrieren, vor allem in die USA oder nach Europa.

Im Jahre 2012 prognostizierte der inzwischen verstorbene Gründer der Organisation Cap Anamur, Rupert Neudeck, daß "18 Millionen" auf "den gelobten Kontinent Europa" strömen werden. Doch das dürfte noch untertrieben gewesen sein: In den Ländern südlich der Sahara leben derzeit 1,1 Milliarde Menschen. Wenn auch nur zehn Prozent sich auf den Weg machten, wären das 110 Millionen.

Afrika explodiert

"950 Millionen Menschen wollen 2050 aus Afrika sowie aus den nichtafrikanischen Araberländern entkommen", errechnete Gunnar Heinsohn im Juni 2015. Der Demographie-Forscher - er arbeitet auch für die staatliche Bundesakademie für Sicherheitspolitik und das NATO Defense College in Rom - hält die Biologie und nicht die Religion (also den Islam) für den Grund der afrikanischen Expansion nach Europa:

Der hohe Geburtenüberschuß treibe alle, die im eigenen Land keine Aufstiegsmöglichkeiten

haben, übers Mittelmeer. Daß sich zu 90 Prozent Männer und kaum Frauen in Bewegung setzen, dürfte allerdings durchaus mit dem Islam (und Stammesmentalitäten) zu tun haben: Das weibliche Geschlecht gilt in diesen Kulturen wenig, der Drang zur Selbstverwirklichung wird ihm von Kindesbeinen an abtrainiert.

Tatsächlich ist das Bevölkerungswachstum in Afrika fast drei Mal höher als im Rest der Welt, schneller auch als in den arabischen Ländern. Nach einer Studie der Vereinten Nationen von 2015 wird die Zahl der Menschen auf der Erde bis zum Jahr 2050 auf 9,6 Milliarden ansteigen. Von den 31 Ländern mit der höchsten Geburtenrate liegen 29 südlich der Sahara.

Bis zum Jahr 2050 wird sich die afrikanische Bevölkerung mehr als verdoppeln - von heute 1,1 Milliarden auf 2,4 Milliarden. Zur Jahrhundertwende werden es sogar 4,2 Milliarden sein - und damit mehr als vier Mal so viel wie heute. Im weltweiten Durchschnitt bringt jede Frau heutzutage 2,5 Kinder zur Welt - nur noch halb so viele wie Anfang der 1950er Jahre. Die große Ausnahme ist Afrika. Dort entbindet jede Frau durchschnittlich 4,7 Kinder. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/31-32): >>>**Sturm auf Europa**

_ von Daniell Pföhringer

Im Wiedervereinigungsjahr 1990 stieg die Zahl der Asylgesuche in Deutschland sprunghaft an und erreichte in der Folge bis dahin unbekannte Höhen. Allein im Januar stellten über 13.000 Personen - vor allem Türken, Jugoslawen und Vietnamesen - einen Antrag auf Asyl, während die Anerkennungsquote auf 3,2 Prozent sank. Am Ende des Jahres hatten 193.000 Personen - und damit so viele wie nie zuvor - einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Schon im folgenden Jahr registrierten die Behörden bereits knapp 260.000 Asylbewerber, 1992 waren es dann 440.000. Diese Rekordzahl wurde erst im Jahr 2015 übertroffen, als nach offiziellen Angaben insgesamt 890.000 Migranten nach Deutschland einreisten.

Zugleich gab es Anfang der 1990er Jahre einen starken Einbruch der Geburtenzahlen in den neuen Ländern, nachdem diese im Westen schon seit gut vier Jahrzehnten immer weiter nach unten gegangen waren. Erst seit 2008 liegt die Geburtenhäufigkeit im Osten wieder höher als im früheren Bundesgebiet. Schon damals zeigten sich also Entwicklungen, auf die eine vorausschauende Demographie-Politik mit geeigneten Maßnahmen hätte reagieren können.

In die Asyldebatte schaltete sich zu dieser Zeit mit Manfred Ritter ein echter Mann vom Fach ein. Der damals 58-jährige Jurist war als Landesanwalt beim Verwaltungsgericht Ansbach in Bayern mit Asylangelegenheiten befaßt und veröffentlichte regelmäßig ausländerrechtliche Expertisen in Zeitungen wie der Welt oder der FAZ. Anfang 1990 erschien sein Buch Sturm auf Europa, das die Dramatik der Lage schon im Titel verdeutlichte - und die Asyl- und Zuwanderungslobby förmlich aufschreckte.

In Seenot

Ritter verglich die Lage in der damaligen Bundesrepublik mit einem Rettungsboot auf hoher See: "Solange das Meer ruhig ist, können so viele Menschen in das Boot aufgenommen werden, bis es nur noch wenig über die Wasseroberfläche hinausragt. Sobald aber ein Sturm aufkommt, ist das überladene Boot verloren, es sei denn, man würde einen Teil der Insassen wieder über Bord werfen." Dies aber sei inhuman, so daß man lieber von Anfang an dafür sorgen sollte, "daß nur so viele Menschen ins Boot kommen, wie es bei stürmischer See tragen" könne.

In seinem Buch ging Ritter auch auf den zunehmenden Identitätsverlust durch ungebremste Zuwanderung ein und identifizierte den massenhaften Asylmißbrauch als ein bestandsgefährdendes Risiko für den deutschen Staat und sein soziales Gefüge. Die Befürworter einer Politik der offenen Grenzen würden diese Gefahr entweder nicht wahrnehmen oder aber zu einer Art groß angelegtem Sozialexperiment umdeuten. ...

Ritter kam zu dem Schluß, daß das deutsche Asylrecht in seiner bis dahin gültigen Form nicht

mehr aufrechterhalten werden könne - eine Position, die auch die CSU, der Ritter seinerzeit angehörte, vertrat. Sie verabschiedete später ein Papier, das eine Umwandlung des individuellen Anspruchs auf Asyl in eine nicht einklagbare institutionelle Garantie vorsah. In der Welt erschien am 6. Juli 1990 ein Beitrag, der den Gegnern einer entsprechenden Verfassungsänderung vorwarf, "das in diesem Punkt überholte Grundgesetz" zu einem "Fetisch" zu "stempeln", und damit "den wohl einzigen wirkungsvollen Weg zur Eindämmung des Asylmißbrauchs" zu verbauen. ...

1993 einigten sich die Regierungsparteien CDU, CSU und FDP mit der oppositionellen SPD auf den sogenannten Asylkompromiß - der Grundgesetzartikel 16 wurde mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag geändert: Wer aus einem Land der EU oder aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, kann sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen und muß zurückgewiesen werden.

In der Folge fielen die Asylzahlen sehr stark und erreichten 2006 mit 21.000 Anträgen ihren Tiefstand. Der damals geänderte Artikel 16 (2) unserer Verfassung ist zwar bis heute gültig, wird aber in der Praxis nicht mehr durchgesetzt: Mit dem Verzicht auf Grenzkontrollen und Zurückweisungen ist Deutschland für Migranten aller Art zu einem bequem erreichbaren Ziel-land geworden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/33-35): >>Erdogans Fünfte Kolonne

_ von Daniell Pföhringer

Berlin, Sonntag, 24. Juni 2018: Auf dem Kursfürstendamm vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin feiern in der Dämmerung hunderte Türken ausgelassen den Wahlsieg ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ganze Wagenkolonnen fahren durch die Straßen, es gibt ohrenbetäubende Hupkonzerte, man hört lauten Jubel und sieht ein Meer roter Halbmond-Fahnen. Szenen wie diese spielen sich an jenem Abend nicht nur in Berlin ab. Auch im Ruhrgebiet, in München, auf der Frankfurter Zeil oder in der Leipziger Eisenbahnstraße gibt es die große Osmanen-Sause. Viel mehr als sonst wird sichtbar, daß ganze Viertel deutscher Großstädte bereits zu Klein-Istanbul geworden sind.

Erdogan hatte sich am selben Tag bei der Präsidentenwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang souverän gegen seine Mitbewerber durchgesetzt, seine AKP wird bei der zeitgleich stattfindenden Parlamentswahl mit gut 43 Prozent stärkste Partei. Der Jubel auf deutschen Straßen für den faktischen Alleinherrscher am Bosphorus kommt nicht von ungefähr: 67,5 Prozent der Türken in Deutschland - zwei Drittel - hatten ihm ihre Stimme gegeben, in der Hochburg Essen sogar 76,3 Prozent. In der Bundesrepublik lebt knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Auslandstürken. Von diesen 1,4 Millionen ging jeder zweite zur Urne. Am Wahlsieg des Sultans von Ankara hatten sie einen großen Anteil.

Am Bosphorus rechts, im Ruhrgebiet links

Auch wenn es zunächst einmal verrückt klingt: Die gleichen Türken, die mehrheitlich den Autokraten Erdogan und seine islamisch-konservative AKP wählen, votieren, sofern sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bei Bundestagswahlen regelmäßig zu 90 Prozent für linke Parteien.

Ein politischer Widerspruch, der für den Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar, jedoch einfach zu erklären ist: "Die meisten sind nicht fanatisch, vielmehr verhalten sie sich migrationsbedingt pragmatisch rational. In der Türkei wählen sie überwiegend den rechten Politiker, der ihnen Selbstvertrauen gibt, in Deutschland Sozialdemokraten und Grüne, die sich für ihre Rechte einsetzen."

Tatsächlich ist es vor allem die SPD, die den sogenannten Deutsch-Türken schon seit vielen Jahren jeden Wunsch förmlich von den Lippen abliest und sich deren Zustimmung mit zahlreichen Wohltaten erkaufte hat. Den Grundstein für die Anatalisierung Deutschlands hat - mit

dem Gastarbeiterabkommen - jedoch die CDU im Verein mit den Industrie-Bossen gelegt.

Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Ganz anders in der Türkei: Dort brachten weder Programme zur Stärkung der Landwirtschaft noch Fünfjahrespläne zum Aufbau der Industrie nennenswerte ökonomische Fortschritte.

Angesichts des starken Wachstums und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Inland fürchteten die großen Wirtschaftsverbände der Bonner Republik Lohnsteigerungen, andererseits schien ein weiterer Sprung nach vorn nur durch eine Ausweitung der Automatisierung und damit hohen Investitionen möglich zu sein - oder durch die wesentlich billigere Variante der Ausdehnung der Produktion mittels zusätzlicher Arbeitskräfte.

Man entschied sich für Letzteres. 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zu Gunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas.

Ein Hebel war hierbei das Anwerbeabkommen mit Deutschland, ein anderer das Ankara-Abkommen von 1963, das den Türken den Weg in die Zollunion und später zur Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ebnen sollte. Gleichzeitig sorgte das Gastarbeiterabkommen mit Deutschland für eine Entlastung des Arbeitsmarktes der von Wirtschaftsmisere, Landflucht und Bevölkerungswachstum geplagten Türkei.

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:

Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.

Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. Von der Arbeitsmigration profitierten auch die Angehörigen in der Heimat.

Necla Kelek hierzu: "Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald Almancis, Deutschländer, genannt wurden, schickten monatlich einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause.

Das war für Anatolien und jede Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der dreißig Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland - die Geburtenrate lag damals in der Westtürkei bei etwa 4,7 Kindern pro Frau und im Osten des Landes bei 7,4 Kindern. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn - er war im Durchschnitt viermal so hoch wie in der Türkei - und dem Kindergeld konnte eine ganze Familie leben. ...

Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen.

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/37-39): >>**Irrweg Doppelpaß**

_ von *Heinrich Lummer*

Als im Juni 1953 beim Aufstand in der DDR offenkundig wurde, daß die Regierung das Volk nicht hinter sich hatte, bemerkte Bertolt Brecht zynisch, dann müsse sich die Regierung eben ein neues Volk wählen. Eine solche Wahlchance ist nur wenigen Regierungen vergönnt. Die jetzige Regierung hat sie: Man eröffne den in Deutschland lebenden Ausländern die Chance, Deutsche zu werden, damit sie wählen können, und gleichzeitig, Ausländer zu bleiben. Und schon hat man Hunderttausende, wenn nicht Millionen dankbarer Wähler. Die Masseneinwanderung wird durch Masseneinbürgerung ergänzt.

Schon in der Debatte um die Wiedervereinigung wurde der Nationalmasochismus deutlich, der sich bei Linksintellektuellen wie Günter Grass in der These äußerte, Deutschland habe wegen Auschwitz das Recht auf Wiedererlangung der nationalen Einheit verwirkt. Glücklicherweise konnten Leute wie Grass, Jürgen Habermas oder Walter Jens die Wiedervereinigung nicht verhindern. Deshalb sinnen sie nun nach anderen Möglichkeiten, den deutschen Nationalstaat zu überwinden. Deutschland soll den Deutschen genommen werden - und ein Hebel ist die doppelte Staatsbürgerschaft.

Dabei ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung traditionell an zwei Voraussetzungen gebunden: Einmal erwarten wir die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit, zumindest das redliche Bemühen darum. Zum anderen muß der Betroffene vor der Einbürgerung einen erfolgreichen Integrationsprozeß durchlaufen haben. Demgegenüber will Rot-Grün die deutsche Staatsangehörigkeit bedingungslos zum Nulltarif vergeben. Dagegen lassen sich gute Argumente ins Feld führen.

Zehn Gegenargumente

1.) Doppelstaatlichkeit bremst Integration: Im Kernbereich der Diskussion steht die Frage, ob die Abgabe der deutschen Staatsangehörigkeit an Ausländer die Integration fördert oder eher behindert. Zutreffend sieht ein Kommentator der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den Kernpunkt des Streits in der Bereitschaft der rot-grünen Regierungskoalition, die "Einbürgerung so wenig wie möglich an den Integrationswillen des Eingebürgerten" zu binden. Schon jetzt muß weitgehend festgestellt werden, daß namentlich türkische Ausländer keinen ausreichenden Willen zur Integration erkennen lassen. Die meisten von ihnen könnten längst die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Sie wollen es nicht, weil sie Türken bleiben wollen. Schon diese Tatsache unterstreicht nachdrücklich die fehlende Integrationsbereitschaft als Voraussetzung für die Übernahme der Staatsangehörigkeit.

Genauso wenig spricht es für Integrationswillen, wenn man zu Hause nur Türkisch spricht und viele Kinder deshalb in der Schule Sprachprobleme haben, die geeignet sind, die Leistung

ganzer Klassen zu mindern. Wenn diese Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zum Nulltarif erhalten, werden keinerlei Integrationsanstrengungen mehr verlangt. Je leichter die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit, desto geringer die Integrationsbereitschaft.

2.) Doppelstaatlichkeit schafft Parallelgesellschaften: Hinter dem Doppelpaß-Verlangen steht bei vielen Türken der Wunsch, sich im Sinne der Rosinentheorie die Vorteile beider Staatsangehörigkeiten zu sichern. Man will vom Herzen her Türke bleiben und die deutsche Staatsangehörigkeit als Zugabe. Sicher spielt da manchmal auch gesellschaftlicher Druck eine Rolle, denn es wird einem Türken im Elternhaus oder in der türkischen Heimat oft übelgenommen, die türkische Staatsangehörigkeit aufzugeben.

Schließlich hat man ja in der Schule gelernt, daß es eine große Gnade Allahs sei, als Türke geboren zu werden. Mehr als bei jedem Deutschen spricht hier die Stimme des Blutes und der Kultur. Der fehlende Wille dieser Menschen, Nur-Deutsche zu werden, kann und darf für uns aber kein Grund sein, ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zu gewähren. Auf diese Weise fördert und schafft man Separat- oder Parallelgesellschaften.

3.) Doppelstaatler sollen rot-grüne Mehrheit sichern: Die hartnäckige Absicht von Rot-Grün, eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts zu vollziehen, erfolgt ganz offensichtlich nach der Devise, durch Begünstigung von Ausländern die Gunst künftiger Wähler zu erlangen. Nicht autochthone Deutsche, sondern Doppelstaatler, sprich Ausländer, könnten dann den Wahlausgang und damit das politische Leben in Deutschland nachhaltig mitbestimmen oder als Zünglein an der Waage entscheiden. Insofern ist es mangels anderer plausibler Gründe naheliegend, daß sich Rot-Grün die Mehrheit mit Hilfe von Ausländern sichern will. Diese Instrumentalisierung der Staatsangehörigkeit ist makaber und verwerflich.

4.) Doppelstaatler können instrumentalisiert werden: Die türkische Regierung hat in den zurückliegenden Jahren die Forderung nach einer doppelten Staatsangehörigkeit stets unterstützt. In vielen Fällen hat sie die deutsche Politik insofern unterlaufen, als sie Personen, die nach der Entlassung aus der türkischen Staatsangehörigkeit die deutsche erhielten, sie ihr nachträglich wieder erteilte. Durch diese unfreundliche und unanständige Politik hat Ankara eine große Zahl von Doppelstaatlern produziert. Die Interessenlage der türkischen Regierung ist klar. Wir werden durch die Doppelstaatler in absehbarer Zeit eine Diskussion über die türkische und andere Minderheiten in Deutschland erhalten.

Je weniger Integration gelingt, desto schneller kommt die Frage nach der Anerkennung der Minderheiten und ihrer Rechte. Und natürlich nimmt sich dann der türkische Staat das Recht, für die Minderheiten einzutreten, sie zu instrumentalisieren. Die demographische Entwicklung im Kosovo läßt grüßen. (Die Republik Albanien war als Schutzmacht der albanischen Bevölkerungsgruppe in der serbischen Provinz Kosovo aufgetreten und hatte deren Untergrundarmee UCK unterstützt).

5.) Doppelstaatlichkeit verletzt Gleichheitsgrundsatz: Die von Rot-Grün beschlossenen Regelungen zur doppelten Staatsbürgerschaft berühren auch den Gleichheitsgrundsatz. Zunächst einmal haben Millionen Ausländer zwei und der arme, dumme Deutsche nur eine Staatsangehörigkeit. Das kommt einer faktischen Spaltung der Gesellschaft gleich. Es gibt Nur-Deutsche und Auch-Deutsche. Das hat politische Folgen: Doppelstaatler können nämlich in zwei Ländern wählen! Sie genießen die jeweiligen Vorteile als Staatsbürger zum Beispiel beim Kauf von Grundstücken.

Der Doppelstaatler kann je nach Bedarf das eine oder andere Rechtssystem in Anspruch nehmen, etwa beim Scheidungsrecht, das in muslimischen Ländern stark den Mann begünstigt. Er kann sich in zwei Staaten für den öffentlichen Dienst bewerben. Er kann politische Ämter in zwei Staaten ausüben. Seine Reisefreiheit ist im Hinblick auf unterschiedliche Visumpflichten größer als die eines Nur-Deutschen. Die Gruppe der Doppelstaatler ist also eindeutig privi-

legiert. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/52-54): >>Der Soros-Plan

_ von Daniell Pföhringer

... Soros hat laut dem US-Magazin Forbes über 24 Milliarden Dollar auf der hohen Kante. Er unterstützt schon seit 1979 die von ihm gegründeten Open Society Foundations, mit denen unter anderem die sogenannten Farbenrevolutionen in Georgien oder der Ukraine gepusht wurden. Bei aller vermeintlichen Förderung von Demokratie und Menschenrechten dürfte der glühende Verfechter der Euro-Transferunion und Abschaffung der Nationalstaaten immer auch eigene Vorteile im Blick haben:

Er investierte nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 relativ geringes Geld in ehemalige Staatsfirmen, die später ein Vielfaches an Gewinnen abwarfen. Viktor Orban wirft Soros vor, daß er nun von Revolutions- auf Invasions-Sponsoring umgesattelt habe, "als zivile Vereine getarnte Lobby-Organisationen" fördere und "ein regelrechtes Netzwerk mit eigenen Sprechern, eigenen Medien, vielen hundert Menschen, einer eigenen Universität" unterhalte. Solche Aktivitäten will der ungarische Premier im Interesse seines Landes einschränken.

Tatsächlich liegt Orban nicht falsch, wenn er Soros, dessen schier unerschöpfliches Vermögen hauptsächlich auf spekulative Angriffe seines Quantum-Fonds in den 1990er Jahren auf das britische Pfund, die D-Mark und den argentinischen Peso zurückzuführen ist, nun als treibende Kraft hinter dem Zuwanderungslobbyismus identifiziert. Schließlich hat es sich die von Soros ins Leben gerufene International Migration Initiative (IMI) ausdrücklich zur Aufgabe gemacht, vermeintliche Verstöße gegen die Rechte von Migranten zu ahnden, ihnen einen erleichterten Zugang zu Gerichten in Europa zu ermöglichen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.

Dazu soll, wie es seitens der IMI heißt, ein "Netzwerk von juristischen Fachleuten und Organisationen" errichtet werden, das die angeblichen Flüchtlinge befähigen soll, "ihre Rechte zu behaupten und zu verteidigen". Außerdem will sich die sogenannte Migrationsinitiative für eine "Verbesserung des Dialogs mit der Politik" einsetzen. Übersetzt heißt das: Es soll politischer Druck auf die europäischen Regierungen ausgeübt werden, der Massenzuwanderung Tür und Tor zu öffnen.

Organisierte Asylflut

... Ungarische Regierungsvertreter sprechen offen von einem "Soros-Plan". Orban wirft dem berüchtigten Finanzhai vor, Europa mit Migranten "überschwemmen" und seiner "christlichen und nationalen Identität" berauben zu wollen. Um die ethnokulturelle Identität der europäischen Völker zu zerstören, fördere Soros eine "Invasion" aus der muslimischen Welt, so der Premier in gewohnt deutlicher Wortwahl. ...

Unter dem Titel "Rebuilding the Asylum System" ("Der Wiederaufbau des Asyl-Systems") veröffentlichte Soros im September 2015 - auf dem Höhepunkt der Asylkrise - einen Text, in dem er zunächst apodiktisch forderte, daß die "EU für die absehbare Zukunft eine Million Asylsuchende pro Jahr zu akzeptieren" habe und pro Person jeweils 15.000 Euro in den ersten beiden Jahren bereitstellen solle. Der US-Milliardär schrieb, es sei wichtig, "die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine *Conditio sine qua non* für den Erfolg".

Des Weiteren habe Brüssel wirtschaftliche Sonderzonen in den Herkunftsländern der Migranten zu fördern. Dafür seien "mindestens acht bis zehn Milliarden Euro" bereitzustellen, so Soros. Neben einer gemeinsamen Asyl-Bürokratie sieht sein Plan vier "sichere Reiserouten" für die Migranten vor. ...

Brüsseler Spitzen

Soros' Migrationsagenda ist also genauso belegbar wie das von ihm finanzierte Netzwerk von Lobbyorganisationen, die insbesondere im Herzen der EU-Bürokratie massiv Einfluß nehmen. Ins Bild paßt da ein Brüssel-Besuch des selbsternannten Philanthropen im April 2016, bei dem dieser herzlich von führenden Eurokraten, darunter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, empfangen wurde, obwohl der Börsenmilliardär kein öffentliches Amt bekleidet.

Nur wenige Monate später veröffentlichte die amerikanische Webseite DC Leaks 2.576 Dokumente von Einflußorganisationen des notorischen Strippenziehers. Die Papiere belegen eindeutig, wie Soros' Gefolgsleute den direkten Kontakt zu Entscheidern im Umfeld des Europaparlamentes suchen. Bei der Wühlarbeit von Soros und seinem Überfremdungs-Plan handelt es sich also nicht um Verschwörungstheorien.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/78-79): >>**Die Richterin und ihre Henker**

_ von *Josephine Barthel*

Kirsten Heisig war ein Störfaktor für das Polit-Establishment - und mögliche Spitzenkandidatin einer neuen Protestpartei. Mußte sie deswegen sterben?

Geduld scheint eine Eigenschaft zu sein, die in Deutschland besonders ausgeprägt ist. In kaum einem anderen Land der Welt ist die politische Leidensfähigkeit so hoch wie zwischen Oder und Rhein. Statt konkreter Maßnahmen, die für die Regelung der Zustände in unmittelbarer Umgebung sorgen, philosophieren bundesdeutsche Gutmenschen lieber über globale Gesellschaftsentwürfe oder das Zusammenleben von Menschen in anderen Breitengraden - während es im eigenen Stadtteil bereits lichterloh brennt.

Insofern war bereits der Titel eines Buches eine Kampfansage gegen die allumfassende Lethargie, die für alle Befürworter des Status quo lebenswichtig ist: Das Ende der Geduld. Was die Berliner Amtsrichterin Kirsten Heisig in dieser Streitschrift präsentierte, dürfte vielen Gesellschaftsgruppen nicht gefallen haben. Weder der Einwanderungslobby des Großkapitals, das billige Fachkräfte rekrutieren möchte, noch den etablierten Parteien, die über Jahrzehnte eine völlig reflexionslose Asylpolitik betrieben haben. Und schließlich sind die Wahrheiten Kirsten Heisigs auch für manche Migrantengemeinschaften und die angeschlossenen Sozialstaatsapparate wenig erfreulich gewesen.

Tod im Tegeler Forst

Daß die Autorin des brisanten Buches den Erscheinungstag nicht mehr erleben durfte, wunderte die veröffentlichte Meinung in Deutschland kaum. Heisig verschwand am selben Tag, an dem sie die letzten Korrekturen an das Lektorat geschickt hatte. Für Polizei und Presse stand gleich fest, daß die lebenslustige Mutter zweier Kinder Selbstmord begangen haben soll. Man stellte sich nicht die Frage, unter welchem Gefahrenpotential Menschen leben, die solch unbequeme Wahrheiten aussprechen. Eine SMS an die Kinder, die auf psychische Probleme hingedeutet habe, soll Beweis für die Selbstmordthese sein.

Daß Kirsten Heisig noch am Tage ihres Verschwindens einen Talkshowtermin bei Stern TV zugesagt und danach einen Urlaub mit ihren Kindern gebucht hatte, ist nur eines der mehr als sonderbaren Indizien, die besonders im Internet für kontroverse Diskussionen sorgen sollten. Die sogenannte seriöse Presse hielt sich an das, was viele als inoffizielle Sprachregelung empfanden - jedenfalls in Deutschland.

"Verdacht eines vertuschten Mordes" Neue Zürcher Zeitung

Anders in der Schweiz. Das wichtigste Blatt der Alpenrepublik, die Neue Zürcher Zeitung, notierte am 15. September 2010 verwundert: "Von Oberstaatsanwalt Andreas Brehm hätten wir ... gern Näheres über Kirsten Heisigs Selbstmord im Tegeler Forst erfahren, dessen Umstände so fragwürdig sind, daß sich der Verdacht eines vertuschten Mordes nicht aus der Öffentlichkeit entfernen läßt."

Auf die Frage, ob die nichtöffentlichen Ermittlungsakten auf Antrag einsehbar wären, habe

Brehm mit den Worten geantwortet: "In diesem Fall gewiß nicht."

Hierzulande beschäftigte sich ausschließlich das Netzforum Kopp Online umfassend mit dem mysteriösen Tod der Richterin. Der Investigativjournalist Gerhard Wisnewski stellte in einer acht Folgen umfassenden Beitragsreihe zahlreiche Fragen, die bis heute nicht ausreichend beantwortet wurden.

Von Anfang an, so Wisnewski, habe die Polizei nach außen hin einseitig ermittelt. Bereits am 2. Juli, also kurz nach dem Verschwinden Heisigs, habe man apodiktisch verkündet: "Eine Entführung, überhaupt eine Straftat, schließt die Polizei aus." Es sei, so der Autor, nicht mitgeteilt worden, wo und wie die Frau genau gefunden worden oder wie sie tatsächlich zu Tode gekommen sei. Auch warum bei heißem Wetter und daraus folgender schneller Verwesung einer Leiche diese in einem stark frequentierten Waldstück nicht schneller gefunden wurde, bleibt offen. Die schon bald eingesetzten Suchhunde jedenfalls hätten den Verwesungsgeruch bemerken müssen.

In der Kriminalistik wird bereits jedem Erstsemester eingepaukt, daß man bei einer Straftat immer nach dem Motiv zu fragen habe. Für die Selbstmordthese spricht laut überzeugender Aussagen von Weggefährten Heisigs nichts. Für Mord dagegen viel. Man darf davon ausgehen, daß Heisig nach der Veröffentlichung des Buches, ähnlich wie später Thilo Sarrazin, zum Medienstar geworden wäre. Nicht umsonst nannte man sie in Anlehnung an den Hamburger Ex-Senator und Richterkollegen Ronald Schill "Richterin Gnadenlos".

Während Schill zum kurz aufflackernden politischen Ecce-Homo (klassische Aussprache) wurde, die Politikszene aufmischte und dann plötzlich und unerwartet abstürzte, fand Kirsten Heisig noch vor dem medialen Durchbruch den Tod. Doch wenn Schill als manchmal allzu schneidiger Hardliner Wahlergebnisse von über 20 Prozent in Hamburg erzielen konnte - welche Resultate hätte da erst eine grundsolide und sympathische Frau wie Kirsten Heisig erzielen können?

Politisches Potential

Diese Frage ist keineswegs abstrakt. Nach Berichten von Weggefährten des damaligen Berliner CDU-Dissidenten René Stadtkewitz war Heisig im Sommer 2010 an Gesprächen über eine Parteibildung beteiligt und sogar als Spitzenkandidatin im Gespräch. Als untadelige Richterin mit der Fähigkeit, tabuisierte Probleme anzusprechen und konkrete Lösungen aufzuzeigen, hätte sie bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin im Herbst 2011 eingeschlagen wie eine Bombe.

Nicht auszuschließen ist, daß sie mit ihrem sachbezogenen Ansatz, der nicht gegen den Islam, sondern gegen das kriminelle Potential genau definierbarer Ausländergruppen zielte, Brücken hätte bauen können zur Mehrheit der vernünftigen Moslems. In Neukölln und Wedding sind es nämlich oft genug die fleißigen Türken der ersten Einwanderergeneration, die unter der Gewalt und Asozialität der später Zugezogenen, vor allem krimineller arabischer Gangs, zu leiden haben. Daß sie den jugendlichen Delinquenten nicht nur mit der Strenge des Gesetzes kam, sondern ihnen bisweilen auch als Frau und Mutter ihr Herz öffnete, muß allen verhaßt gewesen sein, die den "Kampf der Kulturen" von der einen wie von der anderen Seite befeuern wollen.

Heisig wäre nach der Veröffentlichung des Buches zum Medienstar geworden.

Wer profitierte von Kirsten Heisigs Tod - und wer mußte die lebendige Kirsten Heisig fürchten? Diese Fragen zu stellen, hat nichts mit einer sogenannten Verschwörungstheorie zu tun - ein Begriff, der immer gern benutzt wird, um sich einer Diskussion zu entziehen. Unliebsame Annahmen werden rasch und wirkungsvoll zu einer solchen Theorie gestempelt, damit man sich nicht mit ihnen beschäftigen muß.

Von den Deutschen wird gesagt, sie lebten in historischen Pendelschlägen. Nach Zeiten der absoluten Ruhe und Agonie kamen oft übersteigerte Gegenbewegungen. Man hat bei der Lek-

türe von Das Ende der Geduld den Eindruck: Kirsten Heisig war es ein Anliegen, daß es bald zu konstruktivem Handeln kommt. Bevor die Probleme unüberschaubar werden - und damit auch die Reaktionen.

_ Josephine Barthel hat in München und Köln Vor- und Frühgeschichte sowie Mediävistik und Rechtswissenschaften studiert. Sie lebt heute als freie Autorin in Limoges.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. November 2018 (x887/...): >>Legalisierung der Masseneinwanderung

Unterzeichnung des "Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" am 10. Dezember

Am 10. Dezember werden die Vertreter von rund 190 Staaten der Welt, also fast aller, im marokkanischen Marrakesch ein Dokument unterzeichnen, das den Titel trägt: "Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration".

Daß unter den Staaten, die ihre Zustimmung bereits bekundet haben, auch Deutschland zu finden ich, kann nicht verwundern.

Schließlich darf sich Kanzlerin Angela Merkel schmeicheln, durch ihre Grenzöffnung für jedermann im Jahre 2015 die Blaupause für den Pakt der UN geliefert zu haben. Was Merkel vor drei Jahren gegen deutsches Recht und Gesetz gemacht hat, soll nun rückwirkend durch UN-Beschluß die Weihen der Rechtlichkeit erhalten. Man darf getrost unterstellen, daß damals die deutsche Grenzöffnung in der Führungsetage der UN mit Wohlgefallen, aber wahrscheinlich ohne große Überraschung beobachtet worden ist. Sie war Merkels persönlicher Beitrag zur Globalisierung, und daß nun darauf die Dokumentierung von Marrakesch folgt, darf man in engem Zusammenhang und nicht als Zufall sehen.

Ein Unterschied zwischen 2015 und dem 10. Dezember 2018 allerdings ist vorhanden. Während die damalige Grenzöffnung als spontane, philanthropische Entscheidung der Kanzlerin dargestellt wurde, trägt der Pakt der UN alle Kennzeichen einer durchdachten Strategie. Das beginnt mit dem Titel des Werks. Da ist die Rede von einer "sicheren, geordneten und regulären Migration". Das heißt nichts anderes, als daß allen Immigranten die Schwierigkeiten und Fährnisse, die ihnen begegnen könnten, aus dem Weg geräumt werden, daß dafür ein System eingerichtet wird, daß für die versprochene Ordnung sorgt, und daß ein Recht auf Immigration gesetzt wird.

Tatsächlich beruft sich der Pakt bereits in der Präambel auf die Menschenrechte sowie eine Vielzahl weiterer internationaler Abkommen, zum Teil solcher, die mit dem Problem gar nichts zu tun haben, wobei den Ansprüchen von Immigranten das Gewicht eines Grundrechts zugesprochen wird. Dazu wird allen Immigranten, das heißt also jedem, der in ein fremdes Land zuwandern will, das Recht der Aufnahme eingeräumt, einschließlich des Zugangs zu den sozialen Einrichtungen des betreffenden Landes. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, auf jede Kontrolle zu verzichten.

Beschrieben wird das wörtlich: "Der Global Compact basiert auf internationalen Menschenrechtsnormen und unterstützt die Prinzipien der Nicht-Regression (Nicht-Zurückweisung) und Nichtdiskriminierung. Mit der Implementierung des Global Compact haben wir die Gewährleistung der wirksamen Beachtung des Schutzes und der Erfüllung der Menschenrechte aller Migranten, unabhängig von ihrem Status, in allen Phasen des Migrationszyklus."

Der unscheinbare Einschub "unabhängig von ihrem Status" bedeutet nichts anderes, als daß auch Wirtschaftsflüchtlinge der Vorteile von politisch Verfolgten, die Asylrecht beanspruchen können, teilhaft werden. Wer keine Dokumente vorweisen kann, erhält neue. Die Staaten werden des Rechts beraubt, ihre Grenzen zu sichern. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Aufhebung der Souveränität der Staaten getan.

Die Autoren des Textes bezeichnen die globale Migration als "Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung". Tatsächlich dürfte diese Regelung dazu führen,

daß aus den ärmeren Ländern der Welt so lange Wirtschaftsflüchtlinge in die reicheren ziehen, bis sich der Unterschied ausgeglichen hat, das heißt konkret, bis in Europa solche Zustände herrschen wie heute in den meisten Ländern Afrikas und somit der Anreiz zur Immigration wegfällt. Vorerst aber werden nach dem UN-Pakt Immigranten aller Art als besonders schützenswerte Personengruppe betrachtet.

Diese Auffassung scheint in zwei der klassischen Einwanderungsländer auf grundsätzlichen Widerstand zu stoßen, in den USA und Australien. Sie haben bereits bekundet, daß sie dem Pakt nicht beitreten werden. Auch Ungarn hat angekündigt, seine Unterschrift zu verweigern. In Österreich, Polen und Dänemark ist noch keine Entscheidung gefallen. Daß Widerspruch in Industrieländern und nur in solchen laut wird, bestärkt die Befürchtung, daß diese durch den Pakt Ziel regelloser Ausbeutung werden sollen.

Um aber zu verhindern, daß noch weitere Abweichler auftauchen, erklären die Autoren, daß der Pakt rechtlich nicht bindend sei. Das allerdings ist äußerst zweifelhaft, nicht nur wegen der wiederholten Formulierung "wir verpflichten uns ..." Vor allem der Konnex mit den Allgemeinen Menschenrechten stellt eine Bindungswirkung her, der einen Verstoß gegen den angeblich unverbindlichen Pakt mit einem Bruch der Menschenrechte gleichsetzt.

Jedenfalls wird sich kaum ein Land der Gefahr aussetzen wollen, vor den anderen als Unhold dazustehen. Es ist ja gerade diese Furcht, die viele dazu bewegt, überhaupt ihre Zustimmung zu dem Pakt zu geben. Daß die vielen Länder, die unter dem Wohlstandsdurchschnitt der Welt leben, den Pakt befürworten, liegt auf der Hand. Für sie, respektive manche ihrer Bürger, ist er nur von Vorteil, wenigstens vordergründig.

Durch Überbeanspruchung büßt nämlich jedes Sozialsystem seine Leistungsfähigkeit ein, wie das Beispiel Schweden zeigt, wo man lange gemeint hat, Ideologie sei stärker als die Wirklichkeit. Nun hat die Zuwanderung die Schweden von diesem Irrtum geheilt, und auch noch von einem zweiten, nämlich daß man Probleme wie die Zuwanderung allein mit Geld bewältigen könne. Dabei ist langfristig die Belastung durch kulturelle Verwerfungen erheblich größer als wirtschaftliche Schwierigkeiten. Nicht zuletzt die Entwicklung der Kriminalität zeigt das.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. November 2018 über den Ersten Weltkrieg: >>Ein kaltherziger Frieden

11. November 1918: Der Krieg war zu Ende, die alte Ordnung auch

Christian Rudolf

Man spricht vom Ersten Weltkrieg als der Urkatastrophe des an Katastrophen überreichen 20. Jahrhunderts. Und das mit Recht: Viel nachfolgendes Unheil nahm hier seinen Ausgang. Als vor hundert Jahren die Waffen schwiegen, waren die Feindseligkeiten noch lange nicht vorbei, die "Welt von gestern" (Stefan Zweig) aber unwiderruflich vorüber.

Zurück blieben am Grauen des Gemetzels irre gewordene Seelen, Waisen und Verstümmelte in großer Not. Mit der Abdankung der Monarchen war es mit dem Gottesgnadentum ein für allemal vorbei, doch die neue republikanische Ordnung hatte lange wenig Freunde. Der Nationalismus der kleinen Völker triumphierte und mündete in Gründungen neuer Republiken. Deutschland mußte große Gebiete abtreten (Elsaß-Lothringen, Westpreußen u. a.).

Demütigung und Unterdrückung durch den Versailler Vertrag forderten den Wunsch nach Revision heraus. Das von US-Präsident Wilson hehr verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde aus machtpolitischem Kalkül den Deutsch-Österreichern und den Sudetendeutschen vorenthalten; daß es den arabischen Völkern verweigert wurde, schwelt als Nahostkonflikt noch heute.

Zahl der kämpfenden Soldaten: Mittelmächte: 24,4 Millionen, darunter Deutsches Reich: 13,2 Mio.

Entente: mehr als 41,8 Mio.

Weltweit standen mehr als 66 Millionen Mann unter Waffen

Kriegsernährung

Hunger und Mangel beherrschten den Alltag der deutschen Zivilbevölkerung. Das Reich war stark von Lebensmittelimporten abhängig, das britische Handelsembargo und die Seehandelsblockade trafen deshalb hart. Arbeitskräfte und Zugpferde fehlten, die Agrarproduktion schrumpfte um bis zu 25 Prozent. Die Industrie erfand Lebensmittelsurrogate, Konrad Adenauer ließ "Kölner Brot" aus Graupen und Maismehl backen.

Die Steckrübe, zur Schweinemast gedacht, wurde im eisigen "Kohlrübenwinter" 1916/17 Hauptnahrungsmittel des Volkes. Im Sommer 1917 lebten die meisten von weniger als 1.000 Kalorien und zehn Gramm Fett am Tag. Die Ziviltoten des Krieges gehen überwiegend auf Hunger zurück. Aus jener Zeit stammt der Topos, daß die "hartherzigen" Bauern auf den Dörfern nichts hergeben.

Kampf mit Maschinen

Der Kriegsbegeisterung ("August-Erlebnis") folgte rasch Ernüchterung angesichts der gegenüber 1870/71 völlig gewandelten Realität des Krieges: Statt idealisiertem fairen Kampf sahen sich die Soldaten unaufhörlichem Trommelfeuer in den Materialschlachten ausgesetzt. Artilleriebeschuß im Stellungskrieg zwischen Kanalküste und Schweizer Grenze forderte fast die Hälfte aller Kriegstoten. Der schützende Stahlhelm gehörte erst ab 1916 zur Standardausrüstung. Neuartige Waffen wie Maschinengewehre, Giftgas, Panzer, Luftminen und Beschuß von Flugzeugen führten zu nie dagewesenen Verstümmelungen und Traumata.

Erste und letzte Gefallene

Der Kavallerist Paul Grun fiel mit 21 Jahren als erster Deutscher an der Ostfront. Am Sonntag, dem 2. August 1914, geriet seine Patrouille in Russisch-Polen in einen Hinterhalt von Kosaken. Grun verstarb zwischen 8.45 und 10 Uhr.

Erster deutscher Toter im Westen ist der Kavallerieleutnant Albert Mayer. Der 22 Jahre junge Mann fiel um 9.59 Uhr des 2. Augusts östlich des Dorfes Joncherey bei einem Feuergefecht seiner Patrouille mit einem französischen Vorposten.

Den Stuttgarter Leutnant Erwin Alexander Thomä ereilte noch am 11. November 1918 eine halbe Stunde nach Inkrafttreten des Waffenstillstands eine feindliche Kugel. Die Kunde vom Schweigen der Waffen war noch nicht überall hin durchgedrungen.

Zahl der Gefallenen:

Weltweit etwa 9 Millionen Deutsches Reich: 2 Millionen (15 Prozent der Soldaten)

Zivile Tote: Weltweit etwa 6 Millionen, darunter Deutsches Reich: 700.000 Kriegsinvaliden im Deutschen Reich: insgesamt mindestens 90.000, nach anderen Quellen 2,7 Millionen körperlich und seelisch Schwerverletzte 1,2 Millionen Kriegswaisen 533.000 Kriegerwitwen.

Kriegsziel: Sicherheit

Von den deutschen Kriegszielen, wie sie in der Mitteleuropa-Idee des (in der Forschung umstrittenen) Septemberprogramms von Kanzler Bethmann Hollweg 1914 anklingen - Deutschland umgeben von einem Ring durch Zoll- und Wirtschaftsverbund abhängiger Staaten -, war 1918 nichts mehr übrig. Aus dem unter der Kontrolle der Mittelmächte stehenden Regentschaftskönigreich Polen ging am 11. November ein unabhängiger, Deutschland feindlich gesonnener polnischer Staat hervor.

1914, 28. Juni: Attentat von Sarajevo

Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand durch serbische Nationalisten (Bild 1.). Julikrise: Österreich-Ungarn stellt Serbien ein Ultimatum, dem Belgrad nicht bedingungslos nachkommt. 28. Juli: Kriegserklärung Wiens an Serbien. 29.-31. Juli: Russische Mobilmachung.

1914, 1. August: Deutsche Generalmobilmachung

Durch wechselseitige Bündnisverpflichtungen eskaliert ein lokaler Konflikt zu einem weltum-

spannenden Krieg.

1914, November - 1918, März: Stellungskrieg an der Westfront

Außer 1914 in Ostpreußen (russischer Einfall) und dem Elsaß finden Kämpfe nicht auf Reichsterritorium statt. Materialschlachten zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien an der Somme (1916), um Verdun (1916) und in Flandern, Isonzoschlachten zwischen Italien und Österreich-Ungarn (1915-1917).

1917, 6. April: Die USA erklären dem Deutschen Reich den Krieg

1917, 7. November: Oktober-revolution in Rußland

1918, 3. März: Frieden von Brest-Litowsk

Das revolutionäre Rußland scheidet aus dem Krieg aus und tritt Polen, das Baltikum (16. Februar Litauen unabhängig), Finnland und die Ukraine ab.

1918, 21. März: Deutsche Frühjahrsoffensive an der Westfront

18. Juli: Gegenoffensive der Alliierten; 29. September: Die Oberste Heeresleitung fordert Waffenstillstandsverhandlungen

1918, 9. November: Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann und wenig später durch Karl Liebknecht ("Sozialistische Republik") in Berlin; Kaiser Wilhelm II. flieht in die neutralen Niederlande; Friedrich Ebert (SPD) wird Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten (10.11.).

1918, 11. November: Waffenstillstand von Compiègne

Matthias Erzberger (Zentrum) unterzeichnet für das Reich die De-facto-Kapitulation mit von den Alliierten diktierten harten Bedingungen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. November 2018 (x887/...): >>Mist, aufgefliegen

Wie die Ösis Berlins Pläne durchkreuzen, warum Ausländer Rassisten sind, und wieso wir den Italienern eins überziehen müssen

Der satirische Wochenrückblick mit *Hans Heckel*

Das ist wirklich ärgerlich. Geplant war, den "Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" still und heimlich unterm Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit ins Ziel zu schmuggeln. Bloß keine Debatte! Die könnte ja Fragen aufwerfen, die man nur ausweichend beantworten kann, um die Katze im Sack zu behalten.

Nun liegt dieser gerissene Plan in Trümmern. Es waren, wen darf das noch wundern, mal wieder diese verschlagenen Österreicher. Die haben den Stöpsel gezogen und eine Flut unangenehmer Fragen in die deutsche Öffentlichkeit gespült.

Zuvor hatten sich zwar schon die USA und Australien von dem "Migrationspakt" losgesagt, der am 10. Dezember im marokkanischen Marrakesch unterzeichnet werden soll. Es folgte Ungarn, und auch in Polen, Tschechien Dänemark, Kroatien, Slowenien und der Schweiz wachsen die Bedenken. Aber wer sind die schon? Alles Rechtspopulisten!

Österreich ist komplizierter - zwar auch irgendwie rechtspopulistisch, aber Sebastian Kurz, der Kanzler in Wien, gilt immer noch als Schwesterpartei der deutschen CDU/CSU, was Ungarns Viktor Orbán höchstens der Form nach noch ist.

Erst als Kurz den Pakt absagte, wurde Berlin wirklich nervös. Dieser Tage wurde es sogar ersten CDU-Politikern zu heiß. CDU-Innenexperte Marian Wendt will, daß die Bundesregierung den Pakt nicht unterzeichnet. Er fordert statt dessen eine "sachliche Debatte". Eine sachliche Debatte, mal ganz was Neues. Für diesen gewagten Vorstoß bringt er immerhin die beste aller Begründungen vor: Weil sonst die Rechtspopulisten den Ton in der Debatte vorgeben. Soll wohl heißen: Wenn die "Rechten" die Angelegenheit nicht öffentlich gemacht hätten, würde man natürlich kein Wort darüber verlieren.

Das Außenamt unter Heiko Maas will gegen "Falschbehauptungen" über den Pakt ins Feld ziehen. Eine solche Falschbehauptung sei, daß der Vertrag zu irgendwas verpflichte. Nun ja,

pingelige Textauswerter haben den Text untersucht und 87 Mal die Wörter "verpflichten" oder "Verpflichtung" aufgestöbert. Was Heiko Maas noch lange nicht dazu verpflichtet, irgendwelche Verpflichtungen zuzugeben. Und im Grunde hat er sogar recht. Der UN-Migrationspakt ist mehr so eine Art Rutschbahn, auf der die Staaten Europas und Nordamerikas ganz langsam in die besagte Verpflichtung zur massenhaften Aufnahme von wem auch immer ganz langsam hineinschlittern sollen.

Was ist das große Ziel? Das hat der verstorbene frühere UN-Migrationsbeauftragte Peter Sutherland schon vor Jahren ausgeplaudert: Die nationalen Kulturen Europas sollen überwunden, also quasi ausgehöhlt und eingeebnet werden (die PAZ berichtete). Da das nicht alle gern hören, hat man die Schleichweg-Route mit dem Migrationspakt gewählt.

Entscheidend wird sein, die "sachliche Debatte" von kritischen Einwänden freizuhalten. Da sind wir auf einem guten Weg. Laut dem Gutachten des Staatsrechtlers Dietrich Murswiek für die AfD kann schon die Verwendung des Wortes "Überfremdung" dazu führen, daß einem verfassungsfeindliche Bestrebungen untergejubelt werden. Seien Sie also bloß vorsichtig, was sie laut denken, wenn Sie auf dem Marsch durch Ihren Stadtteil selbst nach 300 Metern noch kein einziges deutsches Wort gehört haben.

Murswiek ist bewußt übervorsichtig. Könnte also durchaus passieren, daß "Überfremdung" doch noch durchgeht. Wenn dem so ist, muß das aber nicht so bleiben. Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen ist ja nun endlich weg. Hoffen wir, daß jemand auf seinen Posten kommt, der die gebotene Strenge im Umgang mit abweichenden Einschätzungen der Lage aufbringt. Dann ist jedenfalls Schluß mit dem "Überfremdungs-Gerede", dann gibt's nur noch Bereicherung, Buntheit und Vielfalt. Oder die ewige Verdammnis.

Es könnte alles ganz herrlich werden nach der endgültigen Austilgung der Falschdenker. Leider lassen unsere schlimmsten Feinde im Kampf gegen den allgegenwärtigen Rassismus einfach nicht locker. Wer diese Feinde sind, wissen wir ja: die Ausländer!

Ob Amis oder Ungarn, Polen oder Tschechen, Russen oder Italiener, Kroaten oder Dänen – wo's undeutsch zugeht, tanzen sie aus der Multikulti-Reihe. Wann sehen diese widerspenstigen Völkchen endlich ein, daß nur wir recht haben und sie uns gefälligst folgen müssen?

Von ihrem schändlichen Kurs lassen sie sich nicht einmal von den frommen Aktivitäten der weltumspannenden Nichtregierungsorganisationen zur Förderung der Massenwanderung abbringen. In Mittelamerika begleitet die Gruppierung "Pueblo sin Fronteras" (PSF) recht eifrig die sogenannte "Karawane" von Emigranten, die durch Mexiko Richtung USA unterwegs ist. PSF bestreitet mit Inbrunst, von Stiftungen des US-Milliardärs George Soros unterstützt zu werden.

Soros ist Unterstützer der Demokraten und es ist doch ein günstiger Zufall, daß die "Karawane" pünktlich zu den US-Kongreßwahlen in die Schlagzeilen ploppte. Das mußte US-Präsident Trump und seine Republikaner wegen ihrer Grenzkontroll-Politik ja notwendigerweise wie Unmenschen aussehen lassen. Selbstverständlich wurden auch die US-Medien mit jenen Bildern armer Emigrantenkinder überschwemmt, welche wir Deutsche noch von 2015 kennen.

Doch irgendwas ist schiefgegangen. Viele Amis haben ganz anders reagiert als erhofft. Natürlich hatten sie Mitleid mit den Leuten da unten. Dennoch waren viel zu viele US-Bürger froh, daß sie Grenzkontrollen haben, deren Sinn ihnen angesichts des Massenzuges wieder sichtbar wurde. So war das nicht gedacht, eine klassische propagandistische Fehlzündung. PSF ringt um den Eindruck, nur humanitär unterwegs zu sein und keinen politisch-ideologischen Stoßtrupp darzustellen, wie die Trumpisten behaupten.

Der Name der PSF lautet ins Deutsche übersetzt indes "Volk ohne Grenzen", was schon heftig auf Weltanschauung (nach dem Motto: Alle Grenzen abschaffen, "no borders, no nations",

"Kein Mensch ist illegal" und so weiter) schließen läßt. Waren die armen Leute, die da auf Wanderung gegangen sind, angelocktes Kanonenfutter für eine politische Wahlkampf-Kampagne?

Pfui! Damit so etwas nicht einmal gedacht werden kann, muß der Kampf gegen "Haßreden" noch sehr viel schärfer geführt werden. Nur, was nützt unsere deutsche Standfestigkeit, wenn die Ausländer da draußen immer frecher aus der Reihe tanzen?

So fangen die Italiener (ja, die schon wieder) an, ernsthaft Probleme zu machen. Die haben offenbar die Nase voll vom Euro-Diktat, sie wollen nicht einsehen, daß Massenarbeitslosigkeit, eine in weiten Teilen verwüstete Industrie und unerfüllbare Auflagen nur beweisen, wie sehr die einfachen Italiener von der Gemeinschaftswährung profitiert haben. Statt dessen wächst in ihnen der populistische Ungeist empor, daß eine eigene Währung, die man notfalls abwerten kann, sie flexibler machen würde im Wettbewerb auf dem Weltmarkt.

Aus Rom dringt nunmehr die düstere Kunde, daß sich das Land darauf vorbereite, eine Art nationale Zweitwährung neben den Euro zu stellen. Die würde logischerweise dem Zweck dienen, den schrittweisen Totalausstieg aus dem "Jahrhundertprojekt" einzuleiten.

Da können wir nur hoffen, daß die Euro-Zone nach Ablauf des Ultimatums an Rom nächste Woche härteste Maßnahmen beschließt. Zum Glück haben wir mit Heiko Maas einen Außenminister, der schon als Justizminister gezeigt hat, daß er mit politischen Abweichlern keine Gnade kennt. Der sozialdemokratische Chefdiplomat der Bundesrepublik wird im Ringen mit Rom dafür sorgen, daß das Ansehen und die Beliebtheit Deutschlands völlig neue Höhen erklimmen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. November 2018: >>**Die Urkatastrophe**

von *Thorsten Hinz*

Der November 1918 bescherte den Deutschen die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die Revolution. Er markierte ein Ende und zugleich den Übergang in einen Latenzzustand, der noch hundert Jahre danach sein beunruhigendes Potential freisetzt. Um die Bedeutung und Dimension des Endes zu erschließen, muß man über den Kriegsausbruch 1914 hinaus wenigstens bis zur Reichsgründung 1871 zurückgehen.

Bis zu dem Zeitpunkt waren die deutschen Kleinstaaten und selbst Preußen als die kleinste unter den europäischen Großmächten vor allem Durchmarschgebiet, Manövriermasse, jedenfalls Objekte im europäischen Mächtespiel gewesen. Nun lebten die Deutschen im mächtigsten Land Europas, das allerdings aus geographischen, geschichtlichen und politischen Gründen permanent gefährdet war. Dieser Konflikt bildete den Ausgangspunkt für Bismarcks ausgleichende Politik, während die meisten Deutschen den rasanten Aufstieg, den das Deutsche Reich in der Wirtschaft, der Wissenschaft und dem Geistesleben nahm, für selbstverständlich und den Garanten seiner selbst hielten.

Das illusorische Gefühl der Unangreifbarkeit zeigte sich in der Erwartung eines heute vergessenen Historikers, der nächste Krieg würde "das rechte Exempel werden auf die Echtheit unserer Macht, auf die Zukunft unserer Kultur". Dieses Exempel war im November 1918 mit Aplomb gescheitert. Die deutsche Staatskunst in Berlin hatte nicht verhindern können, daß Deutschland von der halben Welt als Feind bekämpft wurde. Die Nation wurde brutal auf die Einsicht gestoßen, wie fragil der Erfolg und der Bestand ihres Nationalstaates waren.

Max Weber tobte vor Zorn

Die Reaktionen waren gespalten. Max Weber geriet außer sich vor Zorn über ein "Literatenvolk", das sich in Bezeichnungen einer deutschen "Kriegsschuld" erging und den unveröhnlichen Kriegsgegnern als Kronzeuge anbot. Die Niederlage, schrieb er im Januar 1919, mußte für diese Leute unbedingt die Folge einer Schuld sein, "dann nur entsprach sie jener 'Weltordnung', welche alle solche schwachen, dem Antlitz der Wirklichkeit nicht gewachse-

nen Naturen allein ertragen".

Weber skizzierte hier den Typus des Unpolitischen, der die Politik aus einer rein idealistischen Perspektive betrachtet und damit verkennt. Die Neigung, politischen Herausforderungen durch moralische Selbstanklagen, den Nachweis eigener Harmlosigkeit und durch exzessive Nachgiebigkeit zu begegnen, ist bis heute eine verbreitete deutsche Eigenschaft.

Ergänzend wies der Sozialpsychologe Kurt Baschwitz auf die Wirksamkeit des "Spiegelgedankens" hin. Als die alliierte Kriegspropaganda von abgehackten belgischen Kinderhänden berichtete, projizierte sie die Praxis der belgischen Kolonialtruppen im Kongo auf Deutschland. Gleichzeitig dienten solche Greuelberichte der moralischen Selbstentlastung angesichts der über Deutschland verhängten Hungerblockade, die tatsächlich Hunderttausende deutsche Kinder Leben und Gesundheit kostete. Trotzdem waren solche Spiegelprojektionen so übermächtig - und war die deutsche Gegenpropaganda derart hilflos -, daß sie sogar bei vielen Deutschen auf Resonanz stießen.

Die Folge in der Weimarer Republik war die unversöhnliche Konfrontation zwischen Linken und Rechten, zwischen "Novemberverbrechern" und "Kriegsverbrechern", zwischen erbitterten Stahlhelmen und "Soldaten sind Mörder-Skandierern", zwischen kosmopolitischen Überzeugungstätern, die sich lieber mit dem revolutionären Rußland oder den idealisierten westlichen Demokratien identifizierten, und den zunehmend aggressiven Nationalisten. Einen nationalen Konsens für ein Gefallenen-Gedenken gab es nicht.

Es war eine europäisch-abendländische Niederlage

Diesen nach innen und außen unerträglichen Zustand hätte man nur durch eine länderübergreifende "Staatsklugheit" (Baschwitz) überwinden können. Der braune Zampano aber, der 1933 die Macht ergriff, führte die innere Befriedung dadurch herbei, daß er das Pazifisten-Lager kurzerhand mit Gewalt zum Schweigen brachte. Um die Position Deutschlands im internationalen Gefüge wirklich unangreifbar zu machen, ging er mit Kontrahenten und Kriegsgegnern in einer Weise um, die jenem Horrorbild entsprach, das die Alliierten im Ersten Weltkrieg fälschlich von den Deutschen gezeichnet hatten. 1945 erschien die Propaganda von damals als eine hellsichtige Prophezeiung und damit gerechtfertigt.

Entsprechend frißt die manische Vergangenheitsbewältigung, die zunächst dem NS-Jahzwölf galt, sich immer tiefer in die deutsche Geschichte ein. Der Erste Weltkrieg ist heute in der kollektiven Erinnerung weitgehend in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs eingeschmolzen und gilt als zu Recht verloren. Bei den französischen Gedenkfeiern am 11. November 2009 übertrug Kanzlerin Merkel die deutschen Bußformeln, die dem Gedenken an die NS-Zeit vorbehalten sind, unbekümmert auf das Jahr 1918.

Aufmerksame Zeitgenossen bemerkten damals schon, daß die europäischen Gewinner des Krieges genauso in den Abgrund gezogen wurden wie die unterlegenen Mittelmächte. Besonders eindrücklich hat Oswald Spengler formuliert, daß die deutsche in Wahrheit eine europäisch-abendländische Niederlage war.

Indem die Nachbarländer Deutschlands sogar Hilfstruppen aus Afrika und Asien mobilisierten, um das Herzland des eigenen Kontinents zu erstürmen, hätten die europäischen Völker die Achtung der anderen verspielt und seien "von ihrem einstigen Rang herabgestiegen. Sie verhandeln heute, wo sie gestern befahlen, und werden morgen schmeicheln müssen, um verhandeln zu dürfen. Sie haben das Bewußtsein der Selbstverständlichkeit ihrer Macht verloren und merken es nicht einmal." Heute wird Wirklichkeit, was vor hundert Jahren als Flammenschrift an der Wand erschien.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 12. November 2018 (x1.000/...): >>"Medienstaatsvertrag" - Zensur freier Medien?

... Der Buchautor und freie Medienschaffende Heiko Schrang machte in einer Sendung am 27. August 2018 auf ein Thema aufmerksam, von dem bisher kaum jemand etwas mitbekom-

men hatte. Selbst viele seiner Berufskollegen mit sehr großen YouTube-Kanälen wußten nicht Bescheid. Worum geht es? Es geht um den sogenannten Rundfunkstaatsvertrag, der letztendlich die Zwangsgebühren, also den "ARD-, ZDF-, Deutschlandradio-Beitragservice" - ehemals GEZ-Gebühren - regelt.

Dieser soll neu aufgesetzt werden und dann Medienstaatsvertrag heißen. Das plant die deutsche Bundesregierung für das Ende des Jahres 2018. Laut einem aktuellen Entwurf des Medienstaatsvertrages wird der Begriff des Rundfunkanbieters in §2 Absatz 1 völlig neu definiert. Nach der neuen Definition ist ein Rundfunkanbieter, wer regelmäßig mehr als 5.000 Zuschauer gleichzeitig erreicht und journalistisch-redaktionelle Inhalte anbietet.

Nach dieser Definition wären fast alle freien alternativen Anbieter, die im Internet (z.B. auf YouTube) ihre Sendungen verbreiten, Rundfunkanbieter. Sie müßten dann eine Rundfunklizenz beantragen, die von den Landesmedienanstalten vergeben und überwacht würde. Außerdem müßten sie formale Kriterien erfüllen und jährlich Berichte abgeben. Allein die bürokratischen Anforderungen wären enorm.

Hinzu kämen die Kosten, z.B. für den Antrag und die Berichte. Die Direktorin der Bremer Landesmedienanstalt und Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, Cornelia Holsten sagte, der Medienstaatsvertrag solle vor allem die großen amerikanischen Anbieter wie Google oder YouTube regulieren. Die "NachDenkSeiten" vom 24. August 2018 schreiben allerdings dazu: "Kritische Webseiten sollten durch das neue Gesetz mutmaßlich gezwungen werden, eine Rundfunklizenz zu beantragen. ...

Eine Zulassung kann man immer auch verweigern, eine Zensur durch die Hintertür ... wäre die Folge." So könnte der neue Medienstaatsvertrag in Kürze, begründet mit der Regulierung von Großkonzernen wie Google und Co, zur potentiellen Zensur aller freien Berichtersteller führen. Und das mit verheerenden Folgen für die Meinungsfreiheit. Heiko Schrang hat dies folgendermaßen zusammengefaßt: "Noch nicht einmal in China gibt es so was, und nicht in Rußland und nicht in Nord-Korea. ... Es gibt kein Land auf der Welt, wo mehr zensiert wird, wo mehr verboten wird als in diesem so tollen demokratischen Deutschland."<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 13. November 2018: >>>**Soziale Gerechtigkeit: Die da oben, wir da unten**

Woran krankt die Gesellschaft - am Neoliberalismus und der Diktatur der Eliten? ...

Von *Tanjev Schultz*

... Wie groß die Gefahr ist, bei solch einer Radikalisierung abzudriften in krude Bescheidwissererei, zeigt das Buch von Rainer Mausfeld. Der emeritierte Kieler Psychologie-Professor führt den Bürgern die Techniken der Manipulation vor Augen, die sie angeblich zum Stummsein verdammen. Für Mausfeld wird das Publikum beherrscht von "einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird". Manipuliert von neoliberalen Eliten und sediert von ungeordneten Informationen und dummer Unterhaltung, schweigen die Lämmer.

Die freie Presse und die liberale Demokratie sind in dieser einfachen Sicht auf die Welt weitgehend Lug und Trug; und man müßte nur ein paar Vokabeln von links nach rechts drehen, und schon könnten auch Trump oder die "Lügenpresse-Krakeeler" der Analyse gut folgen. Daß in der angeblich so neoliberal dominierten Presse über die Steuerflucht der Reichen ausgiebig debattiert wird oder Recherchen wie die "*Panama Papers*" möglich sind - für Mausfeld offenbar egal.

Er vertritt eher schematische Wahrheiten, zum Beispiel die, daß das Völkerrecht sich zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt habe. Solche Sätze sind schnell geschrieben und schnell beklatscht, deshalb aber noch lange nicht wahr. Jedenfalls werden sie der Komplexität im Ringen um Fortschritte in der Weltgemeinschaft nicht gerecht.

Ein bißchen Adorno, ein bißchen Noam Chomsky - fertig ist das Buch für linke Wut-

bürger

Das Buch ist auch nicht besonders originell. Es baut auf einer radikalen Demokratietheorie auf, mischt sie mit den Denkfiguren des alten Adorno und des im Laufe der Jahre immer zorniger und paranoider werdenden Noam Chomsky - und fertig ist ein Buch für den linken Wutbürger. In dessen Weltbild wünschen sich die "herrschenden Eliten" angeblich eine bloße "Zuschauerdemokratie" mit lethargischen Bürgern.

Wirklich? Wer sich umhört bei den "Eliten" wird auf sehr viele treffen, die ein hohes Lied auf zivilgesellschaftliches Engagement singen und sich wünschen, daß die Menschen wählen gehen, daß sie in Parteien und Vereinen aktiv werden und sogar ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen. Aber bestimmt steckt dahinter nur eine neoliberale Finte ...

Der Neoliberalismus ist für Mausfeld "weltweit der größte Feind von Demokratie". Das ist angesichts brutaler Diktaturen eine verwegene These, aber damit nicht genug: In offenbar zustimmender Absicht bringt das Buch ein Zitat, demzufolge die neoliberale Wirtschaftsordnung in einem Jahr locker so viele Menschen umbringe wie der deutsche Faschismus in sechs Jahren. Wer so halbseiden - man könnte auch sagen: infam - argumentiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm nur ein paar eingefleischte Schafe folgen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. November 2018 (x887/...): >>>Ist der GCP wirklich verbindlich?

Warum der Globale Migrationspakt der UN in seinem Wirkungspotential nicht unterschätzt werden sollte

Während die Kritik an dem Globalen Migrationspakt der UN mit dem nahenden Unterzeichnungstermin am 11. Dezember ständig anschwillt und die Zahl der nicht unterzeichnungswilligen Staaten wächst, bemüht sich die Bundesregierung, beschwichtigend zu erklären, daß der Pakt kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag sei und auch nicht in die souveränen Rechte der Mitgliedstaaten eingreifen werde. Hat sie Recht?

Es gibt eine Reihe von äußeren Merkmalen, welche die Vermutung nahelegen könnten, daß der sogenannte Globale Pakt für sichere, geordnete und geregelte Migration (GCM, Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration) künftig völkerrechtlich verbindlich sein wird. Dafür würde die Bezeichnung als Pakt ebenso sprechen wie die zahlreichen auf einen Vertrag hindeutenden Formulierungen mit detaillierten Verpflichtungserklärungen oder die wiederholte Berufung auf Menschenrechtsübereinkommen und die UN-Charta. Es geht jedoch weder um den Titel des Dokuments noch um einzelne Formulierungen.

Die entscheidende Frage ist aus völkerrechtlicher Sicht, ob die Teilnehmerstaaten die Absicht haben, mit diesem Dokument für sich eine völkerrechtliche Verbindlichkeit zu erzeugen. Das ist nicht der Fall, weil dies im Text ausdrücklich verneint wird. Dort heißt es in Paragraph 7, "der Globale Pakt stellt einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen" dar. So wird dieser außerrechtlichen Abmachung nach ihrer Annahme durch die Staats- und Regierungschefs demnach keine völkerrechtliche Verbindlichkeit zukommen.

Das bedeutet vor allem, daß im Falle der Verletzung einzelner Regelungen keine völkerrechtlichen Sanktionen folgen und auch die Anrufung eines internationalen Gerichts nicht möglich ist. Man wird nur von einer politisch-moralischen Bindung sprechen können, die schwächer als die völkerrechtliche ist.

Und dennoch sind derartige Dokumente, die einstimmig oder von einer großen Mehrheit der Staatengemeinschaft auch ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit angenommen worden sind, in ihrem Wirkungspotential nicht zu unterschätzen. Sie können - wie die internationale Praxis zeigt - auf verschiedenen Wegen eine Eigendynamik entwickeln, die nach einer gewissen Zeit in der völkerrechtlichen Verbindlichkeit mündet. Das gilt allerdings nicht für jene Staaten, die sich der Annahme oder Unterzeichnung widersetzt haben.

Die Bundesrepublik Deutschland würde sich also als Unterzeichnerstaat dieser Dynamik nur

schwer entziehen können. Die möglichen Wege dorthin sind vielfältig. So könnte der Globale Pakt zunächst eine Vorstufe, also eine Art "Testlauf" sein, um bei positiver Resonanz als völkerrechtlicher Vertrag zur Unterzeichnung und Ratifikation aufgelegt zu werden. Beispielsweise wurde die Anti-Rassismus-Deklaration der UN von 1963 schon 1966 in die völkerrechtlich verbindliche Anti-Rassismus-Konvention überführt.

Ein anderer Weg wäre, daß der vorliegende Pakt nach einigen Jahren ganz oder in Teilen zu Völkergewohnheitsrecht wird, indem die Teilnehmerstaaten die darin enthaltenen Regelungen als Recht behandeln. Schließlich zeigt das Beispiel der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975, daß auch ein Dokument mit "nur" moralischer Verbindlichkeit eine außerordentlich hohe Bedeutung mit politischer Sprengkraft erlangen kann.

Der Pakt behandelt die Immigration als einen schicksalhaft unvermeidbaren Vorgang, zu dessen Regulierung (nicht Verhinderung) nur an einigen Stellschrauben zu drehen sei. In Wirklichkeit verlangt seine Umsetzung von den europäischen Zielstaaten letztlich den Verzicht auf wesentliche souveräne Rechte. Denn die massenhafte Aufnahme von Wirtschaftsimmigranten, die unter dem Vorwand des Asylbegehrens ins Land kommen und regelmäßig mangels Identitätsfeststellung nicht mehr zurückgeführt werden können, wird im Ergebnis auf einen Bevölkerungsaustausch hinauslaufen.

Entgegen der im Pakt enthaltenen Feststellung, Nutznießer der Immigration seien gleichermaßen die Ausgangs- und die Zielstaaten der Migration, sind die Rechte und Pflichten darin sehr ungleich zu Lasten der westlichen Industriestaaten verteilt.

Während die Zielstaaten des Nordens mit konkreten Pflichten überhäuft, beispielsweise dazu verpflichtet werden, den Immigranten erleichterten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen, zum Arbeitsmarkt sowie zu anderen nationalen Einrichtungen zu gewähren, werden die Mißstände, die in den Ausgangsstaaten die Ursachen für das Verlassen des Landes sind, wie die schlechte Regierungsführung (bad governance), die weitverbreitete Korruption oder das niedrige Bildungsniveau als Hauptgrund für die Bevölkerungsexplosion nicht angesprochen und deren Beseitigung auch nicht angemahnt.

So sind die Ausgangsstaaten der Immigration per saldo die Gewinner des Pakts. Da sie zudem eine komfortable Zweidrittelstimmenmehrheit in der UN haben, dürften sie ein lebhaftes Interesse daran haben, kraft dieser Mehrheit bald auf die völkerrechtliche Verbindlichkeit hinzuwirken, um dann die Zielstaaten des Nordens im Falle der Nichteinhaltung mit rechtlichen Mitteln zur Verantwortung zu ziehen. Eine Überführung des vorliegenden Pakts in einen völkerrechtlichen Vertrag wäre ohne große Probleme möglich, weil der Wortlaut des Pakts schon jetzt alle notwendigen Ingredienzien einschließlich eines Überprüfungsverfahrens zur Umsetzung des Pakts enthält.

Die potentiellen Verliererstaaten des Nordens können sich dem nur durch Nichtteilnahme entziehen. Vermutlich aber wird Kanzlerin Angela Merkel die Unterzeichnung des Pakts in Marrakesch als "krönenden" Abschluß ihrer Laufbahn als "Flüchtlingskanzlerin" vornehmen. Daß infolgedessen in Deutschland nach etwa zwei Generationen Bedingungen herrschen können, die heute in den Ausgangsstaaten zum Verlassen des Landes führen, wird sie wohl kaum tangieren.<<

Die schweizerische Tageszeitung "Basler Zeitung" berichtete am 17. November 2018:
>>**Denk ich an Deutschland in der Nacht**

Der Rechtsstaat in Deutschland droht zu verrotten. Wenn sich nichts ändert, wird es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen kommen.

Das dichtete Heinrich Heine im Jahre 1844 in seinem Pariser Exil, als in Deutschland Kleinstaaterei und Reaktion herrschten. "Der Rechtsstaat verrottet, wenn nicht klar Schiff gemacht wird", das "deutsche und europäische Recht wurde über Jahre nicht wirklich umgesetzt", und

schließlich: "Ich hätte nie gedacht, daß die Angst vor mir und der Wahrheit ausreichend sind, um eine Regierungskrise in Deutschland auszulösen."

Der letzte Satz stammt aus der in der BaZ abgedruckten Rede des ehemaligen obersten Verfassungsschützers Deutschlands. Seine unwiderlegte Aussage, daß es in Chemnitz zu keinen "Hetzjagden" gekommen sei, kostete Hans-Georg Maaßen das Amt, diese Rede seine Weiterbeschäftigung.

Die Merkel-Dämmerung

Der erste Satz stammt nicht etwa von einem Berserker aus der AfD, sondern vom ehemaligen Vorsitzenden der Grünen, Cem Özdemir. Und wer davor warnt, daß das "Vertrauen in unsere Rechtsordnung erschüttert wird", weil sie nicht durchgesetzt wird, ist niemand Geringeres als das CSU-Mitglied Hans-Jürgen Papier, bis zu seinem Ruhestand im Jahre 2010 Präsident des Deutschen Verfassungsgerichts.

Merkel-Dämmerung, zweistellige Verluste der Regierungsparteien in Bundestagswahlen, der Einzug der AfD in sämtliche Länderparlamente Deutschlands. Das sind nur Oberflächenprobleme. Denn der Rechtsstaat in Deutschland verrottet tatsächlich. Das äußert sich auch darin, daß es in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern auch, Quartiere, Bezirke, Gegenden gibt, in denen der Staat als Ordnungsmacht abgedankt hat, nicht einmal mehr sein Gewaltmonopol durchsetzen kann. Statt dessen herrschen mafiöse Clans.

Vielköpfige Familien kontrollieren den Drogenhandel, erpressen Schutzgelder, bestimmen die Regeln des Zusammenlebens. In Berlin, in Duisburg, Dortmund, Essen, andernorts gibt es Gegenden, in denen der Rechtsstaat nur noch von Fall zu Fall funktioniert.

Was immer man auch von der unkontrollierten Einwanderung nach Deutschland halten mag, von der Grenzöffnung im Jahre 2015, kaum etwas hat das wiedervereinte Deutschland so geprägt. Nicht nur im Erscheinungsbild oder im Zusammenleben. Sondern eben auch auf rechtlicher Ebene. Und der Rechtsstaat, so unvollkommen er auch sein mag, ist das letzte und beste Bollwerk gegen Willkür, Barbarei und Faustrecht. Wenn sich die Regierung Deutschlands über Wochen damit beschäftigt, ob ein Beamter öffentlich das sagen darf, was er für richtig hält, auch wenn das dem Narrativ der Altparteien widerspricht, dann ist zudem eine Bürgerferne erreicht, die bedenklich ist.

Wo soll das hinführen? Zu einer neuerlichen braunen Machtübernahme? Sicher nicht. Die AfD ist nicht die NSDAP, die ständige Warnung vor einer rechtsradikalen Gefahr übertönt die wirklichen Gefahrensignale. Das Wichtigste: Der Kitt jeder modernen, zivilisierten Gesellschaft ist die Mittelschicht. Wenn der Mittelstand nicht mehr von Aufstieg träumt, sondern sich vor Abstieg fürchtet, dann ist der Zusammenhalt gefährdet. Reale und berechtigte Angst vor Altersarmut, Sorgen um die Gesundheitsversorgung, die persönliche Sicherheit, die Ausbildung der Kinder, den verlotternden Zustand der Infrastruktur. Alle diese Bedenken werden im Politikbetrieb Berlins höchstens in Form von hohlen Phrasen über die Sorgen "der Bürger draußen im Lande" zur Kenntnis genommen.

Zerfallen in Parallelgesellschaften

Löst sich dieser Kitt auf, dann sieht sich der Bürger nicht mehr als Staatsbürger. Er sieht seine Anliegen nicht mehr von den Staatsvertretern wahrgenommen. Die Gesellschaft zerfällt in Parallelgesellschaften, die beispielsweise religiös oder sozial stigmatisiert sind, also eine Lebenswelt der Superreichen und des Prekariats, eine Lebenswelt des Islam, eine Lebenswelt archaischer Stammesstrukturen, und so weiter. Wenn auch noch das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt wird, bilden sich lokale Strukturen, wo das Faustrecht herrscht oder Bürgerwehren, die ihre Vorstellung von Recht und Ordnung durchsetzen wollen. Während die Begüterten in schwer bewachten Zonen leben, die sie kaum noch verlassen.

Wenn sich der Staatszerfall fortsetzt, kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen, dann der offene Bürgerkrieg, Deutschland würde wieder in ein Mosaik von Kleinstgebilden zerfallen,

wie es schon zu Zeiten Heines existierte.

Ein realitätsfernes Szenario? Keinesfalls. Wenn vorhandene Strukturen nicht Lösungen für die drängenden Probleme der Gesellschaft bieten, wenn sich die Politik mit der richtigen Auslegung des Begriffs "Hetzjagd" wochenlang lahmlegt, wenn keine der etablierten Parteien wenigstens einen Lösungsvorschlag für die Sicherung der Altersrente hat, und die AfD zwar mit Protest - "so nicht weiter, mit denen nicht weiter" - punktet, aber auch keine Alternativen anzubieten hat: dann ist das kein Albtraum in dunkler Nacht.

Sondern eine durchaus realistische Zukunftsperspektive.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. November 2018:

>>**Nach dem Globalen Pakt für Migration legen die UN die nächste Schurkerei auf den Tisch**

Von *Iris N. Masson*

Der heftig umstrittene Globale Pakt für Migration ist noch nicht ratifiziert, da liegt die nächste internationale Vereinbarung zu "Flüchtlingen" auf dem Tisch. Vor einer Woche zauberte der "Dritte Ausschuß der UN-Generalversammlung" in New York einen neuen Pakt aus dem Hut. Federführend ist hier wohl der Vertreter Pakistans, der Vorteile für sein Land herauschinden will. Schließlich zähle dieses zu den Hauptaufnahmeländern von "Flüchtlingen". Ergo sei die Last stärker zu verteilen.

Um genau darum geht's, und 176 Staaten haben bereits für diesen Entwurf gestimmt, der Mitte Dezember, also drei Tage nach Unterzeichnung des UN-Teufelspaktes in Marrakesch, von der UN-Generalversammlung offiziell angenommen werden soll. Einzig die USA wehren sich bislang - wie gehabt -, da auch dieses Abkommen mit ihren souveränen Interessen kollidiere. Der Global Pact for Migration, von dessen fatalem Inhalt bis vor kurzem in Deutschland weder Abgeordnete en detail, geschweige denn die Medien überhaupt Kenntnis hatten, ist längst - und Gott sei Dank - zum Politikum geworden.

Hätte die AfD keinen Antrag im Bundestag eingebracht, diese brisanten Punkte mit verheerenden Auswirkungen für Europa und insbesondere Deutschland zur Diskussion zu stellen, wäre er unter dem Radar und an der Bevölkerung vorbei still unterzeichnet worden. Wobei diese Gefahr noch längst nicht gebannt ist.

Und wieder sind es die Alternativen, die die zweite große Schurkerei der UN zu diesem Thema auf's Tapet bringen, aber leider noch nicht in den Bundestag. Wobei dieser kriminell genug sein dürfte, wie er bislang hinreichend unter Beweis gestellt hat, auch dieses Abkommen klammheimlich zu unterzeichnen - auch wenn es ebensolchen Konfliktstoff birgt wie der Migrationspakt.

Zwar hat man nunmehr die Katze aus dem Sack gelassen und spricht ganz unverhohlen von "Neuansiedlungsprogrammen" anstelle der rührseligen Nummer "Flüchtlingsschutz" und "Steuerung der Migration, um diese einzudämmen" - eine Bezeichnung, für die angebliche Verschwörungstheoretiker inzwischen heftig sanktioniert werden.

Aber das macht's nicht besser; im Gegenteil. Das zweite Abkommen sieht unter dem Narrativ "komplementäre Wege", zu denen auch Stipendien, Studentenvisa und reguläre Arbeitsplatzbeschaffung (als Verstärkung der Konkurrenz um Lohndumping) zählen, die geballte Aufnahme von "Flüchtlingen" in Drittstaaten vor. Alles mal wieder nicht bindend? Nicht verpflichtend?

UN fordern Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben. Schauen wir mal: Das erste Schurkenstück, der Globale Migrationspakt, steht für einen angeblich sicheren, geordneten und regulären Zuzug von - offiziell - rund 258 Millionen Migranten, vor allem "Arbeitssuchenden". (Anstelle des Paktes könnte man aber auch den Trump machen ... oder besser noch die UN verpflichten, ein internationales Abkommen zur Regulierung der verheerenden Überbevölkerung durch radikale Geburtenkontrolle in arabischen Ländern und

Afrika zu entwickeln, auch wenn die Afrikaner - Gloria Fürstin von Thurn und Taxis zufolge - "halt gern schnackseln").

Werfen wir nun einen Blick auf den zweiten UN-Pakt, den "Flüchtlings-Pakt": Hier ist die Rede von offiziell anerkannten "Flüchtlingen" und "politisch Verfolgten", für die hauptsächlich der Libanon etwa oder die Türkei die Last tragen. Er soll für mehr Ausgleich (sprich Abnahme der Migranten) sowie "konkrete und praktische Maßnahmen" sorgen.

Will heißen: Die sogenannte Staatengemeinschaft soll "Ressourcen und Sachverstand" (insbesondere der wäre angebracht) bereitstellen, um Aufnahmeländer dabei zu unterstützen, ihre Bildungs- und Gesundheitssysteme für "Flüchtlinge" sowie deren Unterbringungs- und Neuansiedlungsmöglichkeiten zu erweitern. Weiter steht in der 24-seitigen Vereinbarung: "Die Staaten erkennen an, daß Neuansiedlung ein konkreter Mechanismus zur Lasten- und Verantwortungsteilung ist." Es muß nicht hinterfragt werden, wer hierfür der auserkorene Kandidat ist... Ausdrücklich gefordert wird hier die Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben.

Und damit sich die Aufnahmeländer nicht um Nachschub sorgen müssen, hat sich das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in seiner unendlichen Güte bereit erklärt, den "Schutzstatus" der Glücksritter vor Ort zu ermitteln und diese dann auf legalem Wege auf die Reise zu schicken. Erstmals ist endlich wörtlich von "Resettlement" (and Replacement) - nichts anderes als "UMVOLKUNG" - die Rede. Davor haben alternative Journalisten bereits vor Jahren gewarnt, als sie dieses völker- wie kulturvernichtende Pamphlet der UN noch persönlich übersetzen mußten.

Selbstredend besteht hier ebenso wenig wie beim Migrationspakt eine rechtliche Verpflichtung, wie sich das Auswärtige Amt beeilt zu versichern - zumal Deutschland als "sechstgrößtes Flüchtlingsaufnahmeland" und "zweitgrößter Geber" ohnehin "seinen Beitrag" leiste, "daß Bedürfnisse von ‚Flüchtlingen‘ gedeckt werden können". Obwohl "der Pakt Konsequenzen für uns" hat, wie Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik gegenüber "Die Welt" einräumt, sei er dennoch im Interesse Deutschlands: "Es geht darum, die Standards für Flüchtlinge in den Nachbarländern anzuheben."

Da kann man dann natürlich schon mal die der eigenen Bevölkerung aus dem Blick verlieren, zumal hier Summen abgegriffen werden dürften, die sich auf den bereits laufenden Milliardenunterhalt für die mehr als zwei Millionen Versorgungssuchenden in Deutschland auftürmen und den Einheimischen nicht (mehr) zur Verfügung stehen werden.

Der Migrationsexperte Oliviero Angeli von der Technischen Universität Dresden allerdings befürchtet bei diesem zweiten Pakt eine kleine Schwäche: "Es ist nicht ganz klar, wer als Flüchtling betrachtet wird." Mit dieser Furcht steht er nicht allein da, denn diese Kompromißformel könnten arabische, afrikanische und Balkan-Staaten, die das Privileg der Arbeitnehmer-Freizügigkeit genießen, durchaus eigenwillig auslegen:

Ihren Männerüberschuß insbesondere aus den Haft- und Irrenanstalten etwa abzuschieben; spart jede Menge Geld. Und, wie sich bereits vielfach gezeigt hat: Es gibt auch "Flüchtlinge", die vor (justiziabel berechtigter) Inknastierung in ihrer Heimat fliehen - vorzugsweise nach Deutschland ... Und nach ihren Schandtaten einen auf "psychisch traumatisiert" machen.

...<<

Herbert Ludwig berichtete am 24. November 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die UNO (x974/...): >>Weltmacht UNO: antidemokratische

Rechtssetzung von oben

Die UNO schwingt sich immer mehr zur globalen Rechtssetzungsinanz auf. Mittels Erklärungen und "unverbindlicher" Soft Law-Pakts werden individuelle Menschenrechte behauptet, welche sich schleichend als Völkergewohnheitsrecht etablieren. Dieses verdrängt dann das demokratische Recht der einzelnen Staaten insoweit, als es diesem "Völkerrecht" nicht ent-

spricht. Mit dem Migrationspakt der UNO wird dies gerade wieder beispielhaft praktiziert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also letztlich das der einzelnen Menschen, wird damit insoweit als Grundlage demokratischer Gesellschaften zunehmend zu Gunsten einer sich den Staaten überordnenden UNO-Weltinstanz verdrängt.

Das demokratische Recht

In der Demokratie, die dem Anspruch nach auf der Selbstbestimmung des Menschen beruht, entsteht das Recht aus dem Gerechtigkeitsgefühl der freien Menschen, die im wirtschaftlichen und kulturellen Leben Rechte und Pflichten in Verträgen und in Gemeinschafts-Satzungen vereinbaren, sowie im staatlichen Leben durch ihre Abgeordneten allgemeine öffentlich- und zivilrechtliche Gesetze beschließen. Das Recht geht von unten, von den einzelnen Menschen und in ihrer Gesamtheit vom "sich selbst bestimmenden" Volk aus und bindet Exekutive und Judikative. Das Recht ist demokratisch legitimiert, wenn es sich in dieser Weise von unten nach "oben" aufbaut.

Von der UNO wurde aber schon früh eine zunehmende Praxis eingeleitet, individuelle Rechte des Menschen über das Völkerrecht gleichsam von oben zu initiieren, die für die Völker und Menschen verbindlich sind, auch wenn sie von ihnen selbst in ihren Parlamenten nicht beschlossen wurden. Die Art und Weise, in der das Völkerrecht hier instrumentiert wird, müssen wir uns genauer anschauen, um die Vorgänge in der Politik zu durchschauen.

Ursprünglich sind im Völkerrecht die Rechtssubjekte nicht die individuellen Menschen, sondern die einzelnen Staaten, deren Regierungen miteinander völkerrechtliche Verträge abschließen. So schreibt der Völkerrechtler Ulrich Vosgerau: *"Herkömmlicherweise sind eigentlich Staaten die Rechtssubjekte und Akteure des Völkerrechts; sie bringen ihre Interessen in völkerrechtlichen Verträgen möglichst zum Ausgleich, und die Individualperson ist im Völkerrecht eigentlich "mediatisiert", d.h. sie wird mit ihren Rechten und Interessen von ihrem Staat vertreten, ist aber im allgemeinen nicht selbst Völkerrechtssubjekt."*

Diese völkerrechtlichen Verträge müssen von den nationalen Volksvertretern, den Parlamenten, gebilligt werden, damit das demokratische Legitimationsprinzip von unten nach oben gewahrt bleibt. Verbindlich sind diese vertraglichen Vereinbarungen nur für die Vertragsparteien.

Nun hat die UNO als internationale Organisation, der fast alle Staaten der Welt angehören, die Möglichkeit, die Regierungsvertreter aller Mitgliedstaaten zu versammeln und ihnen zur Verbesserung des allgemeinen Rechtsstandards individuelle Rechte für die Menschen ihrer Völker vorzuschlagen, die dann durch Beschluß oder Erklärung der Generalversammlung allen Staaten zur Übernahme empfohlen werden. Verbindlichkeit erlangen sie nur, wenn und insoweit sie durch die Parlamente einzelner, vieler oder aller Staaten in das jeweilige nationale Recht eingegliedert werden. So weit so gut.

Das Völkergewohnheitsrecht

Die UNO benutzt aber auch das Instrument des aus dem angloamerikanischen Recht stammenden "Soft Law" (weiches Recht), um in von ihr initiierten Übereinkünften (compacts), die ausdrücklich keine völkerrechtliche Verbindlichkeit haben, individuelle Rechtsstandards als Ziele vorzugeben, deren Umsetzung den Staaten, die sich daran beteiligen, weitgehend überlassen bleibt.

Dabei wird aber genauer betrachtet die Umsetzung der Ziele als politische Verpflichtung verbindlich vereinbart, während der Modus der Umsetzung unverbindlich sein soll. So üben solche Pakte einen großen Druck aus, auch auf Staaten, die sich daran nicht beteiligen. Denn je mehr Staaten diese Standards über längere Zeit praktizieren, desto sicherer werden sie von Gerichten allmählich als Völkergewohnheitsrechte gewertet, die für alle Staaten, auch für die Nichtunterzeichner gelten.

Eine solche völkergewohnheitsrechtliche Wirkung haben sogar einseitige Erklärungen der

UNO-Generalversammlung, auch wenn sie nicht in einen Soft Law-Pakt eingeflossen sind. Das eindrucklichste Beispiel ist die UN-Menschenrechtsdeklaration. Sie war *"ursprünglich eine rein politisch zu verstehende Absichtserklärung der UN-Generalversammlung ohne jede rechtlich bindende Wirkung."*

Doch *"sie erstarkte schon in den ersten Jahrzehnten seit ihrer Verkündung (1948) zu Völkergewohnheitsrecht, und jedenfalls wesentliche Kerngehalte der UN-Menschenrechtsdeklaration - welche genau, ist wie immer umstritten - dürfen heute sogar als ius cogens (zwingendes Recht) angesehen werden."* Das betrifft auch zahlreiche weitere Menschenrechtspakte.

Viele Staaten haben wesentliche dieser Menschenrechte in ihre Verfassungen übernommen, wenn, wie in der Bundesrepublik, solche Grundrechte nicht schon vorher darin enthalten waren. Aber gewohnheitsrechtlich gelten sie in der geschilderten Weise auch für alle anderen Staaten.

Der UN-Migrationspakt

Auch die *"New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten"* der UNO-Generalversammlung vom 19.9.2016, die viele Verpflichtungen enthält, die zur Umsetzung in den UN-Migrationspakt geflossen sind, wird, wie letzterer auch, diese völkergewohnheitsrechtlichen Wirkungen entfalten. Der UN-Migrationspakt stellt sich auch ausdrücklich in den Zusammenhang der Menschenrechtserklärung der UNO, wie um indirekt klar zu machen, daß es um ein neues individuelles Menschenrecht für ungehinderte Migration gehe.

"Schon eine Durchsicht des durchweg höchst komplizierten, oft sprachlich uneindeutig formulierten völkerrechtlichen Instruments ergibt, ... daß der herkömmlicherweise wichtigste und zentralste Aspekt des internationalen Migrationsrechts eigentlich fehlt: nämlich das Recht eines jeden souveränen Staates auf Entscheidung über Ob und Wie eventueller Zuwanderung und auf je eigene Gestaltung des nationalen Zuwanderungs- und Asylregimes."

Unter Umkehrung der traditionellen völkerrechtlichen Betrachtungsweise, nach der gleichberechtigte und souveräne Staaten die wesentlichen Akteure und v.a. auch die Rechtssubjekte des Völkerrechts sind, werden die Rechte der Migranten auf weltweite Wanderung und diskriminierungsfreie Niederlassung in den Vordergrund gestellt; diese sollen die Staaten sicherstellen, was wiederum von Stellen der Vereinten Nationen laufend überwacht werden soll."

"An diesem Programm fällt bereits auf, daß hier mit wesentlichen, bislang prägenden Grundsätzen des Völkerrechts wie auch des nationalen Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerrechts gebrochen wird; die UN will im Hinblick auf das Migrationsrecht offenbar ein neues Kapitel der Völkerrechtsgeschichte aufschlagen. ..."

Bereits in der New York Declaration (vom 19.9.2016), um so mehr aber im GCM (Global Compact for Migration), erscheinen - ganz in der Konsequenz dieses Ansatzes - eher die Individualmensen, also hier die Migranten, als die eigentlichen Rechtssubjekte mit unmittelbaren Rechten gegenüber der Weltgemeinschaft (d.h. in der Sache wohl eher: gegenüber den entwickelten, industrialisierten Ländern, in die sie gerne einwandern würden!), die Staaten hingegen werden offenbar tendenziell zu lokalen oder regionalen Versorgungsagenturen am Rand des großen Trecks, die manchmal allerdings etwas pflichtvergessen sind."

Im herkömmlichen Völkerrecht, in dem nicht die einzelnen Menschen, sondern die Staaten die Rechtssubjekte sind, sind sie es auch, die über die Einwanderung von einzelnen Migranten, erst recht von größeren Massen, in ihr Hoheitsgebiet entscheiden.

Daher, schreibt Dr. U. Vosgerau, *"ist das Ausländer-, Einwanderungs- und Migrationsrecht - auch in ausgesprochenen Einwanderungsländern - immer ein Unterfall des Polizei- und Ordnungsrechts. Der Einwanderungswunsch fremder Menschen zumal aus anderen Kulturkreisen ist immer und zunächst einmal eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit."*

Nur durch die sorgfältige Auswahl der geeignetsten Migranten unter konsequenter Zurück-

weisung zahlreicher ungeeigneter Kandidaten kann diese Gefahr einigermaßen beherrscht und minimiert werden.

Demgegenüber dreht bereits die New York Declaration - und um so mehr dann der GCM - diese rechtlich-politische Ausgangslage um und geht von einer Art Grundrecht aller Menschen auf weltweite Migration mit allgemeiner Niederlassungsfreiheit aus ("jederzeit und ohne Rücksicht auf ihren Migrationsstatus (d.h. ihren jeweiligen Rechtsstatus)" - "retten, aufnehmen, beherbergen").

Konsequenterweise kommt dann das Konzept der "illegalen Einwanderung" im GCM gar nicht mehr vor (!), es gibt nur noch den "irregulären Zustand" mancher Migranten, dieser wird aber eher als ein Versagen der Aufenthaltsstaaten angesehen, die den Migranten nicht legalisiert haben und dadurch seine Rechte (v.a. auf diskriminierungsfreien Aufenthalt) schmälern."

Das grundlegende demokratische Problem

Wir sehen eine schon sehr weit fortgeschrittene Praxis, durch welche die Staaten, die Schutz- und Sicherheitsorganisationen der Völker, als Rechtssubjekte des Völkerrechts verdrängt werden und an ihre Stelle über alle Grenzen hinweg der internationale Mensch, der rechtlich überall gleichgestellte "Weltbürger" tritt. Zugleich wird das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker auf ihre eigene demokratische Rechtssetzung von unten nach oben sukzessive ausgeschaltet und ein "Weltrecht" von oben etabliert.

"In demokratischen Verfassungsstaaten ... wird Legitimität von unten nach oben aufgebaut. Ein Gesetz ist legitim, wenn es, hauptsächlich kraft des verfassungsmäßig vorgesehenen Verfahrens, letztlich als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes angesehen werden kann. Globale Zielvereinbarungen internationaler Organisationen wie eben der GCM stellen dieses Prinzip auf den Kopf.

Nach ihrer Konzeption soll eine nationale Migrationspolitik dann legitim sein, wenn sie den übergeordneten, äußerst migrationsfreundlichen Zielsetzungen des GCM entspricht. D.h., dem GCM liegt eher der Gedanke einer allmählichen rechtspolitischen Erziehung der Völker zugrunde, nicht aber deren jederzeitige demokratische Selbstbestimmung."

Hier geschieht etwas Tiefgreifendes, wie U. Vosgerau aufmerksam macht. Das völkerrechtliche Soft Law wird einerseits als harmlos, weil unverbindlich dargestellt, erlangt aber andererseits, auch unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, Aktivisten, Medien und "Zivilgesellschaft" als verbindlicher Standard allmählich gewohnheitsrechtliche Wirkung, an dem die nationale Rechtspraxis zu messen ist. Dies werde schleichend das Rechtsgefühl und das Legitimitätsbewußtsein der Menschen verändern.

Doch nicht nur der Legitimationsgedanke werde sich verändern, sondern auch das Verständnis von der Struktur des Rechts. *"Das Recht internationaler Organisationen - dies sieht man etwa auch im Europarecht - ist zumeist "politisches Recht". D.h., es soll nicht primär die in einer Gesellschaft ohnehin vorfindlichen Rechts - und Gerechtigkeitsvorstellungen zusammenfassen, auf den Punkt bringen und von Widersprüchen reinigen, sondern es soll ein bestimmtes Rechtsgefühl überhaupt erst erzeugen.*

Entsprechend geht der GCM als Rechtstext nicht von Tatbeständen und Rechtsfolgen, sondern von zu erreichenden Zielen aus, die übrigens vielfach einen durchaus utopischen Charakter haben. Damit ähnelt er strukturell dem Planungsrecht. Wo solche zielorientierten Normtexte mit teils utopischem Charakter sich mehr und mehr als 'internationaler Standard', als 'mensenrechtliche Vorgabe der Vereinten Nationen, an denen die nationale Rechtspraxis zu messen ist', durchsetzen (wobei es, wie bereits erwähnt, weniger auf das Handeln der Regierung und staatlicher Stellen ankommt, sondern eher auf die Kommunikation in den Massenmedien), dort verändert sich das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung.

In legitimatorischer Hinsicht gilt dann statt des Satzes:

'Demokratisch legitimiert ist, was aus freien Wahlen hervorgegangene Parlamente beschlossen haben, im einen Land ist es so, im nächsten ganz anders, und Wahlen können die bisher praktizierte Politik schnell ändern' nunmehr:

'Legitimiert ist, was in Übereinstimmung mit den internationalen Vorgaben steht; diese gelten auf der ganzen Welt in gleicher Weise.

Auch die Struktur des Rechts wird unter dem Eindruck internationaler, zielorientierter Regelungswerke immer weniger verstanden. Im Rechts- und Verfassungsstaat gilt eben, und dazu benötigt man keinen GCM:

'Recht ist, wenn an festgeschriebene Sachverhalte klare Rechtsfolgen geknüpft werden. Alle Staatsgewalten sind an das geschriebene Recht gebunden'.

Tendenziell wird daraus:

'Recht ist, wenn das staatliche Handeln den im GCM vorgeschriebenen Zielen dient'.

Ohne also zunächst überhaupt formalrechtlich verbindlich zu sein, trägt der GCM zum Abbau und zur Schwächung des demokratischen und rechtsstaatlichen Bewußtseins der Bevölkerung bei. Er schwächt und verunklart den demokratischen Selbstbestimmungsgedanken."

Ausblick

Das bedeutet, mit dieser unterschweligen Veränderung des Bewußtseins geht einher, daß keine Verteidigung der Selbstbestimmung, der Freiheit, mehr stattfindet. Das Widerstandspotential bei den Menschen schwindet. Sie werden zu folgsamen Sklaven, wenn nicht gar zu fanatischen Verfechtern eines Weltrechts von oben, ohne daß es ihnen selbst zum Bewußtsein kommt. Dieser Prozeß hat ja bereits weite Teile der Bevölkerung erfaßt.

Die UNO zeigt sich immer deutlicher in der Entwicklung zu einer Weltregierung, die zugleich Weltgesetzgeber ist. Wir stehen inmitten eines Prozesses zu einer totalitären Weltordnung mit einem Völkerrecht als "Weltverfassung", in der alle Menschen als "Weltbürger" überall die gleichen Rechte erhalten und die zahlreichen unterschiedlichen Nationalstaaten allmählich überflüssig werden. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 27. November 2018: >>**Bundesamt warnt vor "katastrophalen" Folgen von Blackouts**

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat vor "katastrophalen" Folgen massiver landesweiter Stromausfälle gewarnt. Diese hätten ein "erhebliches Verteilungsproblem für wichtige, teils lebenswichtige Güter" zur Folge, heißt es in einem internen Positionspapier, das den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland vorliegt. Vor allem die Bundesländer haben demnach bei Notfallplänen für die Verteilung von Treibstoff, Lebensmitteln und Medikamenten noch Nachholbedarf.

Das Papier beschäftigt sich auch mit den möglichen Folgen eines Blackouts: "Aufzüge, Heizungen und Licht würden zu Hause sofort ausfallen. Auch der Kühlschrank in der Wohnung oder die Kühlung in Supermärkten wären sofort betroffen." Die meisten Tankstellen könnten keinen Treibstoff mehr verkaufen, innerhalb von Stunden könnten Telefone und Internet nicht mehr genutzt werden. Das Abheben von Bargeld wäre nicht mehr möglich.

"Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben"

Besonders kritisch sieht der Bericht die Folgen für die medizinische Versorgung: "Nach 24 Stunden käme es zu weitgehenden Einschränkungen in Krankenhäusern und der Wasserversorgung. Arzneimittel und Medizinprodukte könnten nicht mehr oder nicht mehr in ausreichendem Maße nachgeliefert werden. Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben."

Als Notfallversorgung schlägt das Amt die Ausstattung der Bevölkerung mit Taschenlampen und Kurbelradios vor. Auch sollten Lebensmittel, Wasser und Hygieneartikel auf Vorrat in den Haushalten vorhanden sein. Da die Notfallplanung bisher "heterogen" sei, schlägt das Bundesamt zudem eine gesetzliche Anforderung an die Notstromversorgung in kritischen Infrastrukturen vor. Dazu gehören etwa Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Telekommuni-

nikation und Finanzwesen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete im November 2018:

>>**Globaler Pakt zum Volksaustausch**

_ von *Amelie Winther*

Am 11. Dezember soll in Marokko ein UNO-Abkommen unterzeichnet werden, das bisher illegale Migration legalisieren will. Trump und Orban sind bereits ausgestiegen - und das aus guten Gründen.

Der sogenannte Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration (GCM) umfaßt in der am 13. Juli 2018 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen - mit Ausnahme der USA und Ungarns - angenommenen Version 34 Seiten. Es wären weniger nötig gewesen, hätte man Wohlfühlfloskeln wie Nachhaltigkeit, Kooperation und Menschenrechte weggelassen.

Die wirken einigermaßen grotesk, denn auch Länder wie Saudi-Arabien, deren Menschenrechtsverletzungen mit Händen zu greifen sind, werden den Pakt unterzeichnen. Sie verstellen auch die Sicht auf den Kern des Abkommens: Es geht um ein "universales Menschenrecht auf Niederlassungsfreiheit", wie es der Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei und Juraprofessor Hans-Ueli Vogt zusammenfaßt.

Bei der wirtschaftlichen Überlegenheit des globalen Nordens ist es nicht schwer, sich vorzustellen, in welche Richtung sich die zu erwartenden Massenwanderungen - und zwar nach der Vorstellung des GCM auf einfacheren, nämlich legalen Routen - bewegen werden. Die UNO spricht von aktuell 250 Millionen Migranten weltweit - tatsächliche Flüchtlinge sind hierbei noch nicht einmal berücksichtigt. Der Druck nimmt allein durch das immense Bevölkerungswachstum in Afrika weiter zu, und viele der dortigen Staatslenker haben ein vitales Interesse an einem international anerkannten Ventil, um den Überschuß an Unzufriedenen und potentiellen Unruhestiftern loszuwerden.

Maulkorb für Kritiker

Die UNO stellt die pauschale These auf, der GCM - ein "internationaler Meilenstein in Sachen Migration" - sei "zum Wohle aller". Solche universalen Heilsversprechen sind mit Vorsicht zu genießen, besonders wenn sie durch eine entsprechende mediale Lenkung der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht werden sollen. Ziel 17 des Vertrags betrifft die "Eliminierung jeder Form der Diskriminierung" und die "Gestaltung der Wahrnehmung von Migration".

Dazu gehören neben Meldemechanismen für Haßreden oder Gewalt gegen Migranten auch "Sensibilisierung und Schulung von Medienschaffenden zu migrationsspezifischen Fragen und Terminologie" sowie die Streichung öffentlicher Zuwendungen für "Medienunternehmen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung gegenüber Migranten fördern".

Auch wenn der Globale Pakt für Migration die "Achtung der Pressefreiheit" betont: Schon heutige Vorstöße - wie etwa die der selbsternannten Neuen deutschen Medienmacher, die "Armutszuwanderung" als "abwertend" einschätzen, im Begriff "Asylkritiker" einen Euphemismus für "rassistische" oder "rechtsextreme" Meinungen sehen und sogar beim Pronomen "wir" zur Vorsicht raten - zeigen, daß eine sprachliche Steuerung des öffentlichen Diskurses zur politischen Waffe werden kann. Mit Ziel 17 ließe sich rechtfertigen, im Namen der UN kritische oder auch nur skeptische Stimmen zur unbegrenzten Migration zum Verstummen zu bringen.

Unter solchen Argusaugen könnte selbst der anerkannte Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin zur Persona non grata in der Migrationsdebatte werden. Immerhin stellt der Ex-SPD-Kulturstaatsminister fest, daß offene Grenzen das Elend der Welt nicht wesentlich mildern, die Herkunftsregionen weiter schwächen und die sozialen Konflikte in den Aufnahmeländern verschärfen. Auch Paul Colliers Erkenntnisse würden diskreditiert. Der Oxford-Ökonom folgt

mit seinem Buch Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen dem wissenschaftlichen Grundsatz, ein Thema "ohne Zorn und Eifer" anzufassen, genügt aber damit wohl nicht den Ansprüchen des GCM, Migration ausschließlich positiv darzustellen.

Er kommt nämlich zu solchen Schlüssen: "Möglicherweise würde eine ständig zunehmende kulturelle Vielfalt nach und nach die gegenseitige Rücksichtnahme untergraben, und die nicht absorbierten Auslandsgemeinden würden an dysfunktionalen Aspekten der Sozialmodelle festhalten, die zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung in ihren Herkunftsländern bestimmend waren. Eine andere mögliche Folge einer weiteren Zunahme der Migration bestünde darin, daß kleine, arme Länder wie Haiti, die ihren größten Talenten wenig zu bieten haben, einen immer größeren Verlust von Fähigkeiten erleiden würden: einen Exodus." Dieses Problem des sogenannten Braindrain kommt im Migrationspakt nur am Rande vor.

Handschrift von Davos

Volkswirt Norbert Häring, Redakteur beim Handelsblatt, wies in einem Blogbeitrag vom 21. Juli 2018 auf das dem GCM dienliche "intensive Lobbying der im Weltwirtschaftsforum versammelten internationalen Großkonzerne ..., die hochmobile Arbeitskräfte sehr nützlich finden", hin. Die Ziele des Weltwirtschaftsforums von Davos faßte er so zusammen:

"Politische Parteien, die Zuwanderung zu begrenzen und zu kontrollieren versprechen, sind ein Problem. Sie schaden der Wirtschaft. Migration sollte man heute nicht mehr als eine Beziehung zwischen Individuum und Staat verstehen, sondern als Beziehung zwischen Individuum und Arbeitgeber, vermittelt über den Staat. Staat und Zivilgesellschaft sollen in Partnerschaft mit der Privatwirtschaft (sinngemäß) eine Willkommenskultur etablieren.

Beteiligt an der Ausarbeitung des Vertrags war unter anderem die Internationale Organisation für Migration (IOM), die auch regelmäßig in Davos zugegen ist. Deren Generaldirektor William Lacy Swing vertrat dort 2015 die Meinung, daß es "im Moment nicht genug politischen Mut zur Migration" gebe. Schon im Jahr zuvor hatte er, ebenfalls beim Jahrestreffen der Wirtschaftslobbyisten in dem Schweizer Nobelort, den "Megatrend Migration" als "unumgänglich, nötig und wenn richtig gesteuert, wünschenswert" bezeichnet, um dann die demographische Karte zu spielen: "Während der Norden überaltert, fehlt den Menschen im Süden Arbeit.



Die Austauschmigration (Replacement Migration), von der UNO schon länger in ihren Zu-

kunftsszenarien angepriesen, ist menschenverachtend: Die geburtenstarken Länder im Süden werden zum demographischen Selbstbedienungsladen der reproduktionsschwachen Industrienationen deklariert. Gleichzeitig werden die spezifische Identität der Völker und der innere Frieden der Staaten - siehe Nida-Rümelin und Collier - zur Disposition gestellt, damit die demographische Dividende stimmt. Das hat mit wahrer Humanität wenig zu tun.

Pochen auf Souveränität

Ein weiterer problematischer Aspekt des GCM - von dem niemand sagen kann, ob ihn die EU über kurz oder lang in bindendes Recht ummünzt - ist die fehlende demokratische Legitimation. Weder die, die ihn ausgearbeitet haben, noch die, die ihn am 11. Dezember in Marrakesch unterzeichnen werden, nämlich die Ständigen Vertreter der UN-Mitgliedsstaaten, noch der Inhalt sind von Parlamenten oder gar durch Volksabstimmungen abgesegnet worden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete im November 2018:

>>BRD-Sprech: Hilfsorganisation

_von Manfred Kleine-Hartlage

Wenn in diesen Tagen das Wort "Hilfsorganisation" fällt, darf man getrost darauf wetten, daß damit etwas völlig anderes gemeint ist als noch vor wenigen Jahren, das heißt vor der Entfesselung der aktuellen Völkerwanderung. Damals bezeichnete man als Hilfsorganisationen etwa das Rote Kreuz oder Brot für die Welt - also Vereinigungen, die Menschen halfen, die unverschuldet in Not geraten waren.

In jenen Tagen, als das BRD-Idiom die deutsche Sprache noch nicht so tief durchseucht hatte wie heute, wäre es absurd gewesen, mit diesem Titel Organisationen zu beehren, die selbst erheblich und systematisch dazu beitragen, daß die Notlage überhaupt eintritt, und die obendrein aus Prinzip nur Menschen helfen, die ihre Not selbst herbeigeführt haben.

Heute ist genau dieser absurde Sprachgebrauch gang und gäbe. "Hilfsorganisationen" sind Organisationen, die auf dem Mittelmeer Migranten einsammeln, um sie in Massen in europäische Länder zu bringen, in denen sie nicht erwünscht sind und für die sie niemals auf legalem Weg eine Einreiseerlaubnis bekommen hätten. Es sind Organisationen, deren Garantie, die Migranten in Europa und nicht etwa in Afrika abzuliefern, wie ein Magnet wirkt, der schon manchen jungen Afrikaner erst dazu veranlaßt haben dürfte, sich in das Boot einer Schlepperorganisation zu setzen.

Es handelt sich um Vereinigungen, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.

Und um auch dies zu erwähnen: Diese Afrikaner sind keine "Flüchtlinge", wie das BRD-Idiom sie nennt: "Flüchtling" ist man nur so lange, bis man das Land verlassen hat, in dem man gefährdet war. Wer dann noch weiterreist, ist kein Flüchtling, sondern ein - gegebenenfalls illegaler - Migrant. Und eine Gruppierung, die ihn bei dieser illegalen Migration unterstützt und damit das Geschäft der Schlepperbanden ankurbelt, ist keine humanitäre Hilfsorganisation, sondern eine Vereinigung, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.

Mit Seenotrettung haben deren Praktiken allenfalls in einem technischen Sinne zu tun. Selbstverständlich hat jeder Schiffbrüchige einen Anspruch darauf, von den Besatzungen vorbeifahrender Schiffe aus dem Wasser gezogen zu werden. Keinen Anspruch hat er aber darauf, in ein Land seiner Wahl gebracht zu werden. Und Organisationen, die systematisch nach Schiffbrüchigen suchen, um ihnen genau den Wunsch zu erfüllen, dessentwegen sie sich überhaupt erst in seeuntüchtigen Fahrzeugen aufs Wasser begeben haben, stiften die Betroffenen in vieler Hinsicht erst dazu an, sich selbst in Seenot zu bringen.

Lassen wir dahingestellt, wie viele Aktivisten tatsächlich aus genuiner Verblendung und irregeleitetem Idealismus handeln. Ich bin sicher, daß es solche Leute wirklich - und immer noch - gibt.

Wer aber in das politische Umfeld dieser Organisationen hineinhorcht, kann unmöglich den autorassistischen Deutschen-, ja Weißenhaß überhören, der dort zum guten Ton gehört. Die Sprache der BRD und ihrer sogenannten oder auch tatsächlichen Linken mit ihrem süßlichen humanitären Gesäusel - "Hilfe" und "Hilfsorganisation", "Flüchtlinge" und "Schutzsuchende" - ist nicht erst deshalb unerträglich, weil sie die menschliche Intelligenz beleidigt, sondern vor allem, weil sie der zynischen Bemäntelung eines kalten Genozids am eigenen Volk dient. Und dabei den Ertrinkungstod von Migrantinnen, die ohne ihre "Helfer" eher zu Hause geblieben wären, kalt lächelnd in Kauf nimmt.<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtete am 2. Dezember 2018 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" (x955/...): >>**Befehl der Vatikan die Migrantinnenflutung und damit die Islamisierung Europas? - Papst Franziskus und sein 21-Punkte-Plan?**

Während alle die Verantwortung für den globalen UN-Migrationspakt sowie den UN-Flüchtlingspakt bei den Vereinten Nationen suchen und nun kürzlich ans Tageslicht kam, daß Deutschland maßgeblich als Initiator bei der Ausarbeitung des Migrationspakts gewesen ist, flog bei dieser ganzen Geschichte die ... machtvollste Institution auf Erden eher unter dem Radar. Die Rede ist hier vom Vatikan und seinem Oberhaupt, dem Jesuiten Papst Franziskus. Zuerst einmal zu den weiteren Hintergründen der beiden UN-Pakte.

Anläßlich des "104. Welttags des Migrantinnen und Flüchtlings 2018" veröffentlichte Papst Franziskus am 14. Januar 2018 einen öffentlichen Brief nicht nur an die Glaubens-, sondern an die ganze Weltgemeinschaft. Dieser Brief trägt die Überschrift "Die Migrantinnen und Flüchtlinge aufnehmen, beschützen, fördern und integrieren", der es echt in sich hat!

Mit Bibelversen geschmückt, Jesus Christus als Beispiel voran und an unser menschliches Mitgefühl appellierend, stellte der Papst - höflich, sachlich, aber dennoch zielgerichtet und bestimmend - eine ganze Reihe an Erwartungen an die "politische Gemeinschaft" und die "zivilere Gemeinschaft", dessen Beiträge an der Umsetzung der gewünschten Maßnahmen "unverzichtbar" seien.

Die 21 Maßnahmen aus dem päpstlichen Dokument wie folgt:

1. Schaffung von Möglichkeiten für eine sichere und legale Einreise in den Zielländern: vor allem durch die 'Gewährung humanitärer Visa', Schaffung von 'erweiterten und vereinfachten Verfahren (Modi)' und die Förderung von Familienzusammenführung.
2. Schaffung von mehr 'humanitären Korridoren für die am stärksten gefährdeten Flüchtlinge', damit diese keine illegalen Wege suchen müßten.
3. Erstellen eines Systems von 'speziellen temporären Visa' für diejenigen, die vor Konflikten in Nachbarländern fliehen.
4. Keine 'kollektive und willkürliche Abschiebung', vor allem nicht in Länder, die 'die Achtung der Würde und die Grundrechte nicht garantieren können'.
5. Immer die persönliche Sicherheit der nationalen Sicherheit vorziehen, die Grenzposten vernünftig ausbilden, damit der erste Empfang der Flüchtlinge 'angemessen und würdig' verläuft.
6. Alternativen zur Haft für diejenigen finden, die illegal ins Land gekommen sind.
7. Im Ursprungsland Lösungen finden, die eine legale Auswanderung zulassen, und so gegen Schlepper vorgehen.
8. Im Ankunftsland 'den Migrantinnen konsularische Hilfe anbieten', das Recht der Flüchtlinge achten, ihre Papiere bei sich zu behalten, Zugang zum Rechtswesen schaffen, die Erlaubnis gewähren, Bankkonten zu eröffnen und ein 'Existenzminimum garantieren'.
9. Im Ankunftsland 'Bewegungsfreiheit und Zugang zu Arbeit sowie Telekommunikationseinrichtungen sichern'.
10. Für alle, die in ihr Land zurückkehren wollen, 'berufliche und soziale Wiedereingliederungs-Programme schaffen'.
11. Minderjährige Flüchtlinge schützen, 'jede Form von Haft vermeiden', Zugang zur Bildung

sicherstellen.

12. Jedem geborenen Kind die Staatsbürgerschaft verleihen.

13. Kampf gegen die 'Staatenlosigkeit' von Migranten und Flüchtlingen durch die Schaffung eines 'Bürgerrechts'.

14. Unbegrenzter Zugang von Migranten und Flüchtlingen zu den nationalen Gesundheits- und Rentensystemen und 'Übertragung ihrer Beiträge für den Fall ihrer Rückführung'.

15. Garantie der Berufsfreiheit und Ausübung der Religion für alle im Gebiet anwesenden Ausländer.

16. Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Migranten und Flüchtlingen, einschließlich Asylbewerbern - Sicherstellung der Möglichkeit zur Arbeit, Sprachtraining und aktiver Bürgerschaft.

17. Verhindern, daß minderjährige Flüchtlinge ausgebeutet werden.

18. Förderung der Familienzusammenführung - einschließlich Großeltern, Geschwistern und Enkelkindern - 'ohne Rücksicht auf deren wirtschaftliche Kapazitäten'.

19. Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für Migranten, Flüchtlinge, Asylbewerber mit Behinderungen.

20. Entwicklungsländern, die Flüchtlinge aufnehmen, stärker helfen.

21. Integrieren, 'ohne den Migranten ihre kulturelle Identität zu nehmen', ein 'Angebot der aktiven Bürgerschaft' schaffen, 'Wirtschaftskenntnisse von Sprachkenntnissen trennen', und Flüchtlingen, die länger im Land leben, eine Legalisierung ihrer Verhältnisse anbieten."

Was wir hier also ganz klar und deutlich herauslesen können, ist ein neo-marxistisches Manifest zur grenzenlosen Flutung und Zerstörung Europas mit Migranten, die in die jeweils nationalen Gesundheits- und Rentensysteme gleich von vornherein "unbegrenzt" einwandern dürfen. Das ist mehr als eine schallende Ohrfeige für jeden Einheimischen in Europa, der jahrzehntelang in die Kassen eingezahlt und mit Steuern, Abgaben und behördlichen Drangsalierungen komplett ausgewrungen wurde, um am Ende eine Rente zu erhalten, von der er nicht leben und sterben kann - sofern er den Renteneintritt noch erlebt.

Wie "unverbindlich" das als Vorschläge getarnte vatikanische Diktat ist, liest man zum Ende des päpstlichen Dokuments, in dem es heißt:

"Während des Gipfels der Vereinten Nationen, der am 19. September 2016 in New York abgehalten wurde, haben die Verantwortungsträger der Welt klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, sich zu Gunsten der Migranten und der Flüchtlinge zu engagieren, um ihr Leben zu retten und ihre Rechte zu schützen, wobei diese Verantwortung auf weltweiter Ebene geteilt werden soll. Zu diesem Zweck haben sich die Staaten dazu verpflichtet, bis Ende 2018 zwei globale Rahmenwerke (Global Compacts) zu verfassen und zu billigen, einer, der sich den Flüchtlingen widmet und der andere den Migranten."

Jene Länder, die den Migrationspakt nicht annehmen, werden, bis auf die USA als Ausnahme, aber zumindest den UN-Flüchtlingspakt annehmen und umsetzen, der für sich allein schon eine weitere große Flüchtlingswelle gen Europa lostreten wird. Zusammen mit dem UN-Migrationspakt werden wir bereits in den nächsten Monaten und wenigen Jahren Völkerwanderungen biblischen Ausmaßes erleben!

Wenn diese Entwicklung nicht unverzüglich gestoppt und umgekehrt wird, wird Deutschland in ein bis zwei Jahrzehnten mehrheitlich nicht mehr deutsch sein, sondern islamisch. Aus Europa würde dann "Eurabien" werden.

In meinem Buch habe ich aufgezeigt, wie der Vatikan, als reichster Grund- und Immobilienbesitzer auf diesem Planeten, die Menschheit mittels der Geburtsurkunde und der damit verbundenen Schaffung einer juristischen Rechtspersönlichkeit buchstäblich von Geburt bis zum Tode versklavt hat. Wer die Details dazu liest, versteht dann auch die betonende Forderung des Papstes und behördlicher Stellen, alle Migranten zwingend mit gültigen Ausweispapieren

ausstatten zu müssen.

Hinter dem Ganzen steht nämlich mehr als die bloße Verhinderung von Identitätsbetrug. In meinem Buch enthülle ich, wie der Jesuitenorden und der "Unheilige Stuhl" die beiden Weltkriege mit inszenierte und das NWO-Projekt "Drittes Reich" als Fortführung des römischen Reichs schuf. Im Buch erfährt man u.a. auch, wie und wofür der Vatikan den Islam erst einst erschaffen hatte. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. Dezember 2018 (x1.000/...): >>Michael Limburg: "Klimaschutz ist eine absurde Idee" (Zur UN-Klimakonferenz 2018)

... Vom 2. bis 14. Dezember 2018 findet in Kattowitz in Polen die 24. UN-Klimakonferenz statt. Fast 200 Länder wollen dort die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015 vorantreiben. Bereits im Vorfeld warnt ein UN-Bericht: Dafür sei es höchste Zeit, es werde immer schwieriger, das Ziel zu erreichen und die Klimaerwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Seit Jahren setzen die großen Medien darauf, Panik zu schüren, wenn es um den "Klimawandel" geht.

Schon vor 30 Jahren, z.B. am 26. September 1988 warnte die australische Tageszeitung "The Canberra Times": Ein allmählicher Anstieg des Meeresspiegels drohe die 1.196 Inseln der Malediven innerhalb der nächsten 30 Jahre vollständig zu verschlucken. Nun, jetzt ist es 30 Jahre später und die Malediven sind noch da - alle 1.196 Inseln. Es stellte sich sogar heraus, daß alle Inseln an Fläche zugenommen haben und der Tourismusbereich inzwischen massiv ausgeweitet wird.

Trotz solcher überprüfbaren Beispiele ist kein Ende der "Klimahysterie" in Sicht. Niemand bestreitet, daß es einen Klimawandel gibt, was eine Abkühlung oder Erwärmung über unterschiedliche Zeiträume bezeichnet. So gab es z.B. zwischen dem 10. und 14. Jahrhundert die mittelalterliche Warmzeit, wo es auch umfassende kontinentale Dürren gab.

Aus aktuellem Anlaß zur UN-Klimakonferenz 2018 sehen Sie im Anschluß ein Interview, das bereits am 9. Juni 2017 veröffentlicht wurde und das RT Deutsch mit dem Dipl. Ing. Michael Limburg führte. Limburg ist Gründer und Vizepräsident des Europäischen Institutes für Klima und Energie und bezeichnet den Klimaschutz als "eine absurde Idee". Laut Limburg habe der Klimawandel nichts mit Menschen zu tun.

In einem knapp 30-minütigen Interview erklärt Limburg, daß sich in der Klimapolitik ein großes Umverteilungsprogramm von reichen an arme Nationen versteckt.

Interview

Reporterin: Schon seit längerem hat man sich nicht mehr wirklich intensiv mit dem Klima, beziehungsweise dem Klimawandel beschäftigt. Jetzt hat Trump das Pariser Abkommen abgelehnt und das Thema ist wieder in aller Munde. Daher auch die Chance, das etwas kritisch zu beleuchten. Ich möchte noch eine kurze Bemerkung am Rande hinzufügen.

Trump hat das Pariser Abkommen nie wirklich gekündigt, er ist auch nicht ausgetreten. Der US-Kongreß hat das Abkommen nämlich nie ratifiziert, das nur mal so am Rande. Kritisch beleuchten möchte ich das Thema Klimawandel mit Herrn Diplom Ingenieur Michael Limburg. Sie sind Vizepräsident des Europäischen Institutes für Klima und Energie, EIKE ... Und Sie sind mit der These des menschengemachten Klimawandels nicht einverstanden. Ich zitiere Sie: "Das ist doch alles ein Schwindel."

Und vielleicht könnten Sie die These des menschengemachten Klimawandels ihrer Ansicht nach kurz zusammengefaßt für uns hier widerlegen.

Limburg: Also, das ist natürlich mit ein paar Worten nur schwer zu machen, weil man ja ein gewisses Grundwissen bei seinem Gegenüber voraussetzen muß. Und ich tue jetzt einfach mal so, als ob das wahrscheinlich da ist oder mit Sicherheit da ist, kurz zusammengefaßt: Man kann ja Klimawandel nur dann beurteilen, wenn man die Vergangenheit gut kennt.

Also ich kann nicht sagen, es ist besonders warm, kann schon sein, 30 Grad sind besonders warm, da fühlt man sich nicht sehr wohl außer in Klimaanlage oder im Bikini. Aber man muß vergleichen mit früher. Und wenn man das tut, dann stellt man fest, daß man sehr schnell an die Grenzen der Meßtechnik stößt.

Schlicht deswegen, weil die wichtigsten Utensilien, Thermometer etc., Windmesser und ähnliches erst Geschöpfe der Neuzeit und der jungen Neuzeit sind. Also thermometerweise also meßtechnisch können wir von Temperaturen vor Ort erst seit, ja im Grunde erst seit den Satelliten sprechen, wenn man das Ganze, den ganzen Globus betrachtet.

Lokale Messung natürlich schon viel früher. Und wenn man also diese ansieht, dann stellt man fest, da ist eine Veränderung gegeben, und zwar in Richtung Erwärmung. Also wir haben Hinweise aus der Vergangenheit von Warmzeiten wie Kaltzeiten, die deutlich belegen, daß das Klima sich schon immer gewandelt hat. Denken Sie an die schrecklichen Eiszeiten, die alle 100.000 Jahre Pi mal Daumen die Erde heimsuchen und dann auch wieder die Warmzeiten.

Reporterin: Es gibt aber auch kleine Eiszeiten. Es gehört auch zu dem Klima dazu.

Limburg: Es gibt große und es gibt kleine. Denken Sie an die römische Warmzeit. Die Römer haben ihr Weltreich in kurzen Röckchen und Sandalen erobert. Hannibal trieb seine Elefanten über die Alpen. Das ging nur, weil es zu der Zeit besonders angenehm warm war, wesentlich wärmer als heute übrigens. Und das andere ist die Eiszeit, die kleine Eiszeit, die hat die Wikinger aus Grönland zum Beispiel vertrieben. Die mußten dort abhauen, weil es einfach nicht mehr möglich war, dort Ackerbau und Viehzucht zu betreiben. Und diese kleine Eiszeit, die ging dann so etwa bis 1850.

Und wenn man das vergleicht und sieht, daß es also a) wesentlich stärkerer Erwärmung wie auch Abkühlung gab, auch in kürzerer Zeit, dann ist die heutige Erwärmung erstens nicht besonders groß und nicht besonders schnell. Und jetzt ist die zweite Frage: Kann man die dem Mensch zuordnen und da sagen wir, dafür gibt es keinen Beleg. Man kann natürlich eine Hypothese aufstellen, die das CO₂ (Kohlendioxid) zum Inhalt hat, als Treiber.

Wobei niemand bestreitet, daß das CO₂ bestimmte Infrarot-Eigenschaften hat, die andere Gase auch haben. Aber es gibt keine Korrelation zwischen der Temperatur und der Konzentration des CO₂ in der Atmosphäre.

Reporterin: Ist das nicht auch ein bißchen diese ...

Limburg: Und nur die zählt. Es zählen also nicht die Emissionen von CO₂, darauf komme ich gleich, sondern die Konzentration.

Reporterin: In der Atmosphäre?

Limburg: In der Atmosphäre, und die steigt.

Reporterin: Logischer Weise ...

Limburg: Und jetzt würde ich mal Sie fragen, ob Sie in der Schule aufgepaßt haben, wie viel CO₂ gibt es denn in der Atmosphäre?

Reporterin: Ja, ich hab, ach so, aber das weiß ich, glaube ich, es sind auf jeden Fall wenige, wenige Prozent. Wie hatten Sie den Vergleich gezogen, wenn die Atmosphäre 10 Meter dick wäre, dann wären 40 Zentimeter davon CO₂?

Limburg: Ich sag's mal anders, es sind also genau 0,04 Prozent. 0,04 können Sie auf zehn Meter umrechnen, ich rechne es mal auf die Zahl der Luftmoleküle um: Auf 10.000 Moleküle Luft kommen vier Moleküle CO₂.

Reporterin: Aktuell.

Limburg: Aktuell, und vor 150 Jahren, so glaubt man, sicher weiß man das auch nicht, waren es drei Moleküle, knapp 280 pm also rund knapp drei Moleküle. Dieses eine Molekül mehr ist eindeutig da.

Reporterin: Ist das menschengemacht?

Limburg: Das ist die zweite große Frage. Was wir wissen ist definitiv, daß nach dem Ende des zweiten Weltkriegs die industrielle Produktion weltweit zunahm und sich das ausbreitete, wie auch der Wohlstand sich ausbreitet und so weiter, nicht nur bei der Energieerzeugung, sondern bei Transport und bei vielen anderen Dingen. Und daß deswegen die Emissionen massiv angestiegen sind und immer noch ansteigen. Die zweite Frage ist dann: Wie viel von dem emittierten CO₂ verbleibt in einer Atmosphäre?

Und da gibt es großen Streit unter den Gelehrtenkreisen. Manche sagen zwei Prozent bleibt drin, manche sagen 50 Prozent. Und jeder hat genügend Indizien, daß das einigermaßen stimmt, wie auch immer, und reichert sich dann in der Atmosphäre an. Also die Überlegung ist, weil wir das CO₂ in den Emissionen so stark angereichert haben, oder ansteigen lassen und das nur in der Atmosphäre sich mehr oder weniger anreichert, muß das die Ursache sein für die Erwärmung. Daß das ganz natürliche Ursachen haben kann, das wird massiv geleugnet. Langsam weichen die Fronten auf ...

Reporterin: Aber wird das geleugnet? Es gibt doch den natürlichen Treibhauseffekt, und von dem hat man ja schon lange gesprochen.

Limburg: Man tut so, als ob wir ein Anrecht auf ein konstantes Klima/Temperatur, es geht ja fast nur um Temperatur, hätten, wobei die Vergangenheit uns lehrt, daß das ganze Gegenteil der Fall ist. Das Klima ändert sich so lange, wie es eine Atmosphäre auf diesem Planeten gibt, also seit gut drei Milliarden Jahren. Also wir finden, um es kurz zu machen, keine Korrelation. Das heißt ein Gleichlauf zwischen der Entwicklung der CO₂-Konzentration und der Mitteltemperatur der Erde, zu der kann man auch viel sagen, über keinen Vergangenheitszeitraum, sei es kurz, mittel oder lang. Eine Korrelation ist eine Voraussetzung dafür, daß zwischen beiden Größen ein Zusammenhang besteht, aber bei weitem kein Ersatz für einen Beleg, einen Beweis.

Reporterin: Nun ist der, anscheinend der wissenschaftliche Konsens jedoch, daß der Klimawandel von Menschen gemacht wird durch den Ausstoß von CO₂. Ist die Hypothese so zu vereinfacht dargestellt oder ist das, sagen wir mal, die Hypothese, auf die auch unsere, das Pariser Abkommen das ehemalige Kyoto-Protokoll und so weiter. Die berufen sich doch darauf, daß diese These stimmt.

Limburg: Und diese These ist in mehrfacher Hinsicht falsch.

Reporterin: Genau, das kritisieren Sie ja, daß diese Hypothese, die auf verschiedenen Modellen beruht ...

Limburg: Darf ich auf die Frage antworten?

Reporterin: Ich möchte noch eine Zwischenfrage einfügen. Weil Sie sagen ja, daß die Hypothese, die auf verschiedenen Modellen beruht, nicht richtig ist, also daß die Modelle auch nicht richtig sind. Aber woher wissen Sie denn, oder wieso ist denn Ihre Antithese, die doch sicherlich auch auf Modellen beruht, wieso ist diese denn korrekt?

Limburg: Nein. Zunächst mal, Sie haben ja am Anfang gesagt, es sei Konsens in der Wissenschaft. Konsens in der Wissenschaft, selbst wenn es stimmte, und es stimmt nicht, ist kein Wert. In der Wissenschaft herrscht keine Demokratie und es gibt keine Mehrheitsentscheidungen. Einstein pflegte immer so nett zu sagen als man ihm sagte, daß Wissenschaftler seine Relativitätstheorie falsch finden, sagt er wenn die recht hätten genügte einer. Also in der Wissenschaft ist ein Beweis notwendig oder ein Gegenbeweis, um eine Theorie auszuhebeln. Aber eine Mehrheitsentscheidung ist völlig nutzlos, wertlos.

Zum zweiten stimmt das auch nicht, es gibt zigtausende Wissenschaftler auf der Welt, die im klimanahen Bereich, Geologen oder Meteorologen oder Physiker, die sich damit beschäftigen, arbeiten. Die völlig anderer Meinung sind als das, was allgemein als Konsens dargestellt wird. Und das dritte ist, wir arbeiten nicht mit Modellen, wir arbeiten schlicht mit der Realität. Wir gucken uns die Vergangenheit an und sehen, daß es immer schon Klimaschwankungen gab

und fragen uns, warum zum Teufel soll plötzlich das CO₂ diese Eigenschaft bekommen wo es die früher nicht hatte? Das ist physikalisch schlicht unmöglich.

Reporterin: Aber leiten Sie aus diesen, aus der Vergangenheit, keine Prognosen für die Zukunft ab? Weil das ist ja auch das, was die anderen immer so machen möchten.

Limburg: Ja, das ist schlicht unmöglich. Klima ist ein chaotisches System. Und das IPCC selber hat in seinem dritten Bericht festgestellt: Chaotische Systeme, ich verkürze das jetzt mal, lassen sich de facto nicht vorhersagen. Das ist Stand des Wissens, das wissen alle. Versucht es aber trotzdem und sagen, das sind dann keine Prognosen, sondern Szenarien. Das ist eine Umbenennung desselben Babys, ob es nun Karl Egon heißt oder Egon Karl ist letztendlich immer noch dasselbe Baby.

Also man versucht, die Prognosen zu machen und macht da bestimmte Annahmen, steckt dafür Geld und sehr viel Geist da rein, nur es zeigt sich, daß diese Klimamodelle weder die Klimavergangenheit richtig darstellen können, noch die Klimagegenwart, und schon gar nicht die Klimazukunft, soweit wir das schon erlebt haben, es sind ja schon 30 Jahre vergangen. Also wir gucken uns die Vergangenheit an, versuchen die Ursachen einigermaßen zu definieren, die zu diesen Änderungen geführt haben, was niemals sicher ist, sondern nur eine Wahrscheinlichkeitsbetrachtung und sagen, wenn das so ist, dann ist es ziemlich wahrscheinlich, daß es auch in Zukunft so sein wird.

So arbeiten wir, und so sollte man allgemein arbeiten, denn Klimamodelle, wie gesagt, sind chronisch unzuverlässig und gemacht worden, um den Einfluß des CO₂ sozusagen über den Umweg Computer nachzuweisen. Das ist auch so der einzige Beweis, der von diesen Leuten gebracht wird. Ich sage wir können das nicht in der Natur nachweisen, diesen Einfluß, wir können das nur in numerischen Klimamodellen nachweisen.

Reporterin: Aber welchen Grund hätte es denn, den Klimawandel über Politik und Medien so zu etablieren? Also wer sollte denn davon profitieren?

Limburg: Ich glaube, die Frage ist rhetorisch gemeint, oder?

Reporterin: Ich meine, daß man eine Industrie damit befeuern kann, jetzt die erneuerbaren Energien, das ist mir schon klar. ...

Limburg: Das sehn Sie zu kurz, Entschuldigung!

Reporterin: Aber Sie, aber Sie müssen ja auch bedenken, daß jetzt hier Big Oil auch sehr großen Einfluß haben, und die wären doch die ersten, die daran interessiert wären, diese Klimawandelthese zu revidieren.

Und soweit ich weiß, haben Sie noch keinen großen Check von irgendeiner Ölfirma bekommen, also Sie warten immer noch darauf, das heißt da müßte es doch dann theoretisch Interessenkonflikte geben. Also wer sollte denn dann davon profitieren?

Limburg: Na ja, man muß natürlich eins berücksichtigen: Wir leben in einer Zeit mit großem Wohlstand. Und dieser große Wohlstand basiert auf billiger Energie, neben vielen anderen Faktoren: Organisation, Talent, Kapital und so weiter und so weiter. Und diese billige Energie wird in aller Regel durch fossile Brennstoffe bereitgestellt und zu einem gewissen Teil auch durch Kernkraft. Auf der anderen Seite haben wir natürlich auch eine gewisse Entfremdung von der Natur. Wir leben in großen Städten. 50 Prozent der Menschheit lebt inzwischen in großen Städten.

Und wir merken natürlich, daß wir auch unsere Umwelt überlasten, wobei man dazu sagen muß, je besser es einem Land geht, einer Nation geht, desto besser geht's auch ihrer Umwelt, das hängt auch zusammen. Und trotzdem hat man nun die Möglichkeit gefunden, durch eine geringe Temperaturschwankung - niemand würde sich normalerweise über ein Grad Erwärmung aufregen, wir haben in Berlin eine Mitteltemperatur von 9 Grad, und wenn wir mal 30 Grad haben dann stöhnen wir schon, wenn wir über 22 Grad haben, fühlen uns wohl also 13 Grad Differenz finden wir ganz prima, wer regt sich über ein Grad auf, die Erwärmung in der

Mitte des letzten Jahrhunderts ...

Aber wenn wir daraus eine Gefahr ableiten, eine richtig große Katastrophe und zwar die, die die ganze Menschheit betrifft, und obendrein auch grenzüberschreitend ist, dann bieten sich ungeahnte Möglichkeiten der Steuerung, der Einflußnahme und auch des Geldverdienens. Sie glauben ja gar nicht, was allein in die Klimaforschung für Milliarden, Zehnermilliarden von Euros in Dollar geflossen ist, oder aber nun auch in die Vermeidungsstrategien.

Dieses Klimaabkommen von Paris, knapp 30 Seiten, enthält genau drei Zahlen: zwei Grad, 1,5 Grad, und in drei Jahren nach Kündigung kann man raus. Alles andere ist offen. Aber es steht drin: Ihr müßt in Green Climate Fund bedienen. Und der ist angelegt auf 100 Milliarden Dollar jährlich, den die Verursachernationen für diese potentielle Katastrophe einzuzahlen haben, und die an die Nachzügler, also die nicht entwickelten Länder ausgezahlt werden. Und der soll innerhalb weniger Jahre auf 500 Milliarden Dollar angehoben werden, das was wir zu zahlen haben. Deutschland schon ist vorne dabei.

Ja was meinen Sie denn, was das für eine Attraktion auslöst für tausende von Lehrstühlen, von Forschern, von Verwaltungsbeamten, von Überwachungsorganen? Die müssen genehmigen, die müssen verteilen, die müssen ablehnen, die müssen schauen. ...

Also es gibt ein großes Interesse daran, dieses Steuerungsinstrument, da spricht man ja auch von Klimagerechtigkeit, weltweit zu etablieren und deswegen ist auch die UNO so vehement hinterher, weil ihr dadurch Macht zuwächst. Macht in der Verteilung von Geld und von Einfluß und so weiter. Es wurden hunderte von Unterbehörden gegründet, um allein die Folgen des Paris-Abkommens und aller vorherigen zu bewältigen, zu administrieren, zu verwalten, immer mit Dienstwagen, und so weiter. Das ist der Hintergrund nach unserer Sicht.

Reporterin: Das ist auch immer ein sehr hoch komplexes Arbeitsbeschaffungssystem.

Limburg: Ja, aber ein funktionierendes! Solange ich Angst erzeuge, und das weiß die Kirche seit 2.000 Jahren, und andere Religionen wissen das auch, und dann obendrein noch den Charme habe, daß die Erlösung erst in weiter Zukunft entweder im Paradies oder in hundert Jahren stattfindet, daß wir also entweder gewonnen haben oder verloren haben.

Niemand kann Frau Merkel dafür verantwortlich machen in zwanzig, dreißig Jahren, daß sie danebengelegt hat. Weil sie dann entweder im Spätruhestand ist oder schon tot. Also, das ist eine Attraktion, die diese Panik-Methode auslöst auf die Politik, sie können das, was sie schon immer gerne machen wollten, kujonieren, drangsalieren und abkassieren. Und das mit Zustimmung der Betroffenen. Was gibt es Schöneres?

Reporterin: Das hört sich jetzt nach einer großen Klimaverschwörung an.

Limburg: Es ist keine Verschwörung, das wäre falsch. Aber es ist eine Art Selbstorganisation. Insbesondere die Grünen, aber auch alle, die den grünen Ideen folgen, haben erkannt, wie wunderbar sich dieses Mittel eignet, um Ziele zu verwirklichen, die gar nichts mit dem Klima zu tun haben. Wir nehmen das Beispiel von Herrn Edenhofer, der wurde gefragt von der NZZ vor ein paar Jahren vor (der Klimakonferenz von) Cancun; Was ist das eigentlich was sie da machen? Und er hat gesagt das hat mit Umweltschutz, Klimaschutz hat mit Umweltschutz so gut wie gar nichts zu tun. Es dreht sich allein um Umverteilung von den reichen Nationen zu den Armen, darum dreht sich das.

Reporterin: Aber leiden denn arme Nationen eben nicht unter diesen Umweltzielen? Die können sie ja gar nicht erfüllen. Zumindest war das lange generativ.

Limburg: Die Klimaschwankungen, die alle Nationen erleiden oder erleben, sind da. Ob ich eine Dürre in Ostafrika habe oder beispielsweise im arabischen Raum, das kommt, und geht und wenn man sich die Dürren der vergangenen Jahrzehnte anschauen und Jahrhunderte, dann ist es eher weniger als mehr. Das Gleiche gilt für alle anderen Sorten von Extremwetter, aber natürlich sind immer mehr Menschen da, die von diesen Naturkatastrophen betroffen sind, wobei die Zahl der Betroffenen absolut zurückgeht, aber die Schäden werden insgesamt grö-

ßer.

Viele in den Entwicklungsländern insbesondere bauen ihre Zweithäuser, Zweitwohnungen an den Ufern der Meere. Da gibt's Überschwemmungen, dann sind eben mehr Schäden die entstehen. Also die Schäden werden größer, aber die Zahlen der Extremwetter werden kleiner. Und es gibt auch keine Klima-Flüchtlinge. Natürlich gibt es jede Menge von schlechten Entwicklungen, wir erleben ja gerade eine ganze Menge, Afrika ist besonders betroffen.

Aber nicht deswegen, weil das Klima dort anders ist als sonst, sondern weil es einfach zu viele Menschen gibt innerhalb kürzester Zeit und wir nicht in der Lage sind und sie erst recht nicht, sich aus der Malaise heraus zu holen. Und wenn Sie jetzt diesen Klima-Fonds sehen, der ja den weniger entwickelnden Ländern die Möglichkeit geben soll, auf Kohle und Erdöl und Gas zu verzichten und statt dessen erneuerbare (Energie) zu verwenden, dann laufen die in eine Falle! Und deswegen machen sie auch nicht mit. Beispielsweise die Bundesrepublik nimmt jetzt China als großen Klimaverbündeten.

Reporterin: Das wäre jetzt mein Beispiel gewesen ja.

Limburg: China hat überhaupt nicht zugesagt, auf irgend etwas zu verzichten. Die öffnen jede Woche oder jede zweite Woche ein Kohlekraftwerk bevor 2030 erreicht ist, und dann werden sie darüber nachdenken, ob sie reduzieren. Heute sind sie schon der größte CO2-Emittent der Welt. Indien ist noch geschickter. Ein 1,3 Millionen Volk, die brauchen dringendst billige Energie.

Also sagen sie, machen wir das auch um jeden Preis - die Australier bauen gerade riesig Kohlehäfen zum Verschiffen der Kohle nach Indien - sagen aber, wir machen trotzdem beim Klimafonds mit. Erst mal kriegen wir von euch Milliarden, deswegen war der Modi jetzt gerade hier, und zum zweiten versprechen wir nur, daß wir unsere Effizienz verbessern, also Energienutzung, aber auch nur halb so viel wie sie bereits erreicht haben.

Also die großen Entwicklungsländer oder entwickelten Länder sowie China, Schwellenländer und alle anderen auch denken nicht im Traum daran, irgend etwas von ihrer Entwicklung aufzugeben, aber sie hoffen natürlich gerne und kriegen das auch auf die hunderte von Milliarden, die dieser Klima-Fonds und andere Maßnahmen hinbringen.

Reporterin: Was würde denn jetzt passieren, wenn wir, und ich spreche jetzt mal vielleicht spezifisch über Europa, weil Sie ja sagen, die anderen engagieren sich nicht wirklich oder zumindest nicht in vorhersehbarer Zeit. Was würde denn passieren, wenn wir hier in der EU, die ja Klimaschutz überhaupt sehr groß schreiben, wenn wir uns von diesen Klimaschutzzielen verabschieden würden?

Limburg: Gar nichts. Mit dem Klima passiert gar nichts, so nicht und so nicht. Wenn Sie an den Unsinn glauben, dann sind das gerade mal ein paar hundertstel Grad Celsius irgendwann in 100 Jahren, die dann stärker ansteigen sollte, könnte, möchte, also sofern diese Hypothese überhaupt auch nur annähernd stimmt. Und wenn Sie es nicht tun und nicht dran glauben, dann passiert auch nichts, aber was wir tun, wenn wir dieses verfolgen, ist, daß wir uns konkurrenzunfähig machen.

Wir fallen zurück, wir vernichten viele Teile unserer Industrie, insbesondere von der energieintensiven Industrie und damit viele Jobs. Wir sehen ja, was mit den großen Versorgern passiert ist, die hunderttausende von Mitarbeitern haben, wertschöpfende Mitarbeiter, die müssen die reihenweise entlassen, weil sie nicht mehr, kein Geld mehr verdienen mit Kohle oder Gas oder Atomstrom, und ersetzt wird das durch eine dezentrale Infrastruktur, die das Geld nicht wert ist, was wir da reinstecken, weil sie nie effektiv und nie effizient sein kann.

Reporterin: Aber woher wissen Sie, daß es denn nie effizient sein könnte, also Windenergie Solarenergie. Ich weiß, Solarenergie ist in Deutschland vielleicht ein bißchen schwieriges Thema, aber wie kann man denn wissen, daß das niemals effizient sein wird? Müssen wir denn nicht in neue Technologien investieren?

Limburg: Also, ich hab einen gewissen Respekt, daß ich nicht ganz glaube, daß Wunder passieren. Und Wunder müßten passieren, damit Wind- oder Solarenergie ein Industrieland speisen können, zuverlässig und billig. Sie wissen selber, der Wind weht dann, wann er will. Wir hatten beispielsweise im Januar zehn Tage keinen Wind und keine Sonne, das nennt man Dunkelflaute. In der Zeit hatten wir aber einen hohen Strombedarf. Also mußten die verpönten Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke und Gaskraftwerke in die Bresche springen, mußten hochgefahren werden und den Strom liefern. Das läßt sich nicht ändern.

Das zweite ist, daß diese drei - wir haben Biomasse, wir haben Solar und wir haben im wesentlichen Wind - sich auszeichnen durch eine extrem geringe Energiedichte. Wenn Sie sich in die Sonne legen, dann kriegen Sie bestenfalls einen Sonnenbrand. Stecken Sie mal Ihre Hand in einen Kohleofen, das können Sie nur einmal machen, und dann ist nicht mehr viel übrig. Das heißt, die Energie pro Flächeneinheit ist bei diesen Quellen extrem gering. Also müssen Sie auch Riesenflächen belegen, deswegen diese Windparks, deswegen diese Solarparks, deswegen sind diese Monokulturen an Energiepflanzen.

Um sie zu verdichten, was sehr aufwendig, sehr teuer ist, um dann Energie daraus zu machen. Und dann haben Sie das Problem, daß Sie Strom nicht speichern können. Also müssen Sie riesige Aufwendungen betreiben, um das ganze zumindest weniger merkbar zu machen. Und dann haben Sie schon mal große Grundkosten, geht gar nicht anders. Betriebswirtschaftlich, volkswirtschaftlich geht das gar nicht anders. Und dann packen Sie noch Speicher obendrauf. Und alle Speicher, Sie können die mit 50 Prozent Wirkungsgrad vielleicht erfinden, vielleicht auch mit 60. Heißt, daß sie anfangs mehr Energie reinstecken als Sie hinten rausbekommen. Und die Speicher müßten riesig sein. Diese riesigen Speicher gibt es nicht.

Wir haben in Deutschland einen Verbrauch von 600 Terawattstunden im Jahr. Um einigermaßen über die Runden zu kommen - zehn, fünfzehn Tage Windstille und Flaute und Sonnenschein fehlt - bräuchten Sie eine wahnsinnige Menge von Speichern. Wir haben es mal ausgerechnet, das größte deutsche Pumpspeicherwerk, das ist die mit Abstand beste Methode, Energie zu speichern. Pumpspeicherwerk heißt, Sie nehmen Strom, pumpen Wasser auf einen Obersee, und wenn Sie Strom wieder brauchen, dann laß das Wasser durch Rohre fließen auf Turbinen und erzeugen wieder Strom.

Die haben in Wirkungsgrad von 75 % vielleicht, diese Dinger. Seit 100 Jahren kennen wir die. Das größte steht in Thüringen, heißt Goldisthal und kann gerade mal acht Gigawattstunden speichern. Wir brauchen aber das tausendfache davon. Das heißt, Sie brauchen tausendmal oder zweitausendmal Pumpspeicherwerk à la Goldisthal, kostete 600 Millionen Euro, Bauzeit 15 Jahre, Planungszeit 30 Jahre. Wenn wir die Topologie hätten, könnten wir das nicht mal bezahlen, das heißt wir gehen in die Billionen allein für Speicher.

Ich frage mich, wozu? Ich möchte das nicht. Wenn heute jemand kommt oder morgen, sagt, ich habe eine ganz tolle Idee, wunderbar, ich habe einen ganz tollen Energieerzeugungszyklus für Wärme, Transport oder für Strom, und das versuche ich am Markt durchzusetzen, ist besser oder billiger oder beides, ja warum denn nicht? Denn man muß sich gefallen lassen, daß man sagt, ich möchte nicht gezwungen werden, diesen Strom zu kaufen, und schon gar nicht für überteuertes Geld, sondern das soll derjenige bezahlen, der sicher ist, daß das die richtige Lösung ist.

Wenn morgen - Kernkraft ist zum Beispiel eine fantastische Lösung aber übermorgen vielleicht eine andere Lösung, ja warum denn nicht, hat auch niemand was dagegen. Der Markt sollte das entscheiden.

Reporterin: Was ist denn dann Ihre Meinung dazu, daß man effizienter mit Energie umgehen sollte, daß man auf Umweltverschmutzung achten sollte, weil es erscheint dann immer so, als wäre das alles nicht wichtig, das fällt ja alles auch unter dieses Thema 'Klima'.

Limburg: Nein, fällt es nicht.

Reporterin: Wird suggeriert.

Limburg: Wird suggeriert und wird auch mit Erfolg suggeriert, es ist das genaue Gegenteil. Also niemand, der klar im Kopf ist, hat was gegen Umweltschutz. Vaclav Klaus (ehemaliger Präsident der Tschechischen Republik) hat das mal so schön ausgedrückt, hat gesagt, niemand der klar im Kopf ist, wird in den Teich pinkeln, aus dem er sein Trinkwasser holt. Also, das ist völlig klar, wir sind sehr für Umweltschutz, wir sagen nur, Klimaschutz und Umweltschutz haben nichts miteinander zu tun.

Nehmen Sie dann doch mal an, was ist denn Klima? Klima ist nach Definition der Weltorganisation für Meteorologie die statistischen Wetterdaten von lokalem Wetter über mindestens 30 Jahre, besser 60 oder mehr Jahre. Lokales Wetter, Wetterdaten. Wer also das Klima schützen will, muß nach dieser Logik und dieser Definition mit dem Wetter anfangen. Auf diese dusselige Idee ist somit noch keiner gekommen, aber das ist die Konsequenz.

Also Klimaschutz ist eine absurde Idee, wir müssen uns vor dem Klima schützen, wenn wir das nicht täten, wenn wir uns nicht anpassen würden, würden wir in diesen Breiten gar nicht leben können. Auch das ist die Wahrheit. Also die Anpassung ist die richtige Antwort auf Klimawandel und nicht die Vermeidung von irgendwelchen vermeintlichen Substanzen, die wir in die Welt einbringen. Und zur Effizienz: Der Markt sorgt dafür, daß Effizienz geschieht. Also Effizienz ist eingebaut, wenn ich Konkurrenz habe.

Nehmen Sie die Stahlwerke, die haben eine bestimmte Menge an CO2 nötig, um eine Tonne Stahl zu erzeugen. Von sich aus, weil sie im Hochpreisland Deutschland produzieren wollen, müssen sie ihre Kosten so weit wie physikalisch-chemisch möglich senken. Und dazu gehört, daß sie diesen CO2-Einsatz zum Beispiel minimieren. Jetzt verlangt man von ihnen, daß sie noch weiter runtergehen, das geht physikalisch nicht. Also müssen sie aufgeben. Also die Effizienzsteigerung, die man als große neue Idee verkauft, ist in einen funktionierenden Markt eingebaut. Und das andere, was man hat, auch das folgt, wenn sie sehr effizient sind und damit einen Wettbewerbsvorteil haben, dann wird der Verbrauch trotzdem höher, weil immer mehr Leute sich dieses billigere Produkt leisten können.

Denken Sie an die Autos, die ersten Kfz konnte sich keiner leisten. Heute haben wir 40 Millionen in der Bundesrepublik, und die brauchen im Schnitt vielleicht acht bis neun Liter. Vorher haben die 20 Liter verbraucht, jetzt also das wird überspielt, eine zu hohe Effizienzsteigerung durch mehr Verbrauch, indem man einfach mehr und mehr von diesem Produkt kauft und einsetzt. Also das ist keine einfache Geschichte wie üblich, aber Effizienzsteigerungen sind nicht die Antwort auf die Klimafrage, mit Sicherheit nicht.

Reporterin: Sollte sich also Deutschland komplett von seiner Klimapolitik verabschieden?

Limburg: Ja, lieber heute als morgen. Eindeutig. Es ist ein Ritt ins Elend, und wenn wir dabei bleiben, und die Deutschen sind ja bekannt dafür, das hat schon Napoleon gewußt und Churchill, daß sie etwas bis zum bitteren Ende durchführen, wenn wir dabei bleiben, dann wird's uns fürchterlich schlecht gehen, was zur Zeit wo es uns gut geht, unglaublich klingt, aber das ist die Konsequenz:

Wir verlieren gegenüber allen Konkurrenten, die Chinesen lachen sich schief, daß wir ihnen auf den Leim gegangen sind und nicht nur Paris nicht nur unterschrieben haben, sondern auch noch ein Klimaschutzplan 2050 per Dekret verabschiedet haben, so wie Trump seine Dekrete verabschiedet, der vorsieht daß wir bis zum Jahr 2050 80 Prozent unserer CO2-Emissionen absenken auf das Niveau dessen, das wir heute allein für die Landwirtschaft aufwenden müssen.<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 9. Dezember 2018 (x951/...):

>>**Gezielte Zersetzung**

Die von den Eliten organisierten gesellschaftlichen Spaltungen ... dienen der Herrschaftssicherung.

von *Rainer Mausfeld* ...

Schon vor mehr als 250 Jahren drückte der große schottische Philosoph David Hume seine Verwunderung über die Leichtigkeit aus, mit der eine Minderheit von Besitzenden über die Mehrheit der Nichtbesitzenden herrschen kann. Nur durch Beherrschung der Meinung könne es, Hume zufolge, zu einer solchen Situation kommen. Diese Einsicht hat bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Denn demokratische Gesellschaftsformen sind für die tatsächlichen Zentren der Macht nur akzeptabel, wenn sie sich so gestalten lassen, daß sie für die Machtausübenden risikofrei sind.

Dies setzt voraus, daß diese die öffentliche Meinung in allen politisch relevanten Bereichen beherrschen können. Folglich stellt ein Meinungsmanagement in kapitalistischen Demokratien, die empirischen Studien zufolge in Wirklichkeit Wahloligarchien sind, eine der wichtigsten Herrschaftstechniken dar ...

Nun kann es Situationen geben, in denen Meinungsmanagement allein nicht mehr ausreicht, Demokratie für die wirklichen Zentren der Macht risikofrei zu gestalten. Daher wurde seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung von Psychologie und Sozialwissenschaften versucht, Techniken zu entwickeln, durch die sich auch andere psychische Bereiche beeinflussen und kontrollieren lassen.

Schon früh erkannte man, daß sich in der Bevölkerung trotz systematischer Manipulation von Meinungen ein politisches Veränderungsbedürfnis aufstauen kann, das sich gegen die Zentren der Macht zu entladen droht. Daher mußten Techniken entwickelt werden, durch die sich eine solche Veränderungsenergie neutralisieren, noch besser: spalten und zersetzen läßt.

Derartige Techniken wurden bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sehr erfolgreich eingesetzt, um die Arbeiterklasse sozial zu spalten und Gewerkschaften zu zersetzen. Über eine systematische Erzeugung von Falschidentitäten lassen sich soziale Spaltungen besonders wirksam bewerkstelligen.

Beispielsweise wurden damals raffinierte Methoden entwickelt, die dem Ziel dienen, daß Arbeiter sich nicht mehr mit ihrer sozialen Klasse identifizieren, sondern mit ihrem Arbeitgeber. Seitdem wurden diese psychologischen Techniken beständig erweitert und verfeinert - eine Entwicklung, die im Neoliberalismus einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

Eine ausgesprochen wirksame Methode, emanzipatorisches Veränderungspotential durch Spaltung zu neutralisieren, beruht auf einer recht einfachen Methode der Verklammerung. Wenn man nämlich Maßnahmen und Ziele, die mit moralischen und humanitären Werten verbunden sind, in geeigneter Weise mit Maßnahmen verklammert, die im Dienste imperialer oder ökonomischer Interessen stehen, so lassen sich humanitäre Maßnahmen gleichsam als Trojanische Pferde nutzen, um in nahezu unsichtbarer Weise Maßnahmen durchzusetzen, die ansonsten keine öffentliche Zustimmung finden würden. Beispiele einer solchen Verklammerungsmethode sind der "Kampf für Demokratie und Menschenrechte", der "Kampf gegen den Terror" oder das "Recht humanitärer Interventionen".

Das Gemeinsame an diesen Beispielen ist, daß sie gleichsam humanitäre Mogelpackungen sind. Sie verklammern nämlich aktuelle ernsthafte humanitäre Anliegen mit längerfristigen imperialen oder ökonomischen Interessen zu einem kaum mehr aufzuschlüsselnden Maßnahmenpaket. Der Öffentlichkeit wird dann vorgegaukelt, daß beide Aspekte unauflöslich verknüpft seien und die humanitären Ziele nur zu dem Preis zu verwirklichen seien, daß sie das Gesamtpaket akzeptiert.

Da humanitäre Anliegen in der Öffentlichkeit eine beträchtliche Attraktivität entfalten können, lassen sich auf diese Weise berechnete humanitäre Anliegen mißbrauchen, um mit ihrer Hilfe ökonomische oder auch imperiale Interessen durchzusetzen.

Auch die neoliberale Konzeption von Globalisierung ist ein derartiges Verklammerungspaket, mit dem sich humanitäre Aspekte und Menschenrechte als Ermächtigungsnormen zur Durch-

setzung einer Politik mißbrauchen lassen, die ökonomischen oder imperialen Interessen dient. Eine Verklammerung drängender humanitärer Anliegen mit Interessen mächtiger ökonomischer und politischer Akteure - etwa das Interesse global operierender Großkonzerne nach "flexiblem" und kostengünstigem "Humankapital" - führt nun gerade in emanzipatorischen Bewegungen oft zu inneren Spannungen und Konflikten, die sich sehr erfolgreich für Spaltungen nutzen lassen.

Zudem läßt sich der jahrhundertealte Kampf gegen die Demokratie durch eine Verklammerung humanitärer Anliegen mit Interessen einer neoliberalen Globalisierung besonders wirksam führen. Da der Neoliberalismus Demokratie als eine Art Marktstörung auffaßt, ist er weltweit der vehementeste Gegner demokratischer Organisationsformen. Für den neoliberalen Kampf gegen die Demokratie erweisen sich Themen, die mit vorgeblichen Sachzwängen der sogenannten Globalisierung zusammenhängen, als besonders geeignet, weil es aus grundsätzlichen Gründen keine globalisierten Formen von Demokratie geben kann.

Es ist nämlich, wie insbesondere Ingeborg Maus sorgfältig aufgezeigt hat, nicht möglich, den modernen Verfassungsbegriff auf eine Weltgesellschaft anzuwenden, da es keinen globalen "demos" und somit keinen globalen Träger einer demokratischen gesetzgeberischen Souveränität gibt.

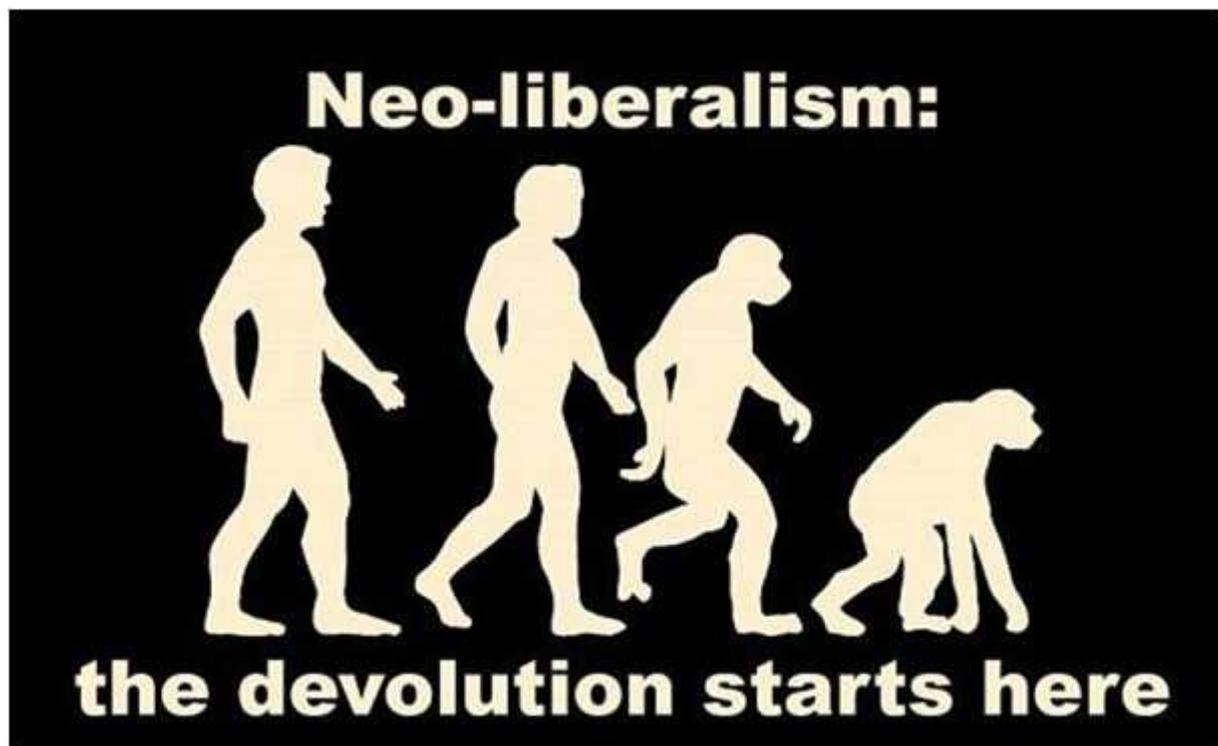
Es kann auf der Ebene der Weltgemeinschaft keinen öffentlichen Debattenraum geben, in dem unterschiedliche Partikularinteressen für ein politisches Handeln miteinander in Einklang gebracht werden könnten. Folglich kann es auf globaler Ebene auch keine Prozeduren einer demokratischen Konsensfindung und Friedenssicherung geben.

Die Idee einer demokratischen Gestaltung eines politischen Gemeinwesens wird auf globaler Ebene zwangsläufig völlig inhaltsleer. Dies gilt um so mehr, als die Zentren international operierender wirtschaftlicher Macht heute so organisiert sind, daß sie sich Gesetze, denen sie unterliegen, faktisch selber schreiben und keiner Form demokratischer Kontrolle und Rechenschaftspflicht unterliegen.

Demokratie und mit ihr mühsam erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften - wie der Sozialstaat und die mit ihm verbundenen Mechanismen einer Begrenzung von Exzessen kapitalistischer Akkumulation - sind auf die Ebene einzelstaatlicher Organisationsformen angewiesen. Auf globaler Ebene sind demokratische Legitimationsformen unmöglich.

Genau dies ist natürlich den mächtigen ökonomischen Akteuren sehr bewußt. Wenn diese also - wie im UN-Migrationspakt, der auf ein Migrationsmanagement zielt und nicht auf wirkliche Bekämpfung von Migrationsursachen - globale neoliberale Interessen mit berechtigten humanitären Anliegen verklammern, so können sie mit solchen humanitären Mogelpackungen zwei lästige Fliegen mit einer Klappe (er)schlagen.

Zum einen läßt sich so demokratischen Organisationsformen längerfristig ihre Grundlage entziehen. Zum anderen eignen sich diese Verklammerungen durch die Spannungen, die sie in emanzipatorischen Bewegungen erzeugen, besonders gut, Dissens durch Spaltung einzudämmen und Veränderungsenergien, die sich gegen die Zentren der Macht richten, auf andere Ziele umzulenken und somit politisch unwirksam zu machen.



Wie lassen sich geeignete Gegenstrategien gegen Herrschaftstechniken einer Zersetzung und Spaltung von Dissens entwickeln? Dazu müssen Funktions- und Wirkmechanismen dieser Techniken sorgfältig analysiert und öffentlich behandelt werden. Gegenwärtig spricht viel dafür, daß diese emanzipatorische Aufgabe nur auf außerparlamentarischen Wegen geleistet werden kann.

Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 14. Dezember 2018 (x950/...):

>>Das Modell Elitendemokratie ist historisch verheerend gescheitert

Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln.

von Marcus Klöckner im Interview mit *Prof. Dr. Rainer Mausfeld*

Herrschaft und Macht zu verschleiern, darum geht es in den demokratischen Systemen unserer Zeit. Zu diesem Ergebnis kommt Rainer Mausfeld bei seiner Auseinandersetzung mit Politik und Medien. Die Geschichte habe immer wieder bewiesen, wie real eine unersättliche Gier nach Macht sei, eine Tatsache, die auch heute gelte. Deshalb, so Mausfeld, müsse man auch in unserer gegenwärtigen politischen Situation Macht genau betrachten.

Streng geht Mausfeld mit den Medien ins Gericht. Zwar existiere durchaus ein kritischer politischer Journalismus, allerdings finde dieser dort seine Grenzen, wo die große Weltpolitik stattfindet. "Wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind", so Mausfeld. Ein Interview über Schein und Sein der politischen Verhältnisse.

Marcus Klöckner: Herr Mausfeld, bei der Auseinandersetzung mit Ihrem Buch fällt auf, daß immer wieder die Begriffe "Herrschaft", "Herrschaftsstrukturen" oder "Macht" auftauchen. In den Medien finden sich diese Begriffe, wenn es um Deutschland geht, hingegen eher selten. Oder?

Rainer Mausfeld: Das ist eine interessante Beobachtung. Die Kernkategorie alles Politischen, nämlich Macht, kommt in politischen Diskussionen der Leitmedien so gut wie gar

nicht vor. Und wenn, dann nur auf eine ziemlich oberflächliche Weise. Über Herrschaft und Macht redet man im Zusammenhang mit unserer Demokratie bzw. unserem "Herrschaftssystem" einfach nicht mehr. Es soll wohl der Eindruck entstehen, außerhalb des Volkes gäbe es keine Zentren politischer Macht. Also brauchen wir auch nicht darüber zu reden. Dabei ist es in unserer gegenwärtigen politischen Situation besonders wichtig, Macht genau zu betrachten.

Marcus Klöckner: Was bedeutet denn Macht?

Rainer Mausfeld: Macht heißt, daß jemand die Möglichkeit hat, seine Interessen gegen andere durchsetzen zu können und Entscheidungen zu treffen, die ihm zu Gute kommen. Wer Macht hat, kann durchsetzen, was zu seinem Vorteil ist. Macht über andere zu haben bedeutet, andere dem eigenen Willen unterwerfen zu können. Noch einmal: Macht ist die Kernkategorie des Politischen. Und deswegen ist es eigenartig und bemerkenswert, wenn Medien nicht mehr über Macht und Herrschaft reden. Das wäre so, als würde man in einer Akademie für Fische nicht über Wasser reden.

Auf jeden Fall zeigt die Geschichte, daß das Streben nach Macht dazu neigt, unersättlich zu sein. Diese Gier führt uns zu den dunklen Seiten des Menschen, und sie hat im Laufe der Zivilisationsgeschichte gigantische Blutspuren hervorgebracht. In der Zivilisationsentwicklung ging es deshalb darum, Wege zu finden, wie man Macht einhegen kann. Die zentrale Frage lautete und lautet: Wie kann man verhindern, daß eine Gesellschaft so organisiert ist, daß der Stärkere den Schwächeren seinem Willen unterwirft?

Marcus Klöckner: Und dabei kommt die Demokratie ins Spiel.

Rainer Mausfeld: Ja. Wir alle haben ein natürliches Freiheitsbedürfnis. Wir haben einen Widerwillen gegen Zwang. Wir wollen uns nicht dem Willen eines anderen unterwerfen. Dieses Bedürfnis ist die erste Quelle in der Zivilisationsgeschichte, aus der die Demokratie entstanden ist.

Die zweite Quelle ist das Bemühen, den Frieden zu sichern - und zwar den Frieden innerhalb der Nationen, also den sozialen Frieden, sowie den Frieden zwischen den Nationen. Innenpolitisch führt das zur Idee der Demokratie, außenpolitisch zur Idee eines Völkerrechts. Es ging bei diesen Bemühungen stets darum, unterschiedliche Meinungen und Interessen auf friedlichem Weg in Einklang zu bringen.

Das Problem ist, daß diejenigen, die Macht haben, kein Interesse daran haben, ihre Macht abzugeben oder mit jemandem zu teilen.

Marcus Klöckner: Das ist im Grunde genommen eine ziemlich banale Erkenntnis.

Rainer Mausfeld: Das ist in der Tat eine ganz banale und offenkundige Einsicht in das Wesen von Macht - zumindest für diejenigen, die nicht ideologisch vernebelt sind.

Marcus Klöckner: Weiter mit Ihren Gedanken zur Demokratie.

Rainer Mausfeld: Die Lehre aus den Blutspuren der Zivilisationsgeschichte war immer wieder, zu versuchen, Macht einzuhegen.

Nur: Warum sollten die Mächtigen sich überhaupt darauf einlassen, ihre Macht begrenzen zu lassen oder zu teilen? Sie können ja schließlich ihre Macht auch mit physischer Gewalt durchsetzen. Dies ist jedoch mit beträchtlichen Kosten verbunden, so daß man auf eine wirkungsvollere Idee kam. Angesichts unseres natürlichen Bedürfnisses nach Freiheit und Selbstbestimmung und dem daraus resultierenden Druck des Volkes gab man diesem schließlich die Demokratie.

Genauer jedoch: Man gab ihm etwas, das oberflächlich und dem Namen nach so aussieht, jedoch so beschaffen ist, daß es den Status und die Interessen herrschender Gruppierungen nicht beeinträchtigt. Die so entstandene Form einer sogenannten Elitendemokratie hat den Vorteil, daß sie Macht und Herrschaft verschleiern und am Ende die Bürger glauben, ihre Wahlscheidungen seien für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation verantwortlich, schließlich haben sie die Regierenden ja selbst gewählt.

Marcus Klöckner: Wie gestaltet sich nun die Realität?

Rainer Mausfeld: Unsere politischen Alltagserfahrungen zeigen zur Genüge, daß die Realität weit von der offiziellen Demokratierhetorik abweicht. Dieses subjektive Erleben hat auch ein solides objektives empirisches Fundament in Erhebungen der Politikwissenschaft - insbesondere die *Princeton-Studie* der Politologen Martin Gilens und Benjamin Page aus dem Jahr 2014.

Sie hat zum Vorschein gebracht, daß das durchschnittliche Stimmgewicht eines US-amerikanischen Wählers auf politische Entscheidungen praktisch bei null liegt. Das heißt: Es läßt sich in quantitativen empirischen Studien zeigen, wie illusionär in unseren kapitalistischen Elitendemokratien die Vorstellung von echter Demokratie ist. Aus diesem eindeutigen Befund müssen wir endlich angemessene Schlußfolgerungen ziehen, denn immer wieder wird behauptet, daß die Meinung der Bürger, im Einklang mit demokratischen Prinzipien, ein wesentliches Gewicht bei grundlegenden politischen Entscheidungen hätte.

Die Strukturen, mit denen wir es zu tun haben, sind jedoch so gebaut, daß die politischen Präferenzen normaler Bürger nicht in die tatsächlichen Entscheidungsprozesse eingehen. Auch bei uns läßt sich das bei einem Vergleich dieser Entscheidungen mit den in Umfragen erhobenen Präferenzen erkennen. Die politischen Präferenzen der Bürger liegen meist weit links von denen der Regierung. Auslandseinsatz der Bundeswehr? Beziehungen zu Rußland? Krieg? Soziale Gerechtigkeit?

In zentralen Fragen stellen Volksvertreter und Exekutive oft ganz anders die Weichen, als die Bürger es mehrheitlich wünschen. Faktisch haben also die Bürger, das war ja gerade die Leitidee einer Elitendemokratie, keinen Einfluß, sie sind politisch entmachtet.

Wolfgang Schäuble sagte einmal, Wahlen dürften den wirtschaftspolitischen Kurs nicht ändern. Er bringt damit offen zum Ausdruck, wo die tatsächliche Grenze des Einflusses liegt, den Bürger haben.

Natürlich könnten die strukturellen demokratischen Elemente, die in unserem politischen System enthalten sind und in der Tat wichtige demokratische Elemente erkennen lassen, wie etwa Wahlen, durchaus zu einer Re-Demokratisierung genutzt werden. Aber: Derzeit werden diese Elemente neutralisiert und können sich nicht im Sinne einer Demokratisierung der Demokratie entfalten.

Marcus Klöckner: Welche Rolle spielen die Medien in diesem System?

Rainer Mausfeld: Die Leitmedien spielen bei politisch relevanten Themen überwiegend die Rolle, die Herolde früher bei Hofe gespielt haben.

Marcus Klöckner: Das ist eine ziemlich harte Aussage.

Rainer Mausfeld: Natürlich gibt es Ausnahmen, doch sind viele Journalisten so sehr mit den Machtstrukturen identifiziert, daß sie gleichsam als deren Boten agieren. Wenn wir auf die Medien blicken, ist die Situation ähnlich wie bei der Demokratie. Es gibt den Anschein, daß Medien die vierte Säule der Demokratie sind, aber dieser Anschein täuscht über die Realität hinweg. Tatsächlich sind sie in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden und damit Teil der Kräfte, die demokratische Strukturen zu unterminieren suchen. Das alles ist seit langem bekannt und empirisch gut belegt.

Marcus Klöckner: Es gibt doch durchaus einen kritischen politischen Journalismus. Journalisten decken Mißstände auf, Medien legen sich mit Politikern an.

Rainer Mausfeld: Das ist überwiegend ein Trugbild. Man muß nur hartnäckig genug die Oberfläche durchdringen, um dieses Trugbild zu erkennen. Ich will natürlich nicht bestreiten, daß es einen kritischen Journalismus gibt und Journalisten Skandale, auch politische, aufdecken. Aber auch bei diesen journalistischen Glanzleistungen gilt es dennoch, genauer hinzuschauen.

Bei allen Fragen, die nicht von hoher politischer Relevanz sind, dürfen Journalisten sich in der

Regel austoben und kritisch sein, so viel sie wollen. Aber wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind. Ob es um die Ukraine, um Rußland, um Syrien oder die NATO geht: das ist für Journalisten und Medien vermintes Terrain. Wer als Journalist bei einer großen Zeitung arbeitet und bei Themen wie diesen von der vorherrschenden Sicht - also der Sicht der Herrschenden - abweicht, wird große Probleme bekommen.

Um ein Beispiel anzuführen: Die New York Times hat vor einiger Zeit einen großen Bericht darüber gebracht, an wie vielen Morden die US-Special Forces beteiligt waren und wie brutal sie vorgegangen sind. Der Bericht wurde oft als Musterbeispiel zelebriert, das deutlich mache, wie offen und schonungslos in der freiesten Presse der Welt Mißstände aufgezeigt würden. Die Botschaft war klar: Für eine grundsätzliche Kritik an der Rolle unserer Medien gibt es eigentlich keinen Anlaß.

Nur: Diese Verbrechen wurden von der New York Times in einer solchen Weise berichtet und in einen solchen Kontext eingebunden, daß sie die eigentlichen politischen Verantwortlichkeiten verdeckt haben.

Marcus Klöckner: Konkret, was wurde verdeckt? Wie meinen Sie das?

Rainer Mausfeld: Es ging bei dem New-York-Times-Bericht konkret um die verdeckten Mord-Operationen der Special Forces, insbesondere des geheimnisumwobenen SEAL Team 5, das auch Osama bin Laden ermordete. Die US-Special Forces, die über einen Jahresetat von vielen Milliarden Dollar verfügen, führten, dem Bericht zufolge, überall auf der Welt verdeckte Operationen durch - auch undercover in Rollen als zivile Mitarbeiter. Mittlerweile seien sie zu einer "global manhunting machine", einer Menschenjagd-Maschine, geworden. Nun ist natürlich verständlich, daß man im Kampf gegen das Böse nicht darauf verzichten kann, auch gelegentlich die zivilisatorischen Samthandschuhe auszuziehen.

Leider hätten die Special Forces dabei jedoch etwas über die Stränge geschlagen und "Schlachtfeste an Zivilisten" durchgeführt. Mit einer solchen interpretativen Einbettung derartig systematisch durchgeführter Morde verdeckt die New York Times nicht nur die politischen Verantwortlichkeiten, sondern sie verdeckt auch die historischen Kontinuitäten, indem sie die berichteten Morde als bedauerliche Einzelfälle erscheinen läßt.

Marcus Klöckner: Wie meinen Sie das?

Rainer Mausfeld: Insgesamt wird der Eindruck erzeugt, daß die Medien ihrer kritischen Rolle als Kontrolleure der Macht gerecht geworden seien. Schließlich haben sie ja über diese schrecklichen Ausnahmeexzesse offen berichtet, doch dürfe man natürlich von solchen Ausnahmefällen nicht darauf schließen, daß die entsprechenden staatlichen Apparate nicht von noblen Absichten getragen seien. Kurz: Trotz solcher scheußlicher und bedauerlicher Einzelfälle stehe im Grund politisch alles bestens.

Marcus Klöckner: Das heißt: Das Blatt berichtet zwar journalistisch kritisch über einen großen Skandal, zeigt auf, legt dar, aber die Kritik bewegt sich nur an der Oberfläche, weil die politisch Verantwortlichen nicht in den Vordergrund gerückt werden?

Rainer Mausfeld: Ja, das ist der Punkt. Eine solche Form der Kritik fördert die gedankliche Fragmentierung, weil sie die Vorgänge aus ihrem eigentlichen Sinnzusammenhang löst. Sie blockiert geradezu unsere Möglichkeiten, angemessene Schlußfolgerungen aus den berichteten Vorgängen zu ziehen. Nach einer kurzen öffentlichen Empörung ist dann auch alles schnell wieder vergessen. Bis zum nächsten bedauerlichen Einzelfall. Mit der Einzelfallrhetorik wird ein Interpretationsrahmen angeboten, der die eigentlich politisch Verantwortlichen gerade verbirgt.

Im Übrigen machte sich die New York Times auch das Argument zu eigen, daß ähnlich wie Drohnenmorde auch die verdeckten Operationen der Special Forces eine sehr effiziente Alter-

native zu kostspieligen Kriegen seien. Um wirksam zu sein, brauche man dazu nun einmal ein Bollwerk der Geheimhaltung um derartige Mordoperationen. Die New York Times bekräftigt damit die Kultur der Verantwortungslosigkeit, die bereits weite Bereiche der Staatsapparate durchzieht - und der Wirtschaft ohnehin. Die strukturell systematisch erzeugten Formen einer Verantwortungsdiffusion entziehen also weite Bereiche unserer Gesellschaft grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle.

Marcus Klöckner: Welche Möglichkeiten haben denn die Bürger, um die Demokratie zu stärken?

Rainer Mausfeld: Das ist in der Tat eine entscheidende Frage, denn Demokratie muß von unten errungen und kontinuierlich erhalten werden. Eine konkrete Antwort auf diese Frage zu geben, ist schwierig und banal zugleich. Denn natürlich hat jeder von uns in seinem sozialen Lebensbereich eine Vielzahl von Möglichkeiten, einen Beitrag hierzu zu leisten.

Zugleich wächst das Gefühl, daß unter den gegenwärtigen Organisationsformen der Macht Veränderungsenergien nicht mehr nach oben wirksam werden, es wächst also ein Gefühl der Aussichtslosigkeit. Dieses Gefühl gezielt zu fördern, war und ist bekanntlich seit jeher ein wichtiger Bestandteil eines Demokratiemanagements.

Wir müssen uns also damit auseinandersetzen. Das wird gerade unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung nicht einfach sein. Und es kann dafür keine allgemeinen einfachen Rezepte geben. Zwar könnte man hier auf Antonio Gramscis Bemerkung verweisen, daß uns auch bei einem Pessimismus des Intellekts der Optimismus des Willens bleibt. Leider hilft das jedoch auch nicht sonderlich, eine konkrete Antwort auf Ihre Frage zu geben. Es hilft jedoch, den Blick darauf zu lenken, daß so oder so die Zukunft unserer Gesellschaft von uns abhängt, von unserer Duldung und unserem Schweigen oder aber von unserem Veränderungswillen.

Marcus Klöckner: Ihr Buch zeigt ein Lamm auf dem Titel, das zusammengebunden ist. Warum dieses Bild?



Rainer Mausfeld: Das Lamm symbolisierte schon in der alten jüdischen Tradition das Tier, das vor seinen Scherern verstummt. Allgemeiner symbolisierte es Unschuld und Ahnungslosigkeit gegenüber bösen Absichten. Im Bereich des politischen Denkens kam, vor allem in der

griechischen Tradition, noch die Metapher von Herde und Hirte hinzu.

Das Buchcover zeigt ein Bild des spanischen Barockmalers Francisco de Zurbarán. In einem politischen Kontext aktiviert das gefesselte Lamm beim Betrachter vermutlich weitverbreitete Gefühle einer politischen Ohnmacht und eines Ausgeliefertseins - Gefühle, die auch mir gegenüber immer wieder in Gesprächen und Diskussionen zu meinen Vorträgen artikuliert werden.

Viele Menschen haben das Gefühl, daß die Politik der neoliberalen Alternativlosigkeit sie und nachfolgende Generationen um ihre Zukunftsplanung betrogen hat. Die neoliberale Transformation der Gesellschaft mit ihrer Ideologie des 'flexiblen Menschen', der seine Fremdverwertbarkeit durch den Markt zu optimieren habe, hat eine tiefe Verunsicherung in der Gesellschaft hervorgebracht. Eine Verunsicherung und soziale Ängste, die - wie vielfach aufgezeigt wurde - gezielt und systematisch erzeugt wurden.

Marcus Klöckner: Die Planungssicherheit ist bei vielen Menschen unter dem Neoliberalismus verlorengegangen.

Rainer Mausfeld: Absolut, nicht zu vergessen die Erhöhung beruflicher Unsicherheit, die Schaffung sozialer Verhältnisse, unter denen viele nicht mehr wissen, wie lange sie sich noch ihre Wohnung leisten können und vieles andere mehr hat natürlich eine massive Auswirkung auf das politische Verhalten und auf die Bereitschaft zu einer politischen Partizipation der Bürger. Soziale Ängste engen den Denkraum auf die Dinge ein, die zur Sicherung der eigenen Existenz notwendig sind.

Marcus Klöckner: Sie meinen also, daß unter den gegebenen Umständen viele Bürger einfach gar nicht mehr den Kopf haben, um sich politisch zu engagieren?

Rainer Mausfeld: Für politische Fragen des Gemeinwohls und damit für Demokratie läßt für viele die gegenwärtige Realität keinen Platz. Im Gegenteil: Abstiegsängste, Gefühle eines sozialen Kontrollverlustes, Ängste, die mit Gefühlen eines Identitätsverlustes und ähnlichem verbunden sind, lassen die Bereitschaft wachsen, Gefühle der Ohnmacht in dunklen menschlichen Kanälen rassistischer und nationalistischer Ressentiments zu entladen.

Das Aufblühen des Rechtspopulismus ist also eine direkte Folge der vorhergegangenen Jahrzehnte neoliberaler Politik und Alternativlosigkeit. Zugleich sucht nun die neoliberale 'Mitte' den von ihr beförderten Rechtspopulismus für eine weitere Angsterzeugung zu nutzen, um sich durch eine solche Drohkulisse bei Wahlen zu stabilisieren.

Die systematische Erzeugung von Angst ist ja seit jeher ein wichtiges Herrschaftsinstrument.

Marcus Klöckner: Ihre Ausführungen lassen wohl keinen optimistischen Ausblick zu, oder?

Rainer Mausfeld: Ein realitätsleerer Optimismus mag sich gut anfühlen, kann uns hier jedoch nicht helfen. Gesellschaftlicher Optimismus muß auf Einsicht in die politische Realität gegründet sein und mit einem ernsthaften Veränderungswillen einhergehen. Jedenfalls wird es nicht einfach, diesen Zirkel und die mit ihm verbundenen Ohnmachtsgefühle zu durchbrechen. Historisch waren es häufig gerade zivilisatorische Katastrophen, die die Bereitschaft erhöhten, Macht und ihre Exzesse einzuhegen und grundlegende Änderungen der Gesellschaftsorganisation durchzuführen.

Diese Möglichkeit, zur Vernunft zu kommen, ist uns heute wohl versperrt, denn der nächste große Krieg wird vermutlich der letzte sein. Wir müssen uns also auf anderen Wegen zu der Einsicht durchringen, daß das ideologische Modell, auf dem unsere gesellschaftliche Macht- und Gewaltordnung basiert, mindestens genauso gescheitert ist wie das ideologische Modell der damaligen Sowjetunion.

Wir haben jetzt seit über 50, ja 100 Jahren eine kapitalistische Elitendemokratie, deren zerstörerische Wirkungen in unserer Gesellschaft und auf dem Planeten mehr und mehr zutage treten. Immer mehr Bürger erkennen oder erahnen dies, andere können oder wollen es nicht sehen und suchen, apathisch oder trotzig, ihren Status quo zu retten, wie mancher Passagier auf

der Titanic. Das Modell Elitendemokratie ist jedenfalls, daran kann bei nüchterner Betrachtung wohl kein Zweifel bestehen, in verheerendem Maße historisch gescheitert.

Diese Einsicht wird interessanterweise offensichtlich auch von den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Zentren der Macht geteilt. Nur daß sie daraus entgegengesetzte Konsequenzen ziehen: Sie verzichten nämlich zunehmend vollends auf eine Demokratierhetorik und bedienen sich lieber einer Sicherheits- und Stabilitätsrhetorik, mit dem Ziel, die Bürger zu einer weiteren Selbstentmündigung zu verleiten, sodaß die Widerstände gegen die Errichtung eines autoritären Präventions- und Sicherheitsstaats möglichst gering sind.

Wir stehen also gegenwärtig, was die Gestaltung unserer Gesellschaft angeht und was unsere Zukunft allgemein betrifft, an mehrfachen Scheidewegen: gesellschaftlich, hinsichtlich einer Friedenssicherung sowie ökologisch. In solchen Situationen stellt auch ein Nichthandeln bereits eine Entscheidung dar. Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln. Wie die Zukunft aussehen wird, liegt also in unserer Hand. Möglichkeiten zum politischen Handeln gibt es genug. Wir müssen uns nur entschließen, sie zu ergreifen. ...

Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ... <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Dezember 2018 (x887/...): >>>**Jamaika jubelt**

Was mit AKK alles möglich wird, wo Kasse und Moral zusammenfinden, und wie wir die Osis integrieren

Der satirische Wochenrückblick mit *Hans Heckel*

Na also, läuft doch alles wie geschmiert. In der Dämmerung ihrer Regentschaft ordnet Angela Merkel unsere Welt nach ihrem Geschmack. Gerade hatten die CDU-Delegierten mit Annegret Kramp-Karrenbauer Merkels Ziehkind zur neuen Parteichefin gewählt, da war sie auch schon in Marrakesch, um den UN-Migrationspakt zu unterzeichnen.

Das Erbe ist geregelt. Mit AKK hat die CDU endlich jemanden, den die FDP zu schlucken bereit wäre, was den Weg zu Schwarz-Grün-Gelb freimacht. Und mit dem Pakt ist die Richtung festgetackert, in welche Deutschland, dieses "miese Stück Scheiße", dahinrotten soll.

FDP-Chef Christian Lindner hatte ja eigentlich gar nichts gegen "Jamaika", nur wollte er dieses Bündnis auf keinen Fall eingehen, wenn Merkel obendrauf sitzt. Nach der letzten Ehe mit ihr war seine FDP brutal skalpiert worden. Es hat Jahre gedauert, bis die rasierten Prozente wieder nachgewachsen waren. Nein, nein, das nicht noch einmal. Aber mit Kramp-Karrenbauer sieht die Sache nun ganz anders aus.

Seien wir ehrlich, Schwarz-Grün-Gelb ist doch wirklich eine Traumkonstellation. Denken Sie nur: 150 Jahre des verbissenen Kampfes zwischen "rechtem" Kapitalismus und "linker" Menschheitsbeglückung wären endlich überwunden! Mit "Jamaika" säßen die Lakaien des großen Geldes mit den moraldurchglühten Pastorentöchtern einträchtig am Tisch. Eine Eintracht, von der alle beide was haben.

Das große Geld könnte seiner Gier nach noch mehr billigen Arbeitskräften per Menschenimport vollends die Zügel schießen lassen. Dafür hat man den UN-Migrationspakt schließlich erdacht. Die Einheimischen, namentlich die Niedriglöhner unter ihnen, sollen sich mit den Neuankömmlingen um die Billigjobs balgen, die man dann vielleicht noch ein bißchen billiger gestalten könnte.

Diejenigen, die beim Kampf um die Hungerlöhne auf der Strecke bleiben, werden der Mittelschicht auf die Rechnung gesetzt. Denn die ist dazu verdonnert, mit der zweithöchsten Steuer- und Abgabenlast der Welt deren Sozialleistungen zu erwirtschaften.

Sobald jemand gegen diesen Dauerimport billiger Arbeitskräfte aufbegehrt, treten die Pastorentöchter auf den Plan und kreischen "Rassist", "Rechtspopulist", "Abschotter" oder Schlimmeres, womit der Aufbegehrer zweifelsfrei als Unhold entlarvt ist. Ist es nicht genial? Die Jamaika-Gesellschaft aus Moral und Kasse spaltet niemand mehr, die ist nach allen Seiten gepanzert.

Überdies hat sich diese fabelhafte Allianz von alters her bestens bewährt. Schon der Ablasshandel des Johannes Tetzel war nichts anderes als die durchtriebene Verknüpfung von Moral und Kasse. Damals drohte jedem, der sich nicht hinter das Licht führen lassen wollte, das Fegefeuer, heute lauert die Brandmarkung als "Rechtspopulist". Beides macht allen Leuten genug Angst, um artig mitzuspielen.

Allen Leuten? Nun ja, dem Tetzel kam jener berühmte Mönch Martin Luther in die Quere, der das wunderbare Macht- und Geschäftsmodell entzwei schlug. Dieser Kerl war, wir wissen es alle, nichts anderes als ein Ossi. Zufall? Mitnichten.

Vor 500 Jahren war es auch ein Ossi-Fürst, der seinem Ossi-Kumpanen Luther Unterschlupf gewährte und damit erst dafür sorgte, daß dessen gesellschaftsspaltende Ablass-Kritik ins Kraut schießen konnte. Luther gebärdete sich als eingestandener Populist. Er wollte dem Volk nicht nur "aufs Maul schauen", sondern erzählte auch fahrlässig überall herum, was aus ihm, dem Maul, so alles herauskam. Glücklicherweise haben wir später ein paar Sätze gefunden, in denen sich Luther unfreundlich über Juden geäußert hat, weshalb man ihn heute zum Antisemiten zurechtstutzen und aussondern darf.

Das hält seine Ossi-Nachfahrenbrut aber nicht davon ab, auf alten Pfaden zu wandeln und nichts dazuzulernen. Diese Leute da wählen falsch, gehen auf die falschen Demos und sagen Sachen, die ... ach, man mag es gar nicht in Worte fassen.

Markus Kerber, als Staatssekretär im Bundesinnenministerium für den Bereich "Heimat" zuständig, hat das Ausmaß des Unheils vermessen. Der CDU-Politiker will energisch gegensteuern, denn, so Kerber, "30 Jahre nach der Wiedervereinigung müssen wir genauer untersuchen, wie es eigentlich um die Ostdeutschen steht, die im Moment anscheinend ganz anders über Fragen der Zugehörigkeit und des Zusammenhalts denken".

Wenn die Ossis von "Zusammenhalt" reden, meinen die nämlich nicht den von Moral und Kasse, sondern denjenigen als "Volk", und zwar nicht als irgendein Volk, sondern als deutsches. Deutsches Volk? Zur Kennzeichnung dieser ekelhaften Mischpoke haben wir eigens das hübsch-häßliche Etikett "Zusammenrottung" wieder hervorgegraben aus den Ruinenfeldern des Realsozialismus. Da die Ossis den alten Bekannten aber sofort wiedererkennen haben, prallte die Zurechtweisung ziemlich spurlos an ihnen ab.

Heimatstaatssekretär Kerber will daher in die Offensive gehen: "Unsere Integrationspolitik ist also beileibe nicht nur auf Zuwanderer beschränkt. Wir wollen und müssen uns mit allen gesellschaftlichen Gruppen auseinandersetzen - vor allem mit wütenden und enttäuschten Bürgern, die sich abgehängt fühlen." Die Politik könne nicht darauf bauen, daß "jeder sich selbst entwickelt und alles von alleine zusammenwächst, was zusammengehört".

Das alles sagte er nicht im Geheimen, sondern in der "Bild-Zeitung", die gleich darunter einen Beitrag plazierte mit der Überschrift "Auszeichnung für engagierte Flüchtlinge". Und um die mehrheitlich westdeutschen Leser endgültig auf kerbersche Betriebstemperatur zu bringen, folgt dem "Flüchtlings-Text" ein Artikel unter der aufreizenden Überschrift "Rentenlücke im Osten kleiner als im Westen". Diese Schweine da drüben!

Wütend, enttäuscht, abgehängt: Der Staatssekretär hat gleich Attribute zusammengefeigt, die heute für "Igittigitt" stehen. Wichtiger aber ist der Hinweis darauf, daß sich nicht "jeder selbst entwickeln" kann. Das ist es nämlich, was den gemeinen Ossi so gefährlich macht: Wir Wessis haben gelernt, daß wir die Demokratie von den Amis serviert bekommen hätten und daher sozusagen nur auf Bewährung "frei" seien - eben nur solange, wie wir über die vorge-

schriebenen Stöckchen springen. Sonst werden wir wieder "zur Gefahr für Europa und die Menschheit" und müssen gezüchtigt werden. Allein schon für unsere Undankbarkeit.

Die Osis dagegen haben ihren Despoten selbst entthront und bilden sich daher ein, selbst entscheiden, sich selbst entwickeln zu dürfen, was und wohin sie wollen. Den Zahn muß man ihnen ziehen. Nur ein gehorsamer Demokrat ist ein guter Demokrat. nein, nur ein gehorsamer Demokrat ist überhaupt einer. Alle anderen sind Populisten und gehören nicht dazu.

Langfristig läßt sich das Ossi-Problem vermutlich nur durch Einwanderung von Leuten lösen, die aus Ländern kommen, wo strikter Gehorsam gegenüber der herrschenden Clique Gesetz ist und Demokratie bloß Kulisse.

Der Migrationspakt öffnet da gänzlich neue Horizonte, auch wenn das erst mal keiner erfahren sollte. Da das wahre Ziel des Pakts zuletzt aber ziemlich offensichtlich wurde, haben sich die Staatsmedien alle Mühe gegeben, die Wahrheit wieder in die Flasche zu bekommen.

So pochte die Sprecherin der "Tagesschau" eifrig darauf, daß der Pakt "rechtlich aber nicht bindend" sei, obschon er "Standards für die Aufnahme und Abschiebung von Migranten festlegen" solle. Die Wörter "und Abschiebung" hat die Sprecherin ganz besonders betont. Darüber aber hat sie ganz vergessen uns zu erklären, wie ein Pakt, der "nicht bindend" sein soll, gleichzeitig etwas "festlegen" kann. Schade.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 16. Dezember 2018 (x1.000/...): >>**Die Rothschild-Kontrolle**

500 Billionen Dollar Vermögen, Kontrolle über 164 Banken, Anstiftung von Kriegen, Herrschaft über Präsidenten und Staaten. Das und vieles mehr wird der Familie Rothschild zugeschrieben. ...

Eine immer größer werdende Zahl von Menschen beginnt zu begreifen, daß 99 % der Weltbevölkerung von einer Elite des übrigen Prozents kontrolliert werden - Wer aber kontrolliert diese 1 % Elite? Ist es eine bloße Verschwörungstheorie, die der Rothschild-Familie diesen Job unterschiebt? Denn die Rothschild-Familie soll buchstäblich alles beherrschen, sogar die Elite des 1 %. Betrachten wir diese Behauptung daher einmal im Lichte nachfolgender Liste - zumindest diese dürfte unwiderlegbar sein: Sie zeichnet nur Banken auf, die im Besitz und unter Kontrolle der Rothschilds sind.

Bitte anschnallen - und los geht's ... 164 Banken, im Besitz und unter Kontrolle der Rothschilds:

1. Ägypten: Central Bank of Egypt.
2. Albanien: Bank of Albania.
3. Algerien: Bank of Algeria.
4. Äquatorialguinea: Bank of Central African States.
5. Argentinien: Central Bank of Argentina.
6. Armenien: Central Bank of Armenia.
7. Aruba: Central Bank of Aruba.
8. Aserbaidshan: Central Bank of Azerbaijan Republic.
9. Äthiopien: National Bank of Ethiopia.
10. Australien: Reserve Bank of Australia.
11. Bahamas: Central Bank of The Bahamas.
12. Bahrain: Central Bank of Bahrain.
13. Bangladesch: Bangladesh Bank.
14. Barbados: Central Bank of Barbados.
15. Belgien: National Bank of Belgium.
16. Belize: Central Bank of Belize.
17. Benin: Central Bank of West African States (BCEAO).
18. Bermuda: Bermuda Monetary Authority.

19. Bhutan: Royal Monetary Authority of Bhutan.
20. Bolivien: Central Bank of Bolivia.
21. Bosnien: Central Bank of Bosnia and Herzegovina.
22. Botswana: Bank of Botswana.
23. Brasilien: Central Bank of Brazil.
24. Bulgarien: Bulgarian National Bank.
25. Burkina Faso: Central Bank of West African States (BCEAO).
26. Burundi: Bank of the Republic of Burundi.
27. Caymaninseln: Cayman Islands Monetary Authority.
28. Chile: Central Bank of Chile,
29. China: The People's Bank of China.
30. Costa Rica: Central Bank of Costa Rica.
31. Dänemark: National Bank of Denmark.
32. Deutschland: Deutsche Bundesbank.
33. Dominikanische Republik: Central Bank of the Dominican Republic.
34. Ecuador: Central Bank of Ecuador.
35. El Salvador: Central Reserve Bank of El Salvador.
36. Elfenbeinküste: Central Bank of West African States (BCEAO).
37. Estland: Bank of Estonia.
38. Europäische Union: European Central Bank.
39. Fidschi: Reserve Bank of Fiji.
40. Finnland: Bank of Finland.
41. Frankreich: Bank of France.
42. Gabun: Bank of Central African States.
43. Gambia: Central Bank of The Gambia.
44. Georgien: National Bank of Georgia.
45. Ghana: Bank of Ghana.
46. Griechenland: Bank of Greece.
47. Guatemala: Bank of Guatemala.
48. Guinea-Bissau: Central Bank of West African States (BCEAO).
49. Guyana: Bank of Guyana.
50. Haiti: Central Bank of Haiti.
51. Honduras: Central Bank of Honduras.
52. Hongkong: Hong Kong Monetary Authority.
53. Indien: Reserve Bank of India.
54. Indonesien: Bank Indonesia.
55. Irak: Central Bank of Iraq.
56. Iran: The Central Bank of the Islamic Republic of Iran.
57. Irland: Central Bank and Financial Services Authority of Ireland.
58. Island: Central Bank of Iceland.
59. Israel: Bank of Israel.
60. Italien: Bank of Italy.
61. Jamaika: Bank of Jamaica.
62. Japan: Bank of Japan.
63. Jemen: Central Bank of Yemen.
64. Jordanien: Central Bank of Jordan.
65. Kambodscha: National Bank of Cambodia.
66. Kamerun: Bank of Central African States.
67. Kanada: Bank of Canada - Banque du Canada.

68. Kasachstan: National Bank of Kazakhstan.
69. Katar: Qatar Central Bank.
70. Kenia: Central Bank of Kenya.
71. Kirgistan: National Bank of the Kyrgyz Republic.
72. Kolumbien: Bank of the Republic.
73. Komoren: Central Bank of Comoros.
74. Kongo: Bank of Central African States.
75. Korea: Bank of Korea.
76. Kroatien: Croatian National Bank.
77. Kuba: Central Bank of Cuba.
78. Kuwait: Central Bank of Kuwait.
79. Lesotho: Central Bank of Lesotho.
80. Lettland: Bank of Latvia.
81. Libanon: Central Bank of Lebanon.
82. Libyen: Central Bank of Libya (ihre neueste Eroberung).
83. Litauen: Bank of Lithuania.
84. Luxemburg: Central Bank of Luxembourg.
85. Macao: Monetary Authority of Macao.
86. Madagaskar: Central Bank of Madagascar.
87. Malawi: Reserve Bank of Malawi.
88. Malaysia: Central Bank of Malaysia.
89. Mali: Central Bank of West African States (BCEAO).
90. Malta: Central Bank of Malta.
91. Marokko: Bank of Morocco.
92. Mauritius: Bank of Mauritius.
93. Mazedonien: National Bank of the Republic of Macedonia.
94. Mexiko: Bank of Mexico.
95. Moldawien: National Bank of Moldova.
96. Mongolei: Bank of Mongolia.
97. Montenegro: Central Bank of Montenegro.
98. Mosambik: Bank of Mozambique.
99. Namibia: Bank of Namibia.
100. Nepal: Central Bank of Nepal.
101. Neuseeland: Reserve Bank of New Zealand.
102. Niederlande: Netherlands Bank.
103. Niederländische Antillen: Bank of the Netherlands Antilles.
104. Niger: Central Bank of West African States (BCEAO).
105. Nigeria: Central Bank of Nigeria.
106. Nicaragua: Central Bank of Nicaragua.
107. Norwegen: Central Bank of Norway.
108. Oman: Central Bank of Oman.
109. Österreich: Oesterreichische Nationalbank.
110. Östliche Karibik: Eastern Caribbean Central Bank.
111. Pakistan: State Bank of Pakistan.
112. Papua-Neuguinea: Bank of Papua New Guinea.
113. Paraguay: Central Bank of Paraguay.
114. Peru: Central Reserve Bank of Peru.
115. Philippinen: Bangko Sentral ng Pilipinas.
116. Polen: National Bank of Poland.

117. Portugal: Bank of Portugal.
118. Ruanda: National Bank of Rwanda.
119. Rumänien: National Bank of Romania.
120. Salomonen: Central Bank of Solomon Islands.
121. Sambia: Bank of Zambia.
122. Samoa: Central Bank of Samoa.
123. San Marino: Central Bank of the Republic of San Marino.
124. Saudi-Arabien: Saudi Arabian Monetary Agency.
125. Schweden: Sveriges Riksbank.
126. Schweiz: Schweizer National Bank.
127. Senegal: Central Bank of West African States (BCEAO).
128. Serbien: National Bank of Serbia.
129. Seychellen: Central Bank of Seychelles.
130. Sierra Leone: Bank of Sierra Leone.
131. Simbabwe: Reserve Bank of Zimbabwe.
132. Singapur: Monetary Authority of Singapore.
133. Slowakei: National Bank of Slovakia.
134. Slowenien: Bank of Slovenia.
135. Spanien: Bank of Spain.
136. Sri Lanka: Central Bank of Sri Lanka.
137. Südafrika: South African Reserve Bank.
138. Sudan: Bank of Sudan.
139. Surinam: Central Bank of Suriname.
140. Swasiland: The Central Bank of Swaziland.
141. Tadschikistan: National Bank of Tajikistan.
142. Tansania: Bank of Tanzania.
143. Thailand: Bank of Thailand.
144. Togo: Central Bank of West African States (BCEAO).
145. Tonga: National Reserve Bank of Tonga.
146. Trinidad und Tobago: Central Bank of Trinidad and Tobago.
147. Tschad: Bank of Central African States.
148. Tschechische Republik: Czech National Bank.
149. Tunesien: Central Bank of Tunisia.
150. Türkei: Central Bank of the Republic of Turkey.
151. Uganda: Bank of Uganda.
152. Ukraine: National Bank of Ukraine.
153. Ungarn: Magyar Nemzeti Bank.
154. Uruguay: Central Bank of Uruguay.
155. Vanuatu: Reserve Bank of Vanuatu.
156. Venezuela: Central Bank of Venezuela.
157. Vereinigte Arabische Emirate: Central Bank of United Arab Emirates.
158. Vereinigte Staaten: Federal Reserve, Federal Reserve Bank of New York.
159. Vereinigtes Königreich: Bank of England.
160. Vietnam: The State Bank of Vietnam.
161. Weißrussland: National Bank of the Republic of Belarus.
162. Zentralafrikanische Republik: Bank of Central African States.
163. Zypern: Central Bank of Cyprus.
164. Rußland: Die russische Zentralbank wurde 1917 nach der Revolution für 99 Jahre unter dem Handelsrecht durch Rothschild kontrolliert. Dieser Vertrag ist 2016 ausgelaufen, aber

Rothschild kontrolliert die russische Zentralbank faktisch weiter.

Im Lichte dieser Fakten läßt sich zumindest schon einmal die Behauptung verstehen, die Rothschild-Dynastie sei hinter den Kulissen die zweifellos mächtigste Familie der Erde. Deren geschätzter Wohlstand belaufe sich auf 500 Billionen Dollar. Kein Mensch kann diese Zahl noch rational erfassen, denn 1 Billion sind 1 Million x 1 Million. 500 Billionen Dollar wären dann ja 500 Millionen x 1 Million \$... eine 5 mit 14 Nullen also ... Freilich ist es daher ein Ding der Unmöglichkeit, diese geschätzte Summe stichhaltig zu belegen. Es verhält sich mit Vermögenswerten dieser Größenordnung wie mit den Urtiefen des Ozeans. Sie steigen und sinken jeden Moment in unfaßbaren Mengen.

Die Rothschild-Kontrolle (Teil 2)

Die Federal Reserve Bank und der Internal Revenue Service (IRS)

Die Tatsache, daß die US-Federal Reserve Bank (FED) ein Unternehmen in Privatbesitz ist, ist der allgemeinen Öffentlichkeit praktisch unbekannt. Ebenso weiß die allgemeine Öffentlichkeit nichts davon, daß die FED sich auf ihrem eigenen Grundstück befindet und vor US-Gesetzen geschützt ist. Dieses Privatunternehmen druckt das Geld für die US-Regierung, die ihm für diesen "Gefallen" Zinsen bezahlt. Kontrolliert wird die FED wiederum durch die Dynastien Rothschild, Rockefeller und Morgan. Die ... USA sind somit bei der FED verschuldet. Auch haben die meisten in den USA lebenden Leute keine Ahnung, daß der Internal Revenue Service (IRS) eine ausländische Behörde ist.

Um genauer zu sein, der IRS ist eine private ausländische Körperschaft des Internationalen Währungsfonds (IWF) und ist die "Privatarmee" der Federal Reserve Bank (FED). Sein Hauptziel ist, sicherzustellen, daß das amerikanische Volk seine Steuern bezahlt und alle gute kleine Sklaven sind. 1835 erklärte US-Präsident Andrew Jackson seine Verachtung für die internationalen Banker:

"Ihr seid eine Grube voll mit Schlangen und Dieben. Ich habe beschlossen euch auszurotten, bei Gott dem Allmächtigen, ich werde euch ausrotten. Wenn die Menschen nur das abscheuliche Unrecht unseres Geld- und Bankensystems verstünden, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh."

Es folgte ein (fehlgeschlagener) Attentatsversuch auf Präsident Jackson. Jackson hatte zu seinem Vizepräsidenten, Martin van Buuren, gesagt: "Die Bank, Mr. van Buuren, versucht mich umzubringen."

Dies war der Auftakt einer Reihe von Intrigen, die das Weiße Haus noch jahrzehntelang heimsuchen sollten. Sowohl US-Präsident Lincoln als auch John F. Kennedy wurden für den Versuch ermordet, das Land von den Bankstern zu befreien. Die Megabanken der Welt Es gibt zwei Megabanken, die allen Ländern auf der ganzen Welt Kredite anbieten, nämlich die Weltbank und der IWF.

Die erste befindet sich in gemeinsamem Besitz der Top-Bankiersfamilien der Welt, wobei sich die Rothschilds ganz an der Spitze befinden, während die zweite den Rothschilds ganz alleine gehört. Diese zwei Megabanken bieten "Entwicklungsländern" Kredite an und benutzen ihre fast unmöglich zurückzahlbaren Zinsen, um sich am realen Wohlstand zu vergreifen: Land und wertvollen Metallen.

Aber das ist noch nicht alles! Ein wichtiger Teil ihres Plans ist es auch, die natürlichen Ressourcen eines Landes (wie Petroleum oder Gas) mit Hilfe der Unternehmen auszubeuten, die ihnen im Verborgenen gehören, sie zu veredeln und demselben Land zurück zu verkaufen, wodurch riesige Profite erwirtschaftet werden.

Aber damit diese Unternehmen optimal arbeiten, brauchen sie eine solide Infrastruktur, die üblicherweise in den sogenannten "Entwicklungsländern" fehlt. Und so stellen die Bankster, die selbst die fast unmöglich zurückzahlbaren Kredite anbieten, noch vorher sicher, daß der Großteil des Geldes in - Sie haben es erraten - Infrastruktur investiert wird.

Diese "Verhandlungen" werden durchgeführt von sogenannten "Economic Hit Men", die dadurch erfolgreich sind, daß sie denjenigen, die in der Lage sind, ihr Land zu verkaufen, eine hübsche Belohnung (d.h. Bestechung) bezahlen, oder sie mit dem Tode bedrohen. Für weitere Informationen über das Thema empfiehlt sich das Buch: "Bekenntnisse eines Economic Hit Man" zu lesen.

Die eine Bank, die alles beherrscht, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ist - offensichtlich - von den Rothschilds kontrolliert und ihr Spitzname ist der "Turm zu Basel". Die wahre Macht der Rothschilds geht VIEL weiter über das Bankenimperium hinaus. Wenn Sie noch nicht über die Macht der Rothschilds in Erstaunen versetzt wurden (wobei Sie es sicherlich sind), nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß sie auch hinter allen Kriegen seit Napoleon stehen.

Das ist der Fall, seitdem sie entdeckten, wie profitabel es ist, beide Seiten eines Krieges zu finanzieren und sie haben es seitdem die ganze Zeit über getan. 1849 sagte Gutle Schnapper, die Frau von Mayer Amschel Rothschild: "Wenn meine Söhne keine Kriege wollten, würde es keine geben."

Und so ist die Welt im Krieg, weil es für die Rothschilds und ihre parasitären Bankster-Verbündeten sehr, sehr profitabel ist. Und solange man weiterhin ihr Geld benutzt, wird die Welt niemals in Frieden leben. Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß es sich hier um einen sektenhaften Geheimbund und nicht um eine "jüdische Verschwörung" handelt, wie viele denken und sich zur Rassendiskriminierung hinreißen lassen. Selbst wenn diese Bankster sich Juden nennen würden, sind sie keine, denn dem echten Juden ist der Zinshandel gemäß 3. Mose 25, 37 strengstens untersagt: "Dein Geld sollst du ihm nicht gegen Zins geben, und deine Nahrungsmittel sollst du nicht gegen Aufschlag geben."

Es ist für viele schockierend, herauszufinden, daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine Körperschaft sind, die vom Ausland beherrscht wird. Ihr ursprünglicher Name war Virginia Company und sie gehörte der britischen Krone. Die britische Krone darf allerdings nicht mit der Königin verwechselt werden, denn diese hat weitgehend nur zeremonielle Befugnisse. Die britische Krone überschrieb das Unternehmen dem Vatikan, der die Ausbeutungsrechte zurück an die Krone übergab.

Die US-Präsidenten werden zu Hauptgeschäftsführern ernannt und ihre Aufgabe besteht darin, Geld für die britische Krone und den Vatikan zu erwirtschaften, die jedes Jahr ihren Anteil an den Gewinnen einstreichen. Die britische Krone beherrscht im Geheimen die Welt von einem 677 Morgen großen, unabhängigen und souveränen Staat, der als "City of London" bekannt ist. Diese andere Krone besteht aus einem Komitee von zwölf Banken unter Führung der Bank of England.

Raten Sie mal, wer die Bank of England kontrolliert? Ja richtig, die Rothschilds! 1815 machte Nathan Mayer Rothschild die folgende Aussage: "Ich kümmere mich nicht darum, welche Marionette auf den Thron von England plaziert ist, dem Reich, in dem die Sonne niemals untergeht. Der Mann, der die britische Geldmenge kontrolliert, kontrolliert das britische Imperium, und ich kontrolliere die britische Geldmenge."

Es ist somit nicht eine bloße Verschwörungstheorie, daß das Haus der Rothschilds tatsächlich an der Spitze der Machtpyramide steht. Forscht man gründlich nach, entdeckt man sie als Drahtzieher der Neuen Weltordnung und als komplette Dominanz einer weltweiten Agenda. Sie stecken hinter der Europäischen Union und dem Euro und sie stecken hinter der Idee der Nordamerikanischen Union und dem Amero. Sie kontrollieren alle Geheimdienste der Welt und ihre Privatarmee ist die NATO.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.09.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x322/79) = Volksaustausch. Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Spezial Nr. 18, Seite 79.

| | |
|------|--|
| x322 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Volksaustausch</u> . Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Spezial Nr. 18. Werder (Havel) 2018. |
| x335 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018. |
| x344 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Politische Morde</u> . Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Spezial Nr. 19. Werder (Havel) 2018. |

Internet

| | |
|--------|---|
| x887 | http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016 |
| x950 | https://kritisches-netzwerk.de/forum/das-modell-elitendemokratie-ist-historisch-verheerend-gescheitert - November 2019 |
| x951 | https://kritisches-netzwerk.de/forum/rainer-mausfeld-gezielte-zersetzung - November 2019 |
| x954 | https://kritisches-netzwerk.de/forum/die-scheindemokratie-warum-schweigen-die-laemmer - November 2019 |
| x955 | https://horst-koch.de/vatikanmigranten/ - November 2019 |
| x974 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/11/24/weltmacht-uno-antidemokratische-rechtssetzung-von-oben/ - November 2019 |
| x1.000 | https://www.kla.tv - März 2021 |
| x1.014 | https://kenfm.de – Juni 2021 |
| x1.086 | https://ereignishorizont-digitalisierung.de/gesellschaftspolitik/homo-deus/ - März 2022 |